

Wiener Landtag

28. Sitzung vom 14. März 1986

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete, entschuldigter
Landeshauptmann und entschuldigte
Amtsführende Stadträte (S. 3) | 8. Pr.Z. 764/LF/86: Anfrage der Abgen. Edlinger, Ing.
Svoboda und Dr. Häupl, betreffend die Einhaltung des
Unvereinbarkeitsgesetzes
Verlesung der Anfrage durch Schriftführer Abg.
Hildegard Wondratsch, Begründung der Dringlichkeit
durch Abg. Edlinger (S. 19)
Redner: Die Abgen. Edlinger (S. 21), Dr. Ferdinand
Maier (S. 24), Dr. Hirschall (S. 26), Dr. Häupl (S. 28),
Ing. Worm (S. 31) und Mag. Zima (S. 34)
Beantwortung der Anfrage durch LhptmSt. Mayr (S. 36) |
| 2. Nachruf auf Abg. Franz Rosenberger (S. 3) | |
| 3. Mitteilung des Einlaufes (S. 3) | |
| 4. Umstellung der Tagesordnung (S. 4) | |
| 5. Pr.Z. 912, P.2: Wahl eines Mitgliedes und
eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates (S.4) | 762
9. Pr.Z. 764/LF/86: Anfrage der Abgen. Dr. Hawlik und
Ing. Kreiner betreffend Umweltschutz und Umweltpolitik
- keine Umweltsteuer, Senkung der Tarife der
öffentlichen Verkehrsmittel sowie der Strom-, Gas- und
Fernwärmearife
Verlesung der Anfrage durch Schriftführer Abg. Dr.
Neubert (S. 38), Begründung der Dringlichkeit durch
Abg. Dr. Hawlik (S. 39)
Redner: Die Abgen. Mag. Dipl.-Ing. Regler (S. 40), Dipl.-
Ing. Dr. Pawkowicz (S. 43), Hengelmüller (S. 44) und
Ing. Kreiner (S. 45)
Beantwortung der Anfrage durch LhptmSt. Mayr (S. 47) |
| 6. Pr.Z. 917, P. 3: Wahl eines Mitgliedes des
Immunitätskollegiums (S. 4) | |
| 7. Pr.Z. 842, P. 1: Vorlage des Gesetzes, mit
dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert
wird (Beilage Nr. 3)
Berichterstatte: Amtsf. StR. Braun (S.4 u. 16)
Redner: Die Abgen. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz
(S. 4), Univ.-Prof. Dr. Welan (S. 6), Vejtisek
(S. 10), Ing. Kreiner (S. 10) und Dr. Hawlik
(S. 12), Abstimmung (S. 18) | |

Vorsitzende: Erster Präsident Sallaberger und Zweiter Präsident Hahn.

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident **Sallaberger**: Die 28. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abg. Dinhof, Ilse Forster, Holub, Kneidinger, Sevcik, Dr. Swoboda und Dkfm. Dr. Sigrun Schlick, ebenfalls entschuldigt ist der Herr Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk und die Amtsführenden Stadträte Ing. Hofmann, Roman Rautner und Friederike Seidl.

Bevor wir mit der eigentlichen Tagesordnung beginnen (die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen), obliegt es uns bei der heutigen Sitzung eines Kollegen zu gedenken.

Am 4. März 1986 erreichte uns die tragische Nachricht, daß Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Franz Rosenberger den Folgen eines kurz zuvor erlittenen Herzinfarktes erlegen ist. Franz Rosenberger der im 58. Lebensjahr stand wurde mitten aus einem schaffensreichen Leben gerissen. Einem Leben, das er dem Dienste seiner Mitmenschen gewidmet hatte und für die Ausführung seiner Tätigkeit hat er alles geopfert. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes mitten aus seiner Tätigkeit herausgerissen worden.

Am 28. Februar 1986 hat er aus gesundheitlichen Gründen, er hat sich nicht wohl gefühlt, den Arzt aufgesucht, aber er war leider nicht bereit sich ins Spital zu begeben, weil er der Meinung war, daß er unbedingt bei der nächsten Gemeinderatssitzung dabei sein müsse. Wenige Stunden später, während der Nacht, meine Damen und Herren, erlitt er einen Herzinfarkt und wenige Tage darauf ist er gestorben. Das hohe Pflichtbewußtsein, noch wenige Stunden vor seiner Abberufung aus dieser Welt, dokumentiert wahrlich den Charakter und den gesamten Menschen Rosenberger.

Am Leben Franz Rosenbergers spiegelt sich die Zeitäsur und Erlebnisse vieler Angehöriger jener Generation wider, die das Leid der nationalsozialistischen Ära nicht am Schlachtfeld, aber zu Hause, vor allem als rassistisch Verfolgte erlebt haben. Sein Wissen um dieses unendliche Leid und um diese Leiden, die während der NS-Zeit den Menschen zugefügt wurden, prägten das Wirken Franz Rosenbergers. Er war mit jeder Faser seines Herzens ein Demokrat und so war es nur folgerichtig, daß er seine ganze Kraft dafür eingesetzt hat, daß es zu einer solchen Situation nie wieder kommen möge.

Seine Zielstrebigkeit und sein Vermögen Zusammenhänge anderen Mitbürgern anschaulich zu erläutern und für diese stets dazusein, trugen ihm nicht nur in jener Partei, der er angehörte, ein großes Vertrauen ein. Diese Menschlichkeit, diese Persönlichkeit, manifestierte sich auch 1969 in seiner Wahl in den Wiener Landtag und Gemeinderat, dem er vorerst bis 1973 angehörte. Von 1973 bis 1976 war Franz Rosenberger als Vertreter Wiens im Bundesrat und von 1976 bis zu seinem Tode gehörte er neuerlich dem Wiener Landtag und Gemeinderat an.

Sein so großartiges Engagement für diese Stadt und für ihre Menschen spiegelt sich in zahlreichen Funktionen wider, die er im Rahmen seiner Mandatstätigkeit ausübte. Er war von 1970 bis 1973 und von 1978 bis zuletzt Schriftführer im Gemeinderat und Landtag, er arbeitete während dieser gesamten Zeit in vielen Ausschüssen mit.

Von 1979 bis 1983 bekleidete er die Funktion eines Vorsitzenden des Stadtplanungsausschusses und ist bis zuletzt Vorsitzender des Bautenausschusses gewesen.

Vom Land Wien wurde Franz Rosenberger mit dem Goldenen Ehrenzeichen und später mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Obwohl er im Innersten außerordentlich große Freude über die ihm zuteil gewordene Ehrung verspürte, machte er darum nicht viel Aufhebens. Er war ein bescheidener Mensch, für ihn war der Einsatz für die Menschen ein Bestandteil seines Selbstverständnisses.

Mit seinem Tod haben wir einen liebenswerten Menschen sowie einen aufrechten und unbeeinträchtigten Demokraten verloren. Wir werden Franz Rosenberger stets ein ehrendes Angedenken bewahren. (Die Versammelten verharren in stillem Gedenken.)

Ich danke für die Kundgebung. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Die Abgen. Edlinger, Ing. Svoboda und Dr. Häupl haben eine an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die Einhaltung des Unvereinbarkeitsgesetzes, eingebracht. Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt. Da diese Debatte von der im § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist,

haben die mündliche **Begründung** und die Debatte über den Gegenstand vor **Schluß** der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Die Abgen. Dr. **Hawlik** und Ing. Kreiner haben eine an den Herrn **Landeshauptmann** gerichtete Anfrage, betreffend **Umweltschutz** und **Umweltschutzpolitik**, keine **Umweltsteuer**, **Senkung** der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sowie der **Strom-, Gas- und Fernwärmetarife**, **eingebracht**. Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt. Da **dieses** Verlangen ebenfalls gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung von der festgesetzten Anzahl von **Abgeordneten** unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den **Gegenstand** vor **Schluß** der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Vor Eingang in die Tagesordnung nehme ich eine Umstellung derselben vor und lasse zuerst, meine Damen und Herren, die unter Postnummer 2 und Postnummer 3 vorgesehenen Wahlen durchführen.

Ehe wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, schlage ich vor, die **Wahlen** durch Heben der Hand vorzunehmen und erlaube mir dazu zu bemerken, daß gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung hiefür ein Beschluß mit Zweidrittelmehrheit zu erfolgen hat. Ich ersuche daher jene Damen und Herren des Landtages, die meinem Vorschlag, den Wahlvorgang betreffend, zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig beschlossen.

Herr Bundesrat **Johann Schmölz** und Herr **Max Eder** haben mit Wirksamkeit vom 31. März dieses Jahres ihre Mandate als Mitglied beziehungsweise als Ersatzmitglied des Bundesrates zurückgelegt, womit die 4. Stelle der vom Wiener Landtag zu wählenden Bundesratsmitglieder frei wird. Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt als neues Mitglied und als neues Ersatzmitglied Herrn **Josef Veleta** beziehungsweise Herrn **Max Eder** mit Wirksamkeit vom 1. April 1986 zur Wahl vor. Ich ersuche jene Damen und Herren des Landtages, die Herrn **Josef Veleta** als Mitglied und Herrn **Max Eder** als Ersatzmitglied des Bundesrates wählen wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Wahl eines Mitgliedes des Immunitätskollegiums. Herr Abg. Univ.-Prof. Dr. **Welan** hat auf sein Mandat verzichtet. Die Österreichische Volkspartei schlägt daher als neues Mitglied für das Immunitätskollegium Herrn Ing. **Engelmayer** vor. Ich ersuche jene Damen und Herren des Landtages, die Herrn Ing. **Engelmayer** als Mitglied des Immunitätskollegiums wählen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Erledigung der eigentlichen Tagesordnung. Die Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Amtsführender Stadtrat **Braun**. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat **Braun**: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich bringe den Antrag des Ausschusses für Umwelt und Bürgerdienst mit der Bitte, daß das Baumschutzgesetz wie folgt geändert wird:

Das Wiener Baumschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr. 27/1974, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. für Wien Nr. 19/1984, wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 2 hat zu lauten: "Die Verwaltungsübertretungen sind vom Magistrat in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 mit einer Geldstrafe von 10.000 Schilling bis 2 Millionen Schilling oder Arrest von 2 Wochen bis zu 6 Monaten und in den Fällen des Abs. 1 Ziffer 4 bis 6 mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 Schilling oder Arrest bis zu 6 Wochen zu bestrafen." Ich ersuche Sie, diesen Vorschlag anzunehmen.

Präsident **Sallaberger**: Ich danke für die Einleitung. Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet, zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. **Pawkowicz**, ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Pawkowicz**: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Herr Landeshauptmann am 15. Oktober vergangenen Jahres angekündigt hat, daß per 1. Jänner 1986 das Wiener Baumschutzgesetz novelliert werde - das hat ja auch die Rathaus-Korrespondenz am selben Tag verkündet -, erwarteten wir eigentlich schon im Dezember des vergangenen Jahres, in der Sitzung des Wiener Landtages, die Vorlage für diese geplante

Novelle. Nun, meine Damen und Herren, Sie wissen, diese Novelle kam nicht. Auch nicht im vergangenen Jänner und so haben wir dann in der Fragestunde des Wiener Landtages am 28. Februar, also vor 14 Tagen, an den Herrn Landeshauptmann die Frage gerichtet, welche Ursachen denn dafür maßgeblich seien, daß seine nunmehr bereits Monate zurückliegende Ankündigung noch immer nicht in die Realität umgesetzt werde.

Wir waren eigentlich der Auffassung, daß wir heute oder in der weiteren Folge dann ein umfassendes neues Werk zum Baumschutzgesetz erhalten werden.

Die Damen und Herren von der Mehrheitspartei sind dann zu Hilfe geeilt und haben einen Antrag eingebracht, der genau besehen nur aus drei Ziffern besteht, womit ich aber die Wirkung auf mögliche und zukünftige Daten gar nicht einschränken möchte. Das heißt, es ist ein Antrag gekommen, der aber weit von einer großen Änderung des vorliegenden Baumschutzgesetzes entfernt ist, wie es eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Bei Begutachtung dieses Initiativantrages fällt ja auch auf, daß er inhaltlich den Ankündigungen des Herrn Landeshauptmanns, die dieser vor einem halben Jahr hier und in aller Öffentlichkeit kundgetan hat, zwar entspricht, aber wie gesagt, nur wirklich kleine Teile. Im wesentlichen ist nur die Änderung des Strafrahmens beinhaltet. Wenn also vor einem halben Jahr bereits der Umfang der Novelle etwa der heutigen Vorlage entsprochen hat, so frage ich mich, worauf wir so lange warten mußten, und warum nun tatsächlich diese Änderung so lang gebraucht hat.

Mit Interesse lese ich auch in der Antragsbegründung die Urgenz nach einer weiteren Novellierung des Baumschutzgesetzes. Und zwar finden wir da zu lesen, ich darf zitieren: "So müßten etwa für historische Gärten, für die Qualität von Ersatzpflanzungen und für Obstbäume, die derzeit keinerlei Schutz genießen, neue Regelungen getroffen werden." Das heißt, in der Begründung steht schon drinnen, daß man eigentlich viel mehr wollte, als nun tatsächlich passiert. Die Frage bleibt offen, Herr Stadtrat, Sie werden es uns aber sicher dann noch sagen, wieso es tatsächlich nicht dazu gekommen ist und wieso wir eigentlich dieses eher halb fertige Werk, und es ist ein halb fertiges Werk, beschließen sollen.

Nun die Erkenntnis ist ja auch nicht neu und die Problematik schon lange bekannt gewesen. Ich glaube, wir hätten eigentlich erwarten dürfen, wenn schon der angekündigte Termin nicht eingehalten wird, daß wenigstens das Gesetz in allen notwendigen Bereichen reformiert wird, doch die heutige Vorlage scheint mir daher wirklich dürrig zu sein, dünn und unzureichend.

Ich möchte die heutige Sitzung des Wiener Landtages und die vorgelegte Gesetzesnovelle zum Anstoß nehmen, auf ein anderes, auch eher groß angekündigtes Gesetzeswerk aufmerksam zu machen, das vor ebenfalls fünf Monaten, nämlich am 22. Oktober 1985, von der Bildfläche verschwunden ist. Es hieß damals, der Wienerwald wird unter Verfassungsschutz gestellt. Ich glaube, Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheitspartei, sollten nun tatsächlich für sich feststellen, daß es um eine theoretische Überlegung geht, die dazu angestellt wurde, der man nicht länger nachhängen sollte, und auch die Fachleute die zur Begutachtung herangezogen worden sind, meinen ja, daß dieser Verfassungsschutz eher wirkungslos sein wird.

Wir haben aber einen Weg aufgezeigt, mit dem man sofort und glaubhaft den Wienerwald schützen könnte und der auch gesetzlich vorgesehen ist, nämlich die Erklärung zum Bannwald, der Herr Landeshauptmann kann sich hiebei auf das bestehende Bundesforstgesetz beziehen.

Der Wienerwald, der ja auf Wiener Gebiet nur einen sehr geringen Prozentsatz seiner gesamten Ausdehnung beträgt, befindet sich im wesentlichen in der Hand dreier Eigentümer, nämlich dem Bund, dem Land Wien und der Kirche. Und gerade der Umstand, daß es sich hier um einfache Besitzverhältnisse handelt, vereinfacht, meiner Meinung nach, die Möglichkeit der Bannwalderklärung und hätte einen sehr starken ausgeprägten Vorbildcharakter, darüber hinaus bietet das Dampfkessel emissionsgesetz, das Wiener Naturschutzgesetz sowie eine konsequente und rigorose Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Flächenwidmung bietet, eine breite Palette von Möglichkeiten, mit denen sich ein wirkungsvoller Baum-, Wald- und Landschaftsschutz in die Tat umsetzen ließe.

Herr Stadtrat Braun vertrat Ende vergangenen Jahres die Auffassung, daß etwa das Jahr des Waldes, einen Umdenkprozeß eingeleitet hat. Jetzt will ich mich nicht darüber einlassen, zu überlegen, ob diese Aussage vom Inhalt her stimmt, meine aber, daß der Herr Stadtrat für sich in dieser

Frage möglicherweise recht gehabt hat und schenke ihm da durchaus Glauben und ich darf jetzt so ein Positivbeispiel anführen.

Als wir Freiheitlichen von aufmerksamen Bürgern alarmiert wurden, daß im 13. Bezirk, im Hörndlwald, Schnitt für Schnitt die Bäume den Forstarbeitern quasi zum Opfer fielen, haben wir beantragt, daß neben der Einstellung der Schlägereien, zur Vermeidung weiterer Schäden, in Hinkunft vom zuständigen Institut für Bodenkultur ein Pflegeplan auszuarbeiten sei, der die bisherigen Maßnahmen beurteilt und nach dem, vor allem in Zukunft, weiter vorgegangen werden soll. Herr Stadtrat Braun hat dieser Vorgangsweise zugestimmt und das hat uns damals wirklich gefreut. Das heißt, wir sehen in diesem Rahmen durchaus die Verbesserung und durchaus auch den Umdenkprozeß, der diesem wichtigen Bereich zukommt, auch auf hoher Ebene.

Das Gegenbeispiel nun dazu: Im Oktober 1984 fand der Wienerwaldgipfel statt. Sie erinnern sich noch, die Landeshauptleute Zilk, Ludwig und auch Kery und zwei Minister, Steyrer und Haiden, kamen überein, den Wienerwald zu schützen. Nach dem Motto allerdings: Nichts ist älter als eine alte Tageszeitung, hat dann diese Tätigkeit stark nachgelassen und ist auch erlahmt und wie es in der Praxis aussieht, lehrt uns ja das Beispiel Bisamberg. Dort wurde die Rodung von 7 Hektar Wald genehmigt, um 120 Einfamilienhäuser zu errichten. Ein Vorhaben also zur weiteren Zersiedlung des Wienerwaldes, zugegeben nicht auf Wiener Gebiet, aber doch. Es ist wieder genau das passiert, was man eigentlich erwarten konnte und was dann immer passiert. Es haben die zuständigen Herren, es waren Herr Stadtrat Braun und sein Kollege Pröll, sofort erneut feierlich bekundet, hier wieder zusammenzurücken. Aber über den deklamatorischen Charakter dieses Zusammenrückens geht es nicht hinaus. Deswegen, meine Damen und Herren, erscheint es uns außerordentlich notwendig zu sein, hier auch die gesetzlichen Unterlagen und die gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen, daß wir uns dann nicht wieder zu schönen Gesprächen treffen müssen, sondern daß man hier nach dem Gesetze vorgeht.

Ich darf zum Schluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden der vorliegenden Änderung des Gesetzesentwurfes selbstverständlich zustimmen, möchten aber anmerken, daß wir diese Änderung für nicht ausreichend halten.

Präsident **Sallaberger**: Ich danke dem Debattenredner. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Univ.-Prof. Dr. Welan. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. **Welan**: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte an meinen Vorredner anschließen, aber vielleicht zuerst den Satz aussprechen: "Was sind das für Zeiten, in denen ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil so ein Schweigen über so viele Untaten es einschließt?" Dieser Satz ist durch das Baumsterben, durch das Waldsterben, durch die Schädigungen in der ganzen Welt geradezu in das Gegenteil umgeschlagen. Berthold Brecht würde heute fragen: "Was sind das für Zeiten, in denen kein Gespräch über Bäume fast schon ein Verbrechen ist?"

Das Problem des Baumes ist für uns mehr als nur ein politisches und rechtliches. Jeder Mensch braucht Naturkontakt, und gerade der Großstädter sieht in den Bäumen die schönsten Freunde und das gilt vor allem für die Bundeshauptstadt. Professor Peter Glück von der Universität für Bodenkultur hat uns anlässlich des Symposiums "Der Wald in der Stadtlandschaft" genau dargestellt, wie Wienerinnen und Wiener zu den Bäumen und zum Wald eingestellt sind. Ich brauche hier diese Daten nicht zu wiederholen. Es ist bekannt, daß Bäume und archetypische Baumsymbole bei Wienerinnen und Wienern besonders ausgeprägt sind, viel mehr, und das ist das Interessante für uns, als in anderen Großstädten und auch als in anderen Hauptstädten, letztlich auch anders als in den Landeshauptstädten der Bundesländer. Diese Hinweise Peter Glücks, glaube ich, schließen an das an, was Kollege Pawkowicz ausgeführt hat.

Es ist uns ein Anliegen und ich glaube, daß zumindest rechtlich festgestellt werden kann, daß es kaum in einem Bundesland oder in einer Stadt in Österreich mehr rechtliche Instrumente zum Schutz des Waldes gibt. Diese Möglichkeiten haben wir auch durch das Baumschutzgesetz, genau heißt es, Gesetz zum Schutze des Baumbestandes in Wien. Es hat neben seinen Rechtsfunktionen und Sozialfunktionen allerdings auch politische Symbolfunktionen und daß Politik sehr viel mit Symbolik zu tun hat, wissen wir. Diese Symbolfunktion ist auch der Grund, warum ein solches Gesetz immer wieder einstimmig beschlossen wird. Es ist seinerzeit einstimmig beschlossen worden, es

sind die Novellen einstimmig beschlossen worden und es wird heute auch eine einstimmige Beschlußfassung geben.

Wir werden aber genauso, wie schon seit Jahren, darauf hinweisen, was wir schon bei der letzten Novelle gesagt haben: "Wann kommt die umfassende Novellierung?" Seinerzeit hat der zuständige Stadtrat Peter Schieder festgestellt: "Hoher Landtag! Sie und ich wissen, daß in manchen Bereichen des Baumschutzgesetzes schon seit einiger Zeit Überlegungen angestellt werden, Bestimmungen abzuändern und geänderten Bedingungen, wie zum Beispiel die Möglichkeit größere Bäume als Ersatzpflanzung vorzuschreiben, weil es diese Bäume tatsächlich gibt, anzupassen." Und er hat ausgesprochen, daß es daher sicherlich zu einer größeren Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes kommen werde. Das war in der Sitzung des Wiener Landtages vom 24. Februar 1984. Wir haben damals noch darauf hingewiesen, daß man anlässlich des zehnjährigen Bestandes dieses Gesetzes eigentlich bereits die Erfahrungen hätte, um eine umfassende Novelle vorzuschlagen. Seither sind wieder über zwei Jahre vergangen und es kommt wieder nur zu einer Einzelregelung.

Am 7. Mai wird dieses Gesetz 12 Jahre alt. Es wäre also an der Zeit, die schon von Peter Schieder versprochene oder zumindest in Aussicht gestellte, umfassende Novelle wenigstens als Diskussionsentwurf vor uns zu haben. Um das zu erleichtern, weil jeder von uns glaubt, daß diese Novelle in absehbarer Zeit kommt, möchte ich in aller gebotenen Kürze einige Anregungen geben und Anmerkungen bringen, aber dabei nicht erschöpfend sondern nur beispielgebend vorgehen.

Der Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes und Rechtsgelehrte Dr. Wolfgang Hauer hat sich wohl am eingehendsten mit dem Wiener Baumschutzgesetz vom grundsätzlichen her auseinandergesetzt, nämlich von den Baugesetzen der Bundesverfassung her, insbesondere vom rechtsstaatlichen Prinzip. Er hat sich dabei an der Rechtsidee und ihren Elementen: Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Zweckmäßigkeit orientiert und hat das Gesetz im Hinblick auf seine Verfassungsmäßigkeit kritisiert. Man sollte sich anlässlich der in Aussicht gestellten umfassenden Novelle mit dieser Untersuchung Hauers auseinandersetzen, sie jedenfalls nicht ignorieren und ich rege an, daß man dann in den Erläuterungen auf Hauers Bemerkungen Bezug nimmt, um gewisse Bedenken, die er gegen dieses Gesetz hatte, auszuräumen. In der Judikatur der Höchstgerichte ist es zum Teil schon geschehen, insbesondere vom kompetenzrechtlichen Standpunkt her, hat der Verfassungsgerichtshof dieses Gesetz außer Streit gestellt. Von der Praxis her kann man feststellen, daß die befürchteten Exzesse, die auch von Kritikern dieses Gesetzes geäußert worden sind, nicht eingetreten sind. Trotzdem sollte man die Praxis, die Erfahrung, Revue passieren lassen und Zug um Zug die Bedenken ausräumen.

Zu den einzelnen Teilen des Gesetzes eine Vorbemerkung. Es geht vor allem um den Weg von der Quantität, die hier in diesem Baumschutzgesetz bisher im Vordergrund stand, zur Qualität. Wenn möglich auch unter Einbeziehung des Prinzips der Standortgerechtigkeit.

So erfolgt bei Vorschreibung der Anzahl der Ersatzpflanzungen keine Berücksichtigung des Wertes der zu fällenden Baumart im botanischen Sinn. Es ist bekannt, daß etwa langsamwüchsige Eichen gleichbehandelt werden, wie schnellwüchsige Pappeln. Zu überlegen wäre daher eine artenbezogene Regelung, die für wertvollere Arten eine höhere Anzahl von Ersatzpflanzungen vorschreibt.

Man sollte auch auf den Wurzelbereich, also auf den unterirdischen pflanzlichen Lebensraum bei einer Neuregelung Bedacht nehmen und eine deutliche Formulierung dieses Aspektes im § 1 vornehmen.

Da Wälder im Sinne des Forstgesetzes derzeit nicht unter das Wiener Baumschutzgesetz fallen, wäre zu überlegen, ob etwa bei einer baubedingten Schlägerung nicht zumindest für die wertvollen Exemplare Ersatzpflanzungen zu leisten wären, wobei die Beurteilung natürlich durch ein entsprechendes Sachverständigengutachten erfolgen müßte.

Was Obstbäume betrifft, so sollten zumindest Überlegungen angestellt werden, ob stadtbildtypische Arten wie Walnuß oder Besonderheiten wie die Edelkastanie, in bezug auf das Wiener Baumschutzgesetz nicht als Obstbäume gelten sollten. Die Frage der Ausnahmeregelungen sollte überhaupt diskutiert werden - wir haben es auch im Ausschuß einmal besprochen -, wobei mir klar ist, daß man hier einem gewissen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit Rechnung tragen sollte.

Bei fraglichen Arten, wie etwa der eßbaren Eberesche, sollte eine eindeutige Regelung getroffen werden, damit auch für solche besondere Arten Ersatzpflanzungen zulässig werden.

Die Elemente, die bereits heute in den erläuternden Bemerkungen zur Novelle angesprochen worden sind, brauche ich hier nicht mehr zu wiederholen. Ich glaube aber, daß, wenn man für Sonderregelungen sorgen will, in Zukunft vor allem der Frage der eiligen Fälle, der Raschheit, heute im Gesetzestext wenig Rechnung getragen wird.

Zum Fragenkomplex Ersatzpflanzung, Stammumfang, Zahl der Ersatzpflanzungen, Baumwertberechnungen. Allgemeiner sollten die Einreichpläne für die Erteilung des Bescheides, also Bestandsaufnahme, Ersatzpflanzungsvorschläge und so weiter, durch amtsexterne Fachleute bearbeitet werden. Ich habe schon seinerzeit, bei der letzten Novelle, darauf hingewiesen, daß gerade an unserer Universität hunderte Studierende der Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung tätig sind und da nicht zu erwarten ist, daß in der Zukunft die öffentliche Hand, sei es Bund, Länder oder Gemeinden, ihre Dienstpläne ausweiten werden, ist das Selbständigwerden dieser jungen Landschaftsökologen und Landschaftsgestalter vom besonderen Wert und man wird wahrscheinlich in Zukunft in der neuen Verwaltung ganz allgemeim projektorientiert arbeiten müssen und den Mangel an Dienststellenplänen durch das Angebot von Freiberuflern ersetzen und ergänzen.

Der Kreis der Grünplaner wird in Zukunft größer, daher sollte man die Möglichkeiten, die sich hier bieten, hinsichtlich der Einreichpläne und wie gesagt Bestandsaufnahme, die immer wieder zu einem größeren Fachwesen herausfordern, nützen.

Wenn man die Frage der Bezeichnungen "mittlere Baumschulqualität" und auch "bis 15 Zentimeter Stammumfang", überlegt und auch das wurde schon im Ausschuß einmal diskutiert, wäre eine genaue Qualitätsbezeichnung, wie es die ÖNORM vorsieht und es auch die internen Richtlinien der Baumschullisten machen, um die Bezeichnungen zu präzisieren, nützlich, denn die derzeitige Regelung sieht eigentlich nur Hochstämme vor. Es müßte möglich sein, Heister, Solitärheister und Stammbüsche entsprechender Qualität, ebenfalls als Ersatzpflanzung zu verwenden. Gewisse Baumarten - das werden die Spezialisten besser wissen, als ich - sind auch gar nicht anders erhältlich.

Eine Novellierung wäre also in der Richtung zu überlegen, daß die Ersatzpflanzung von Bäumen, soweit als möglich ähnlichen Umfanges vorgeschrieben wird oder zumindest hinsichtlich der Anzahl der Bäume begünstigt werden würde. Dem Betreiber könnte, und darauf habe ich schon einmal Wertgelegt, die Wahlmöglichkeit eingeräumt werden, daß er viele Bäume geringeren Umfanges oder entsprechend weniger Bäume größeren Stammumfanges als Ersatz pflanzt. Es müßte also die Möglichkeit bestehen, bei Ersatzpflanzung mit größeren Exemplaren entsprechend weniger zu pflanzen. Stadtrat Schieder hat damals bei der letzten Novelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das schon intern vorgesehen sei. Derzeit ist in der Praxis kaum jemand bereit, über das unmittelbar notwendige Maß der Pflanzqualität hinauszugehen, wenn nicht eine entsprechende Reduktion der Anzahl vorgenommen werden kann. Bei den häufig beengten Platzverhältnissen für Ersatzpflanzungen am Standort des zu entfernenden Baumes wäre die genannte Lösung eine große Verbesserung. Bei entsprechendem Platzangebot müßte auch die Möglichkeit bestehen, statt einiger Ersatzpflanzungsbäume eine entsprechende flächenhafte Aufforstung mit Forstware durchzuführen, zum Beispiel bei Industrieanlagen.

Was in der Praxis auch kritisiert worden ist, ist die Regelung im § 6 Abs. 3, hier meint man, daß die 300 Meter Umkreis für Ersatzpflanzungen flexibler vorgeschrieben werden könnten.

Die Regelungen verlangen sicherlich eine klarere Formulierung. Nach der derzeitigen Rechtsprechung ist die Vorschreibung der Art im botanisch-systematischen Sinn im Bescheid nicht zulässig. Hier ist die Frage, ob das weiter so bleiben soll. Die Exekutierbarkeit der einzelnen Paragraphen ist unterschiedlich. Was mir Praktiker gesagt haben, sei es vor allem notwendig, daß man mehr Sachverständigengutachten in die Verfahren einräumen möge und das, was also auch immer wieder betont wird ist, daß man, weil es ohnedies schon gemacht wird, nun offiziell in das Gesetz eine Baumzustandsinventur hineinnehmen sollte.

Das Gesetz ist in der Praxis nur in enger Verbindung mit den amtsinternen Richtlinien der Magistratsabteilung 42 zu administrieren. Diese Richtlinien schließen teilweise sinnvolle Ersatzpflan-

zungen, insbesondere bei Wohnbebauungen, aus und sie führen auch dazu, daß dann lieber gleich die Ausgleichsabgabe bezahlt wird und damit keine Bäume oder nur wenige gepflanzt werden.

Derzeit gibt es auch keine Regelung für den Anflug, auf zum Beispiel brachliegende Industrieerweiterungsflächen. Das führt dann dazu, daß große Industriebetriebe diese Baumbestände vor Erreichen der entsprechenden Stammumfänge entfernen, um nicht bei einer eventuell notwendigen Betriebserweiterung dann Ersatzpflanzungen vornehmen zu müssen.

Auch sollte man die Frage des Verbotes der Baumverstümmelung normieren und auch Eingriffe, die das Wachstum der Bäume schädigen.

Etwas, was ich seinerzeit erwähnt habe, ist die Frage der Dachstandorte, insbesondere auf Garagen und Häusern. Ich glaube, wenn man sich die Literatur anschaut, etwa einen Architekt Dörnach, wie er die Begrünung der Städte, insbesondere auch der Häuser und auch der technischen Gebäude vorschlägt, um hier das Biologische mit dem Ästhetischen zu verbinden, so ist es geradezu eine Herausforderung der Phantasie. Le Corbusier hat den Satz geprägt: "Die Häuser wachsen aus der Landschaft, die Landschaft aus den Häusern." Es gibt heute schon die Möglichkeit, daß Dachstandorte für Ersatzpflanzungen eingesetzt werden können. Hier wäre die Verwendung klein-kroniger Bäume möglich. Das würde nicht nur das Stadtbild entsprechend verbessern und ästhetische Reize einführen, sondern auch das Stadtkleinklima. Jedenfalls könnte man die Pflanzung von Kleinbäumen und Kleingehölzen in dieser Weise überlegen.

Ich habe versucht, hier eine kurze Aufzählung von Anregungen zu bieten und möchte abschließend einen Vergleich mit dem seinerzeitigen Entwurf des Salzburger Baumschutzgesetzes versuchen, aber nur im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit des Stammumfanges.

Ich glaube, auch hier muß man nicht bei unserem System bleiben, ebenso bei der Frage, was man dann bei Obstbäumen als Ausnahme nimmt. Die entscheidende Frage warum eigentlich der Baumschutz in der Großstadt so wichtig ist, führt zur allgemeinen Umweltschutzpolitik oder Umweltpolitik, und es gibt kein grünes Manifest, das nicht auf die Umweltpolitik hinweist, in dem Sinn, daß nicht nur Grünpolitik im engeren Sinn, sondern natürlich auch vor- und nachgelagerte Bereiche der Politik maßgebend sind. Ich habe hier immer ein Gedicht von Weinheber in Erinnerung: "Der Baum in der Großstadt! Es ist ein Baum und doch kein Baum, und ich glaube, daß man diesen Bäumen in der Großstadt nur dadurch helfen kann, daß nicht nur durch eine Erziehung und Bildung der Baum das gefühlsmäßig Archetypische, auch im pädagogischen Sinn gerechtfertigt, erfährt, sondern, daß man dann auch auf Gebieten wie der Baupolitik und Bebauungspolitik, aber auch Verkehrspolitik und Energiepolitik vorgehen muß. Wir machen die Bäume zwar nicht absichtlich kaputt, aber wir haben fast alle einen Vorteil, weil wir uns durch unser Verhalten generell Kosten ersparen. Diese Kosten werden heute auf die Natur abgewälzt. Es geht hier also um das, was die Ökonomie als Externalisierung von Kosten bezeichnet und deshalb ist auch die Analyse "Waldsterben im Jahr des Waldes" zum Ergebnis gekommen, daß trotz vieler, vieler Maßnahmen die getroffen worden sind, das Baumsterben zugenommen hat. Und auch nach den Ergebnissen der Waldstandsinventur, "Zustandsinventur 1985", die von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt in Wien durchgeführt worden ist, sind in Wien 60 Prozent der Bäume krank und zwar mit den Symptomen schwacher bis starker Verlichtung, Entnadelung, Entlaubung der Krone. Wien liegt damit bei der neuartigen Walderkrankung an der Spitze aller Bundesländer, wobei zur Grundbelastung forstschädlicher und baumschädlicher Emissionen von Industrie, Gewerbe, kalorischen Kraftwerken, Müllverbrennungsanlagen, Hausbrand - zum Teil liegen die Dinge schon in der Vergangenheit -, der Straßenverkehr und allerlei Zusatzlasten, wie enger Standraum, Wassermangel, mechanische Beschädigungen durch Kraftfahrzeuge, Baumschnitt und so weiter dazukommen. Deshalb führt die Frage Zusammenhang von Baum und Auto zur Energiefrage, zur allgemeinen Verkehrsfrage.

Die Wiener Umweltschutzpolitik hat hier verschiedene Möglichkeiten, vor allem auch die Verkehrs- und Energiepolitik in ihren Dienst zu stellen. Es geht insbesondere um die Priorität des öffentlichen Verkehrs. Auch diese Priorität ist eigentlich ein großer Konsens aller Parteien und daher müßten viel mehr Anreize zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen werden. Der Schutz der Bäume in der Großstadt verlangt konzertierte Aktionen. Es kommt nicht so sehr auf die einzelnen Gesetze, die direkt den Baum und den Wald schützen, sondern auf die vorgelagerten Bereiche, wie Verkehr, Energie und Wirtschaft an. Dort sind die entsprechenden Maß-

nahmen zu setzen und aus diesem Grund haben wir auch heute vor, die dringliche Anfrage zu begründen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Sallaberger**: Ich danke dem Herrn Abg. Prof. Dr. Welan für seinen Debattenbeitrag. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Vejtisek. Ich erteile es ihm.

Abg. **Vejtisek**: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Hoher Landtag! Der Wunsch nach mehr rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz des Baumes ist unser aller Angelegenheit, und wie bereits in der Fraktionssitzung vom 4. März berichtet, ist die Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz so weit fortgeschritten, daß wir voraussichtlich in Bälde darüber im Ausschuß sprechen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das 1974 vom Wiener Landtag beschlossene Baumschutzgesetz war für die damalige Zeit richtungsweisend und seiner Zeit voraus. Unter dem Eindruck des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwunges wurde bis dahin der ökologischen Problematik nur von einem kleinen Teil der Gesellschaft Beachtung geschenkt. Heute ist die Ökologie in aller Munde, dessen ungeachtet gilt für den einzelnen im allgemeinen das Florianiprinzip.

Obwohl es Bauherren bekannt ist, daß Bäume in Wien geschützt sind, wird hier noch viel zu oft gesündigt. Baustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Grabstellen, für Bäume aber oft genug Grabstellen. Mit der Erhöhung der Strafen soll ein Signal gesetzt werden, das zur Bewußtseinsbildung beiträgt.

Hoher Landtag! Im vorliegenden Entwurf wurde daher bei schweren Delikten die Strafuntergrenze auf 10.000 Schilling verdoppelt und die Strafobergrenze auf 2 Millionen Schilling vervierfacht. Bei leichten Delikten wurde die Strafobergrenze auf 100.000 Schilling verdoppelt. Es ist zu hoffen, daß mit diesen Strafandrohungen unerlaubte Baumfällungen in Wien auf ein Minimum reduziert werden.

Durch diese Zeichen soll der heutige Stellenwert des Baumbestandes als ökologischer Faktor, als Merkzeichen, als Bote und als Wahrzeichen einer grünen Welt unterstrichen werden. Alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen letztlich begreifen, daß es im Grunde ja nicht wir sind, die den Baum schützen, sondern daß er es ist, der uns seinen Schutz gewährt. Meine Fraktion wird diesem Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird die Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Sallaberger**: Ich danke dem Debattenredner Vejtisek. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Ing. Kreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. **Kreiner**: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst aus dem Handbuch der Stadt Wien den Zweck des Wiener Baumschutzgesetzes in Erinnerung rufen. Hier steht: "Was ist der Zweck des Wiener Baumschutzgesetzes? Durch dieses Gesetz sollen im Gebiet der Stadt Wien alle Laub- und Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 40 Zentimeter, gemessen in 1 Meter Höhe vom Beginn der Wurzelverzweigung, einschließlich ihres Krone- und Wurzelbereiches geschützt werden, um für die Wiener Bevölkerung eine gesunde Umwelt zu erhalten. Dabei ist es belanglos, ob sich die Bäume auf öffentlichem oder privatem Grund befinden. Der Grundeigentümer ist daher prinzipiell verpflichtet, den Baumbestand zu erhalten." Und weiter: "Was verbietet das Gesetz? Es ist verboten, Bäume durch chemische, mechanische und andere Einwirkungen zu schädigen, im Wuchs zu hemmen oder zum Absterben zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die heutige Gesetzesänderung ist weitgehend nur auf die mechanische Schädigung abgestimmt. Die chemische Schädigung ist ausgeklammert. Ich meine nicht die Schädigung in dem man Schwefelsäure oder irgendetwas anderes Grausliches in den Boden wirft, nein, ich meine die Umweltschädigung. Eine mechanische Maßnahme ist durch Strafmaßnahmen in den Griff zu bekommen, das ist ohne weiteres möglich und dem ist auch ein Erfolg zuzuschreiben.

Ich zitiere aus dem Initiativantrag der Abgen. Ing. Riedler, Freinberger, Dr. Häupl, Nußbaum, Outolny, Maria Paul, Ing. Svoboda und Vejtisek, betreffend das Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird. Hier wird eben das geschrieben, was ich gerade gesagt habe: "Insbesondere scheint die derzeitige Strafandrohung nicht ausreichend, um Übertretungen des Baumschutzgesetzes hintanzuhalten." - Unerlaubte Baumfällungen, hier haben wir es - "Baumfällungen dürfen in Hinkunft weder als Kavaliersdelikt gelten, noch in rein wirtschaftlichen Überlegungen begründet sein."

Meine Damen und Herren! Das ist zu begrüßen, aber bei der chemischen Schädigung ist mit Strafen nichts zu machen, im Gegenteil, aber gerade strafen will der neue SPÖ Gesundheitsminister Kreuzer, nämlich mit einer Umweltsteuer, die die Senkung des Bezin und Ölpreises hintanhaltend soll.

Meine Damen und Herren! Ich darf erinnern, zwei Erhöhungen hatten wir bereits schon, die Mehrwertsteuer betreffend, bei der gesagt wurde, das ist für den Umweltschutz, kein Groschen ist dafür verwendet worden, es wurden Budgetlöcher gestopft und ich erinnere an die Umsatzsteuererhöhung bei Strom und Gas von 8 auf 10 Prozent, von 10 auf 20 Prozent. Und dieser, meiner Meinung nach, nicht wirtschaftlich durchdachten "Kreuzer-Steuer", wird hier in diesem Rathaus noch Beifall gezollt. Nicht durch den Herrn Bürgermeister, den darf ich positiv ausklammern, aber durch die Herren Stadträte Mayr und Braun, die diese Steuer befürworten. Ich habe noch Verständnis für die Meinung von Finanzstadtrat Mayr, der sagen könnte: "Egal wofür die Einnahmen sind, egal von wo sie herkommen, im Budget sind sie zu brauchen. Aber beim Umweltstadtrat fehlt mir jedwedes Verständnis. Glaubt selbiger Umweltstadtrat durch eine Steuer die Umwelt zu schützen? Glaubt er auch nur einen Groschen davon zu erhalten und das Baumsterben dadurch hintanhaltend zu können? Bestimmt nicht! Keine unter diesem Titel eingehobene Steuer ist je für die Umwelt verwendet worden. Baumschutz, Umweltschutz ist nicht durch Strafen, nicht durch Steuern und nicht durch einen Obrigkeitsstaat zu bewältigen. Man kann Baumsterben verhindern, man kann reine Luft bekommen, aber nur durch Verringerung der Emissionen, durch Anreize zum Umsteigen auf umweltfreundliche Brennstoffe.

Meine Damen und Herren! Ich zitierte aus dem Energiekonzept 1, Fortschreibung, zweite Fassung, Seite 240. Da steht, daß das Heizöl bei SO₂-Emissionen dominiert. Und dann kommt ein wesentlicher Satz: "Der stark steigende Ölpreis während des vergangenen Jahrzehnts hat die Bemühungen der öffentlichen Hand, die Substitution von Heizöl durch die leitungsgebundenen Energieträger Strom, Erdgas und Fernwärme in verstärktem Ausmaß zu betreiben, erleichtert." Und dann steht noch, daß 63 Prozent der SO₂-Emissionen aus Hausbrand und Industrie kommen. Ich zitiere wieder wörtlich: "Bei der Gliederung der Gesamtemissionen in Wien nach den verschiedenen Emittentengruppen zeigt sich, daß 63 Prozent auf Haushalte, Industrie und Kleinverbraucher entfallen."

Welche Schlüsse sollen wir daraus ziehen? Wer, meine Damen und Herren, soll jetzt auf umweltfreundliche Energieträger umsteigen, auf Strom, Gas, Fernwärme? Wer, meine Damen und Herren, soll die Luft reinhalten? (VBgm. Mayr: Die umweltfreundlichen Politiker!) Wer soll die Bäume schützen vor den chemischen Einflüssen, wenn er dafür mehr zahlen muß? Heizöl, das habe ich an dieser Stelle schon mehrmals gesagt, ist wesentlich billiger geworden. Heizöl ist bis zu 42 Prozent billiger geworden. Bei Gas soll es jetzt zu einer von der ÖVP vorgeschlagenen zehnprozentigen Verbilligung kommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe gerechnet, daß es 22 Prozent sein könnten, ich kann aber auch vorrechnen, daß es noch mehr sein könnten. Bei Strom gibt es keine Verbilligung, der teure Preis wird gehalten und das wird noch als Erfolg verkauft. (GR. Maria Kuhn: Was hat das mit den Bäumen zu tun?) Bitte, das kommt sofort. Die Aufbringung von Strom ist 53 Prozent aus kalorischen Kraftwerken. Und bei der Fernwärme verbleibt die ungenügende Preissenkung.

Meine Damen und Herren! Welcher Haushalt, welchem Betrieb, ob Industrie oder Gewerbe, kann ein Vorwurf gemacht werden, wenn er statt teurem Strom, teurem Gas und teurer Fernwärme billiges Heizöl verwendet. Heizöl, das die Umwelt belastet, Heizöl, Frau Kollegin, das die Bäume zum Absterben bringen kann?

Aber Stadtrat Hatzl richtet sich nicht nach den dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie vorgelegten Unterlagen, sondern trägt eigene Unterlagen vor, die eine Preissenkung von 10 Prozent bei allen leitungsgebundenen Energieträgern nicht aufzeigen, obwohl sie ohne weiteres möglich wäre. Nein, er beruft sich auf Unterlagen, die ihm von der Geschäftsführung der Wiener Stadtwerke zugegangen sind und die dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie nicht vorgelegt wurden.

Meine Damen und Herren! Er hält die umweltfreundlichen Energieträger gegenüber den umweltschädlichen Energieträgern preislich hoch und trägt durch diese wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Maßnahme zur Umweltverschmutzung, zum chemischen Baumsterben bei.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele bringen. Ein Gewerbebetrieb: Eine Heizanlage, die durch verschiedene Brennstoffe zu heizen ist, sowohl Gas als auch Heizöl. Was wird man verfeuern? Das um 40 Prozent billiger gewordene Heizöl oder das um 10 Prozent billiger gewordene Gas? Na wahrscheinlich Heizöl.

Bei einem Haushalt. Eine Gastherme ist eingebaut worden, aber im Keller steht noch der alte Ölofen. Es ist ohne weiteres möglich, daß dieser Ölofen heraufgeholt und die Therme abgedreht wird, weil Öl billiger ist als Gas. Umweltverschmutzung - Baumsterben!

Eine Wohnhausanlage, die derzeit noch Ölheizung hat. Die Ölheizung ist schon Jahrzehnte alt und am Absterben. Eine Fernwärmeleitung führt vorbei. Ja glauben Sie, daß sich die jetzt anschließen werden für den teuren Fernwärmepreis, oder werden sie das billige Öl weiterverfeuern? Ich glaube es nicht. (Maria Kuhn: Freilich, wenn sie darauf kommen, daß die Fernwärme billiger ist, schon! - Präs. Hahn: Freilich, aber das habt Ihr ja abgelehnt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß Herr Umweltminister Kreuzer ein Kenner des österreichisch-englischen Philosophen Sir Popper ist, von Herrn Vizebürgermeister Mayr, Herrn Stadtrat Braun und Herrn Stadtrat Hatzl weiß ich das nicht, aber ich darf in Erinnerung rufen, Sir Popper sagt: "Man kann Fehler machen, es ist nicht schlecht, wenn man Fehler macht. Man muß sie aber erkennen, man muß diese Fehler einbekennen und korrigieren."

Meine Damen und Herren! Erkennen Sie den Fehler des hohen Gaspreises, des hohen Strompreises, den Fehler des hohen Fernwärmepreises! (Beifall bei der ÖVP.) Korrigieren Sie diesen Fehler für den Umweltschutz, zur Erhaltung des Grüns, zur Verhinderung des Baumsterbens. Und ich zitiere aus dem Handbuch der Stadt Wien abschließend einen Satz aus meiner Einleitung: "Was ist der Zweck des Wiener Baumschutzgesetzes? Um für die Wiener Bevölkerung eine gesunde Umwelt zu erhalten." - Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Sallaberger**: Ich danke dem Debattenredner. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Hawlik. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. **Hawlik**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Dieses Baumschutzgesetz sollte eigentlich auch Gelegenheit bieten, hier eine Bilanz zu ziehen, über die Grünpolitik generell. Eine Bilanz, die nicht nur in der Wirkungsanalyse liegt, nämlich wie viele Bäume sind seit dem Erlassen dieses Baumschutzgesetzes gefällt worden, wieviel Geld ist hereingekommen, also eine rein statistische Erhebung, sondern die Bilanz sollte über die Grünpolitik gehen und sollte jene Intentionen eigentlich berücksichtigen, die zu diesem Gesetz geführt haben. Denn es hieße den Bürgermeister Gratz wahrscheinlich mißverstehen, wenn er dieses Gesetz im Jahre 1974 nur deshalb erlassen hätte, um einzelne Bäume zu schützen.

Das Gesetz, und das wurde ja heute auch schon von meinem Kollegen Welan erwähnt, hat eine eminent symbolische Funktion. Ich würde auch behaupten eine erzieherische Funktion. Denn wann schützt man etwas? Man schützt etwas, wenn es schützenswert ist und wenn es sich selber nicht schützen kann. Oder, in der Marktwirtschaft schützt man etwas oder man belegt es mit einem teureren Preis, wenn das Gut knapp wird und beides ist bei den Bäumen, ist generell im Bereich Grün, der Fall. Zum einen wird es immer weniger und zum anderen, weil wir über kaum eine Sprache verfügen, die es uns möglich macht, hier Wirkung zu zeigen, versuchen wir diese Wirkung dadurch herbeizuführen, daß wir das Fällen von Bäumen mit Strafe belegen, und zwar mit Geldstrafen belegen, damit überhaupt Leute aufmerksam werden, was hier passiert. Es ist eine Art Hilflosigkeit, daß wir das mit Geld machen müssen, weil, auch das wurde hier schon erwähnt, der Wert eines Baumes, der Wert eines Waldes mit einem Preis wohl kaum zu bestimmen ist. Der Wert, der gegeben ist durch Schönheit, ästhetischen Eindruck, durch das, was er uns an Gesundheit bringt, ist de facto durch einen Preis ja gar nicht zu bestimmen. Aber wir sind gewohnt in unserer Gesellschaft, alles was einen Wert hat, auch in Zahlen auszudrücken. Weil wir Werte, die keinen Preis haben, de facto nur unzureichend anerkennen und daher haben wir diese Hilflosigkeit auch beim Baumschutzgesetz, nämlich, daß wir einen ungefähren Wert festsetzen, und daß wir dann sagen, das hat etwa diesen Preis, obwohl, wenn die Bäume noch knapper werden, wenn es noch ärger wird mit dem

Waldsterben, wird man wahrscheinlich, wie man heute auch bei dieser Novellierung sieht, die Preise heben müssen, weil das Gut immer knapper wird.

"Mit dem Fällen des ersten Baumes begann die Zivilisation und mit dem Fällen des letzten Baumes wird sie enden", lautet ein Zitat. Man sollte sich einmal kurz vor Augen führen - und meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, daß ich das anläßlich dieses Baumschutzgesetzes - was den Baum in der Stadt so wertvoll macht. Vergegenwärtigen Sie sich, daß eine Buche mit 800.000 Blättern in der Stunde 5.000 Kubikmeter Luft von Kohlendioxyd reinigt. Vergegenwärtigen Sie sich, daß 12.500 Buchen Sauerstoff für einen Menschen pro Tag produzieren. Vergegenwärtigen Sie sich bitte, daß eine Birke mit 200.000 Blättern täglich als Verdunstung 300 bis 400 Liter Wasser abgibt. Das heißt, wir haben den Wert des Baumes, wenn Sie so wollen, im Nutzwert gemessen, Staubfiltrierung, Luftbefeuchtung, Sauerstoffproduktion, Schattenwirkung, Temperaturminderung, Lärminderung, auch vom ökologischen Prinzip her, die Wiedergewinnung oder Wiederverwertung von Regenwasser.

In einer baumbestandenen Straße, meine Damen und Herren, zählt man 3.000 Staubteilchen pro Kubikmeter Luft. In einer Straße ohne diese Bäume sind es 10.000 bis 12.000 pro Kubikmeter. Sie sehen den Unterschied und Sie sehen etwa den Nutzwert, den ein Baum, oder den die Bäume in Wien generell haben. Aber ich habe auch schon hingewiesen darauf, daß die Bäume über diesen Nutzwert hinaus einen Wert haben, der im Stadtbild zum Ausdruck kommt. Einen Wert, der zur Orientierung, zur ästhetischen Erfreuung des Bürgers beiträgt und auch, wenn Sie wollen, zur optischen Führung im Verkehr bei Alleegebäuden, damit man die Straße genau sieht. Das sind Werte, die de facto nicht einfließen können in einen Preis. Wir haben auf der einen Seite das, wodurch Bäume im Stadtbild so ungeheuer wertvoll sind, dem gegenüber zu stellen, wodurch dieser Wert in einer wirklich eminenten Weise bedroht ist. Die Bäume sind heute bedroht durch Bodenverdichtung, sie sind in der letzten Zeit bedroht gewesen durch Streusalz, sie sind bedroht durch Gas, weil im Boden CO_2 angereichert ist und somit den Sauerstoff verbraucht. Sie sind bedroht durch die Grundwasserabsenkung, durch die Vermehrung der Asphaltierung und Verbetonierung der Stadt, durch die Eingriffe in den Wurzelraum bei Bauarbeiten. Sie sind generell bedroht durch das städtische Klima, das sie nicht wachsen läßt, wenn zu trockene, zu heiße Luft ist oder wenn die Bodenfeuchtigkeit zu gering ist. Sie sind durch den sauren Regen und sie sind schließlich bedroht, und das ist auch hier Gegenstand der Debatte, durch das Abholzen.

Wenn Sie nun auf der einen Seite die ungeheure Bedrohung von Bäumen sehen, aber auf der anderen Seite, wie ich versucht habe, auch hier darzustellen, den ungeheuren Wert dieser Bäume, dann glaube ich, ist es wesentliche Aufgabe der Politik, ist es wesentliche Aufgabe einer Umweltpolitik, hier für jene Partei zu ergreifen, die sich selber nicht schützen können, die stumm sind, weil sie keine eigene Stimme haben und die auch keine eigene Gewerkschaft besitzen, um ihre Interessen durchzusetzen. Aber im Interesse einer sozial verstandenen Umweltpolitik ist es Aufgabe jedes einzelnen hier in diesem Haus, Umweltpolitik so zu verstehen, daß man der stummen Natur hier Ausdruck verleiht und sie gegen andere Interessen in Schutz nimmt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das schon nicht aus sozialem Engagement heraus tun, dann soll Ihnen wenigstens die existenzielle Notwendigkeit bewußt sein, die damit verbunden ist, weil wir sonst selber die Fäden der Natur zerschneiden, an denen wir hängen. Und ich möchte mir erlauben in diesem Zusammenhang, weil ich gesagt habe, daß eigentlich anläßlich dieses Baumschutzgesetzes auch ein bißchen Bilanz zu ziehen sei, unsere Bilanz zu ziehen.

Was wir in der Zeit, etwa seit 1976, an wesentlichen Grüninitiativen gesetzt haben. Und zwar möchte ich das tun, nicht nur für das Protokoll, nicht nur um uns selbst zu berühren, sondern um auch aufzuzeigen, daß viele Probleme, die sich schon in den Siebzigerjahren gestellt haben, noch immer nicht bewältigt worden sind, obwohl wir über ein ungeheuer technisches Instrumentarium verfügen, obwohl wir über die Erkenntnis verfügen, welche Schäden angerichtet werden, wenn wir nicht auf die Natur achten. So muß man aber sagen, daß ein Teil dieser Probleme heute noch immer sehr existent ist.

Wir haben bereits 1979 einen Resolutionsantrag gegen das Baumsterben in Wien eingebracht. Wir haben im Jahre 1980 einen Antrag für Baumpflanzungen und richtige Baumpflege eingebracht, Stichwort Baumschnitt, der heute auch schon zur Diskussion stand. Wir haben im Jahre 1980

versucht, von Ihnen zu erfahren, wie es mit dem Baumbestand in Wien steht und wie Bäume und Grünflächen bereits geschädigt werden und wodurch. Wir haben im Jahre 1982 einen Rodungsstopp verlangt beim Ausbau des Alberner Hafens, weil wir geglaubt haben, das ist ein ganz wesentliches Element, das hier erhalten bleiben muß. Und wir haben schließlich, und darauf ist meine Fraktion auch besonders stolz, bereits im Jahre 1982 den Antrag auf Verbot der Salzstreuung gestellt und haben uns erst sehr spät damit dann durchgesetzt, obwohl damals schon ziemlich klar war, was das für Schäden herbeiführt. Wir haben im Jahre 1982, also im selben Jahr, Maßnahmen gegen das Baumsterben vorgeschlagen. Wir haben eine Reihe von Anträgen eingebracht zur Errichtung von Parks, und weiters eine Reihe von Anträgen eingebracht, die versucht haben, leerstehende und freiwerdende Flächen in Parks umzuwidmen.

Ich erinnere nur mit einigen Schlagworten an die herausragendsten: Skalagründe, Böhmgründe, aber, wenn Sie sich an den letzten Gemeinderat erinnern, an die Flächenwidmungsänderung Grünentorgasse, auch hier sind wir, wie bei den vorangegangenen Anträgen, die wir gestellt haben, in Sachen Grün, nicht immer auf Ihr Verständnis gestoßen. Wackerplatz, Oswaldgasse, alles Dinge, die wahrscheinlich in Ihrer Erinnerung sein werden. Wir haben seinerzeit im Jahre 1980 schon die Begrünung städtischer Althäuser versucht. Wir haben damals den Antrag bereits eingebracht, daß Mietern ein Stück Land zur Verfügung gestellt wird. Ein Anliegen, das möglicherweise jetzt realisiert wird, durch das Kleingartenkonzept. Wir haben mehrfach bessere Pflege von Parks und mehrfach "grüne Spielplätze" gefordert und auch hier sind wir nicht auf Ihr Verständnis gestoßen.

Ich erinnere an die lange und heftige, emotional geführte Debatte um die Steinhofgründe. Und ich möchte auch an die Frage der Sperrfriedhöfe erinnern, die für uns auch Grün und Erholungsraum dargestellt haben. Bei all diesen Dingen und trotz der Tatsache - und auch das wurde heute bereits erwähnt -, daß bereits 60 Prozent der Bäume in Wien geschädigt sind, haben wir bei diesen Initiativen relativ wenig Gegenliebe Ihrerseits gehabt. Und da frage ich mich, ob das Baumschutzgesetz von Ihnen einfach inhaltlich nicht mißverstanden worden ist. Ein Baumschutzgesetz kann doch nur die Spitze eines Eisberges sein, der eigentlich fundiert sein müßte auf einem Umweltbewußtsein, das sich nicht nur auf einen einzelnen Baum beschränkt, sondern das generell die Natur erhält, das generell mit der Natur sorgsam umgeht, das generell auch in anderen Bereichen Maßnahmen versucht, damit diese Natur erhalten bleibt.

Es gibt neben dem Nutzwert von Bäumen und neben dem Nutzwert von Grünflächen, der für alle allgemein verständlich, weil nachprüfbar ist, und weil man ihn mit Zahlen belegen kann, aber auch so etwas wie einen Symbolwert. Sie wissen alle, soweit Sie Bücher lesen oder Bilder ansehen, daß der Baum als Lebensbaum, als Baum der Erkenntnis, einen hohen Wert hat und anläßlich einer Studie zum Thema Hainburg haben wir auch untersucht, was mit dem Symbol Baum assoziiert wird. Ich möchte daraus zwei Zitate bringen. Zwei Zitate von Ihnen nicht Unbekannten.

Günther Nenning sagte auf die Frage, welches Symbol der Baum für ihn sei: "Na der Baum ist sozusagen die Kurzfassung dessen, wie der Mensch leben soll, nämlich mit Wurzeln im Boden und die Wipfel, die in den Himmel reichen, in deren Ästen die Vöglein sitzen, das ist sozusagen eine Verknüpfung mit dem Himmel. Das heißt, daß der Baum nicht isoliert dasteht. Der Baum ist auch, wenn er als einzelner da ist, verknüpft und der Mensch, pseudomodernes Individuum, hängt völlig in der Luft. Alles, was er hat, ist die Sicherheit des Sozialstaates. Deswegen hat er so viel Angst, weil er irgendwo spürt, daß das nichts ist." Zitat Ende.

Der kürzlich verstorbene Stadtrat Mauthe hat den Baum als etwas Archetypisches gesehen, also etwas Natürliches, als etwas, dessen Vorstellung man eigentlich mit der Geburt bereits mitkriegt. "Der Baum hat etwas mit Mystik zu tun," sagt er, "und wenn ein Baum gefällt wird, dann tut es dem Menschen weh, weil er einfach bei der Geburt mitbekommen hat, daß das etwas wertvolles ist."

Das sind nur zwei Zitate von Ihren Bekannten. Es gibt darüber hinaus ein sehr schönes Zitat von Hermann Hesse: "Bäume sind Heiligtümer. Wer mit ihnen zu sprechen, ihnen zuzuhören weiß, der fühlt die Wahrheit. Sie predigen nicht, sie lehren nicht Rezepte, sie predigen nur das Urgesetz des Lebens." Hermann Hesse aus dem Buch "Bäume". Das heißt hier ganz deutlich, der Baum ist ein Lebenssymbol.

Wenn man den Baum auf der einen Seite als Symbolcharakter für das natürliche Leben sieht, so ist es eine logische Folge, daß man das Fällen von Bäumen natürlich auch als Tod, als etwas, was

abstirbt, betrachtet, und zwar auch als symbolischen Akt wieder, nämlich, daß hier natürliches Leben zerstört wird. Das sollte uns bewußt sein, wenn wir versuchen, Rechnungen anzustellen, was uns mehr wert ist.

Und ich möchte auf ein Thema, das auch heute der Herr Kollege Pawkowicz schon angezogen hat, eingehen. Nämlich auf die Frage Wienerwald. Josef Eichendorf hat geschrieben: "Oh Täler weit, oh Höhen, oh schöner grüner Wald, du meiner Lust und Wehen andächtig'ger Aufenthalt." Nun, unter sterbenden Bäumen gibt es keine Andacht und ich würde behaupten, es vergeht einem auch jede Lust. Und wenn man betrachtet, welche verbalen Anstrengungen in der letzten Zeit versucht worden sind, den Wienerwald zu retten, dann müßte man, würde man nur diese verbalen Kraftakte hernehmen, sagen: "Es ist eigentlich ja ohnehin schon alles getan." Aber wahr ist vielmehr, daß der Wienerwald immer noch schwer geschädigt ist. Wenn auch nur zu 4 oder zu 6 Prozent in Wien liegend, kann uns das nicht gleich sein. Weil hier, und ich habe versucht, hier auch den Zusammenhang herzustellen, der Symbolcharakter eben mehr ist. Ich kann nicht sagen, Leben, das es anderswo gibt, geht mich nichts an, weil ich genauso davon abhängen, ob das Leben jetzt blüht in Tirol oder in Niederösterreich.

Ich brauche Ihnen die Zahlen über die Versauerung des Bodens nicht vorzulegen. Ich brauche Ihnen die Zahlen über den Bleigehalt im Boden des Wienerwaldes nicht vorzulegen. Sie kennen wahrscheinlich die einschlägigen Studien und Sie werden auch das große Trara bemerkt haben, mit dem die Wienerwaldrettung im Vorjahr passiert ist. Aber was ist wirklich passiert? Bisher ist nichts geschehen. Das einzige, was mir Hoffnung gibt, ist folgendes in der Wienerwaldfrage gewesen. Frau Kollegin Kuhn ist leider nicht mehr da, sie hat bei meinem Kollegen Kreiner, als der über die Energiepolitik und über den öffentlichen Verkehr zu sprechen kam, behauptet: "Was hat denn das mit den Bäumen zu tun?" Und genau von dieser Haltung, meine Damen und Herren, müssen wir endlich Abstand nehmen. Wir können nicht mehr den einzelnen Baum als Angriffsziel unserer Bemühungen sehen. Wir müssen die Wirkungszusammenhänge erkennen. Wir müssen erkennen, daß Verkehrs- politik, Energiepolitik, Wohnungspolitik, Landschaftsrahmenplan, daß all diese Dinge mit Umweltpolitik zu tun haben, und daß vernetzt, diese Dinge insgesamt eine gute Umweltpolitik abgeben. Aber wenn man nur jeweils schaut, was das einzelne Problem ist, wird man dem Gesamtproblem wahrscheinlich nie gerecht werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

So gibt es in Amerika zum Beispiel einen Versuch, der Umweltpolitik auf marktgerechte Art zu begegnen, indem man versucht über ein ganzes Gebiet eine Art Glocke zu legen, mit folgender Absicht:

Die Amerikaner haben nämlich gesagt - in Kentucky läuft dieser Versuch derzeit -, es hat keinen Sinn nur strenge Vorschriften zu machen pro Rauchfang, wenn die Rauchfänge insgesamt immer mehr werden. Das heißt, pro Rauchfang wird wohl die Vorschrift eingehalten, insgesamt aber wird die Luftbelastung mehr. Sinnvoll wäre folgendes: Sinnvoll wäre es, über das ganze Gebiet eine Vorschrift zu legen, daß die Gesamtluftbelastung für das Gebiet nicht höher sein darf und daß es dann auch keine Vorschrift gibt, daß jede Fabrik sozusagen überprüft wird mit ihrem Schlot, sondern daß auf marktgerechte Weise hier Zertifikate ausgetauscht werden können, weil, wenn man unter dem behördlich angegebenen Wert liegt, bringt das Geld, und wenn man darüber liegt, kostet einem das was. Und das ist ein Selbstregulierungsmechanismus, der wahrscheinlich weitaus besser funktionieren würde, als das behördliche Vorschriftensystem, das von seiner Bürokratie her, das Problem ohnehin nicht zu bewältigen vermag.

In Amerika gibt es einen Versuch, in Deutschland gibt es darüber wenigstens eine Diskussion. Bei uns scheint das noch nicht einmal bekannt zu sein. Aber es ist der Versuch hier Wirkungszusammenhänge herzustellen und nicht nur auf das einzelne Problem hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat enden, das Sie wahrscheinlich auch kennen. Es ist ein indianisches Sprichwort, das da lautet:

"Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluß vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden wir feststellen, daß man Geld nicht essen kann." (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Sallaberger: Ich danke Herrn Abg. Dr. Hawlik für seinen Beitrag.

Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor. Ich erkläre daher die Verhandlungen für geschlossen und erteile dem Berichterstatter, Herrn Stadtrat Braun, das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat **Braun**: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte zusammenfassend feststellen, daß ich glaube, daß diese Diskussion, die heute zu dieser Novelle zum Baumschutzgesetz durchgeführt wurde, deshalb sehr bedeutungsvoll ist, weil sie in den Grundsatzfragen eine vollkommene Übereinstimmung zutage gebracht hat, zu der sich, glaube ich, jeder bekennen kann und bei der es lediglich nur mehr um Unterschiedlichkeiten in der Schnelligkeit, in der Vorgangsweise gibt, aber eigentlich nicht mehr in der Zielsetzung. Ich glaube, diese Erkenntnis ist sehr gut zu wissen, daß dabei der Landtag wirklich eine gemeinsame Grundlage hat.

Zu den einzelnen Punkten nur ein paar Bemerkungen. Zuerst zu Herrn Dr. Pawkowicz. Ich glaube nicht, daß deswegen, weil wir weitere Wünsche, Vorstellungen und eine umfassende Novelle vorhaben, das Werk deshalb halbfertig ist. Die gesetzliche Grundlage ist für die Bewältigung der anstehenden Probleme natürlich fertig und wird auch so verwendet.

Was die Gespräche über den umfassenden Verfassungsschutz des Wienerwaldes betrifft, ist es so, daß die Klubobmänner viele Gespräche geführt haben, daß wir jetzt erkennen müssen, daß wahrscheinlich auf der Basis der bisherigen Grundlage es zu keiner Einigung kommen wird und somit eine Neuüberlegung angestellt werden muß. Aber das ändert ja nichts daran, Herr Dr. Pawkowicz und das gilt auch für andere Beiträge, daß wir ja durch den Schutz des Waldes, in Form eines Verfassungsgesetzes, an sich einen sehr hochrangigen Schutz für alle Wälder auf Bundesebene haben. Wir aber eben in Wien, ähnlich wie andere Bundesländer, darüber hinaus noch etwas tun wollen und auch sicher tun werden.

Was die Frage des Bannwaldes betrifft: Bitte, ich glaube schon, daß man weiß, daß das nicht eine Frage des Eigentums ist, sondern eine Frage der Funktion und der Aufgabenstellung, inwieweit ein Wald ein Bannwald sein soll, oder nicht. Darüber werden wir weiter diskutieren.

Ich möchte ausdrücklich betonen, Herr Dr. Pawkowicz, daß diese Einstellung, solche Untersuchungen vor Schlägerungen durchführen zu wollen, nicht nur für den Hörndlwald gegolten hat, sondern das eine grundsätzliche Auffassung ist, und ich auch bei Frau Bezirksvorsteher Bischof und Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gutmannsbauer vom 13. Bezirk, als es Schlägerungen in Schönbrunn gegeben hat, die zumindest diskutiert hätten werden sollen, dieselbe Auffassung vertreten habe, und auf dieser Ebene immer vertreten werde.

Was die Rodungen am Bisamberg betrifft: Wie Sie ja sicher gesehen haben werden, Herr Dr. Pawkowicz, gab es da nur eine Möglichkeit von seiten der Wiener Landesregierung, nämlich ein Angebot zu machen, daß, wenn es daran liegen sollte, daß irgendwelche Engpässe finanzieller Natur in Niederösterreich bestehen, dann Wien bereit ist, einen Beitrag zu leisten.

Wir haben mehr als 900.000 Quadratmeter Grund auf niederösterreichischem Gebiet am Bisamberg gekauft und zu einem Naturschutzgebiet gemacht, als Angebot für die Wiener Bevölkerung. Das beweist ja, daß wir daran interessiert sind, daß auch die Umgebung von Wien und natürlich auch der Wienerwald selbst, in jeder Hinsicht für die Wiener Bevölkerung erholungsspendend ist.

Herr Prof. Dr. Welan hat dann auf einige Punkte Bezug genommen, wie die Situation aussieht, und das hat auch Herr Dr. Hawlik getan. Ich möchte dazu vermerken, daß in dieser Bilanz, die Sie gelegt haben, Herr Dr. Hawlik, leider das Ergebnis der Politik, die wir ja auch veröffentlicht haben und die Ihnen auch zugänglich war, unberücksichtigt geblieben ist. Nämlich, daß wir in bezug auf die Schließung des Wald- und Wiesengürtels wesentlich weitergekommen sind, daß wir die Verbesserung des Wienerwaldes, also auf dem Wiener Gebiet - und sie haben ja selbst darauf Bezug genommen, es sind nur sechs Prozent - vorangetrieben haben, daß wir den Laaer-Wald ja schließlich und endlich nicht nur zugänglich gemacht haben, sondern damit einen wirklich wunderbaren Erholungsbereich für die Wiener Bevölkerung geschaffen haben, daß die Aufforstung am Wienerberg vor sich geht, daß wir 180.000 Bäume allein im vergangenen Jahr gepflanzt haben, daß wir in bezug auf den Baumschnitt rigoros vorgegangen sind, um eine Verstümmelung zu verhindern, und daß die Donauinsel in jeder Hinsicht ein Erholungsbereich ist. All das ist leider von Ihnen nicht berücksichtigt worden.

Ich glaube, dies ist der Beweis, daß wir für Mensch und Natur in Wien alles unternehmen, um diese Stadt in ihrer Attraktivität gegenüber der Bevölkerung, aber auch aller ihrer Besucher, in entsprechender Form ständig zu verbessern.

Das ist die Aufgabenstellung der Stadtväter. Sie sorgen durch ihre Politik dafür. Und ich bin sehr froh, daß aber auch durch Ihre angekündigte Einstimmigkeit in bezug auf diese Novelle unterstrichen wird, daß wir uns, wie gesagt, grundsätzlich nicht unterscheiden.

Diese neue Novelle ist wirklich in Arbeit und ich darf ganz offen sagen, daß es eine Reihe von Vorarbeiten gegeben hat, die mir als zu wenig weit erschienen sind und daher der Auftrag gekommen ist, das weiter voranzutreiben. Wir werden daher die große Novelle in nächster Zeit zur Diskussion stellen, und da stehen alle Anregungen, das kann ich sicherlich schon jetzt sagen, wie sie von Herrn Prof. Dr. Welan gekommen sind, mit den verschiedenen Punkten, auf die ich jetzt nicht im Detail eingehen möchte, selbstverständlich mit zur Diskussion. Das waren sehr wertvolle Anregungen und wir werden bestimmt bemüht sein, zumindest einen großen Teil davon zu berücksichtigen.

Dasselbe gilt in der Frage der Zusammenarbeit mit der Hochschule für Bodenkultur. Wir haben das ja wesentlich ausgeweitet. Es gibt viele Bereiche, in denen wir die Fachleute heranziehen, zur Begutachtung, aber auch zur Erarbeitung neuer Grundsätze, und ich bin davon überzeugt, daß auf diesem Gebiete weiteres getan werden kann.

Was die Begrünung von Dächern, Garagen, Häusern und so weiter betrifft, so sind wir ja schon einige Schritte gegangen. Durch unsere Innenhofbegrünung haben wir dazu wesentlich beigetragen. Bereiche, in denen es vielleicht gar nicht möglich ist, in der Umgebung Parkanlagen zu schaffen, zumindest solche kleinen Bereiche der Erholung zu schaffen und wir haben damit auch die Menschen zusammengeführt, denn es ist uns in sehr vielen Fällen gelungen, getrennte Höfe zu einem gemeinsamen Erholungsgebiet für diese Bevölkerung zu machen und ich glaube, auf diesem Gebiete können wir daher bestimmt noch zusätzliche Berührungspunkte in der gemeinsamen Bewältigung dieser Aufgabenstellung sehen. Ich sehe also hier gemeinsame Vorstellungen, die wir sicher auch gemeinsam in Angriff nehmen können.

Herr Abg. Ing. Kreiner hat dann in der Frage der Entwicklung des Umweltschutzes auch die Frage der vom Herrn Minister Kreuzer ja nur zu Diskussion gestellten Überlegung eventuell in der jetzigen Form der Preisermäßigungen einen Teil davon einzubehalten, um Probleme des Umweltschutzes besser bewerkstelligen zu können, zur Diskussion gestellt. Ich möchte schon dazu sagen, daß es bei der Umweltschutzreferententagung am Freitag vergangener Woche überhaupt keine Zweifel gegeben hat, und daß alle Umweltschutzreferenten sehr viel Verständnis für diese Ansicht des Herrn Umweltschutzministers gehabt haben und dort steht es, wie Sie ja wissen, sechs zu drei - also sechs ÖVP-Referenten und drei von der sozialistischen Fraktion -, und da hat es gar keinen Zweifel gegeben, daß man weiß was er damit meint, auch wenn jedem klar war, und das ist es ja Ihnen auch und daher war es ja nur ein verbaler Kraftakt, den Sie da bewerkstelligten, daß es jetzt halt leider aus psychologischen Gründen nicht eingeführt werden kann, obwohl die Schweiz diesen Schritt, wie Sie ja wissen, getan hat und die Schweiz sicherlich in bezug auf die Einstellung zur Bevölkerung nicht schlechter ist, als wie wir das normalerweise bei uns handhaben beziehungsweise die Schweizer genauso vorsichtig sind, damit sich nicht die Politik für die Bevölkerung schlecht auswirkt. Und trotzdem haben es die Schweizer getan.

Wenn Sie die Zeitung "Die Furche" lesen in dieser Woche, dann werden Sie sehen, daß dort der Chefredakteur dazu übergegangen ist, daß man darüber diskutieren kann, daß es ein sachliches Problem gibt, obwohl doch jeder weiß, daß diese jetzt vorübergehenden Preissenkungen bei Rohöl, bei Erdöl und damit auch bei Benzin, Heizöl und so weiter, wahrscheinlich - wir wünschen es uns nicht -, aber wahrscheinlich vorübergehend sind. Die Folgen sind aber insofern psychologisch fürchterlich, weil es viele Menschen gibt, die jetzt wieder verführt werden, zusätzliche Autos zu kaufen, zusätzliche Maßnahmen zu setzen, weil es billiger geworden ist. Es wird der Wärmeschutz nicht mehr so ernst genommen, es gibt eine Reihe von Investitionsbereichen, die nicht durchgeführt werden. Man kann es sich ja wieder leisten, man braucht also nicht diesen Weg zu gehen. Hier werden Hoffnungen erweckt, meine Damen und Herren, die wir in Bälde wahrscheinlich durch nichts mehr decken können. Da sollte man doch wenigstens darüber diskutieren können und nicht aus relativ leicht durchschaubaren Gründen ganz einfach vom Tisch fegen. Uns ist es nur um diese Diskussion gegangen. Und auch der Beitrag - Herr Vizebürgermeister und ich, wir waren ja bei dieser Pressekonferenz dabei - von uns war, daß wir Verständnis haben, wenn wir auch selbst sehen, daß das zur Zeit nicht realisierbar ist. Also ich glaube, mehr braucht man dazu nicht zu sagen, aber daß Sie

selbst Ihre eigene dringliche Anfrage dadurch schon jetzt ins Gespräch gebracht haben, ist ja Ihre Angelegenheit.

Was die Vorgangsweise in bezug auf die Grünpolitik betrifft, und das, Herr Dr. Hawlik, möchte ich nur noch einmal sagen, wenn Sie negieren, was es auf diesem Gebiete in den letzten Jahren gegeben hat, zum Beispiel die fünfzigprozentige Senkung der Umweltbelastung durch Schwefeldioxyde, dann frage ich Sie: Wer hat denn, bitte, die Frage des unverbleiten Benzins in dieser Form popularisiert? Herr Dr. Steyrer ist doch damals in der Phase, als er diese Frage vertreten hat, wirklich auf Unverständnis auf allen Ebenen und ganz besonders von der Wirtschaft her gestoßen. Was hat es denn da alles für Argumente gegeben und heute sagen Sie, daß noch immer der Wienerwald mit Blei belastet ist. Ja bitte, wenn sich Steyrer da nicht durchgesetzt hätte, wenn es da nicht diesen Regierungsbeschluß gegeben hätte, mit viel Wenn und Aber durch die Opposition auch im Parlament, dann wären wir ja heute noch nicht so weit, denn die anderen Länder haben sich an Österreich orientiert, weil Steyrer selbst Vorbild war für andere Länder, für große Länder zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich und Italien. Das ganz einfach in dieser Form zu negieren, das halte ich eigentlich für die heutige Zeit als nicht mehr notwendig, weil wir doch dazu übergegangen sind, solche Dinge als Sachprobleme zu sehen.

Es tut uns leid, das können Sie uns glauben, wenn wir durch Strafen, gegen manche Unbelehrbare so vorgehen müssen. Ich glaube, das sollte man auch bei dieser Gelegenheit sagen.

Alle Ihre Anträge, die Sie gebracht haben, sind doch in Wirklichkeit längst durch die Politik überholt. Denken Sie jetzt an die Maßnahmen, die wir gesetzt haben in bezug auf die Senkung bei den Müllverbrennungsanlagen. Da haben wir nicht das getan, was sie gefordert haben, sondern wir sind zehn Schritte weitergegangen. Wir haben jetzt die Entschwefelungsanlagen, wir haben die Filteranlagen, wir haben 5 Prozent der Belastungen beim Flötzersteig als vor Einsetzung dieser Einrichtungen. Dasselbe werden wir heuer bei der Spittelau bewerkstelligen, und bei der EBS wird jetzt mit dem Umbau begonnen. Wir machen also auf diesem Gebiete alles, was dazu beitragen kann, die Situation zu verbessern und wenn Sie von Grundwasserströmen und vom Sinken des Grundwassers und so weiter gesprochen haben, da werden wir noch viele Möglichkeiten haben, sachlich auch über diese Fragen zu sprechen, wie sich eine Staustufe in Wien auswirken würde zur Erhöhung des Grundwasserspiegels, zur besseren Dotierung der verschiedensten Bereiche und das werden wir alles sachlich diskutieren können, wenn Sie das wollen. Aufgrund der heutigen Beiträge bin ich sehr hoffnungsvoll und glaube auch, daß wir viele Möglichkeiten dazu haben.

Ich hoffe daher, meine Damen und Herren, nicht nur durch die Beschlußfassung, sondern auch durch die Beiträge, die heute zum Ausdruck gekommen sind, daß wir uns eher näher kamen in dem Bestreben, die nächste Novelle zum Baumschutzgesetz so durchzuführen, daß sie in unserer Stadt in noch viel stärkerer Form versucht, die Lebensbedingungen für Baum und Mensch, nicht nur zu verbessern, sondern auch zu sichern und zwar auf lange Zeiten, möglichst auf alle Zeit.

Ich kann nur hoffen, und wir werden es ja sehen in der Berichterstattung, in den Medien, inwieweit dieser Ernst, der durch alle Beiträge heute zum Ausdruck gekommen ist, auch weitergegeben wird an die Bevölkerung. Wir sind alle, ich glaube, das kann ich heute summarisch sagen, bereit, gemeinsam diese Herausforderung aufgrund der allgemeinen Entwicklung anzunehmen und Lösungsvorschläge anzustreben. Diese heutige Novelle ist ein kleiner Schritt, das gebe ich ganz offen zu, aber es wird ein großer Schritt folgen und ich glaube, wir sind am richtigen Weg und ich danke noch einmal für die Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Ich danke dem Berichterstatter für das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen die Hand zu erheben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Vorlage, daß die von den Abgeordneten Edlinger, Ing. Svoboda und Dr. Häupl eingebrachte, an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die Einhaltung

des Unvereinbarkeitsgesetzes, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.

Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer, Frau Abg. Hildegard Wondratsch die Verlesung der Anfrage vorzunehmen.

Schriftführer Abg. Hildegard Wondratsch: "Dringliche Anfrage der Landtagsabgeordneten Edlinger, Ing. Svoboda und Dr. Häupl an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Einhaltung des Unvereinbarkeitsgesetzes.

Das Unvereinbarkeitsgesetz hat den Sinn, die Trennung zwischen Politik und Wirtschaft sicherzustellen, um zu verhindern, daß private wirtschaftliche Tätigkeiten eines Abgeordneten oder eines Mitgliedes der Wiener Landesregierung seine politische Funktion beeinflussen. Zur Überprüfung einer allfälligen Verquickung zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und politischer Verantwortung wurde vom Wiener Landtag ein Unvereinbarkeitsausschuß gewählt.

Wie aus Meldungen der Massenmedien hervorgeht, hat der zurückgetretene Stadtrat Anton Fürst von der Bundesländer-Versicherung Geld für eine nur vorgetäuschte Konsulententätigkeit erhalten. Durch die Berichte über diese vorgetäuschte Tätigkeit ist offenbar nur die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden.

Aus der Tatsache, daß bisher über 100 Geldempfänger der Bundesländer-Versicherung genannt worden sind, und den veröffentlichten Berichten der Massenmedien läßt sich schließen, daß im Zuge der weiteren Erhebungen noch zusätzliche Namen und weiterer Schaden bekannt werden wird. Die meisten der bisher bekannten Geldempfänger haben ein eindeutiges Naheverhältnis zur ÖVP beziehungsweise sind Funktionäre von Teilorganisationen der Volkspartei.

Aus der Tatsache, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bundesländer-Versicherung, der Altlandeshauptmann Andreas Maurer ist, die stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, ÖVP-Abgeordneter Ing. Rudolf Sallinger, und der ÖVP-Bundesfinanzreferent Dr. Helmut Klauhs sind, und daß dem Aufsichtsrat weitere prominente Mitglieder der ÖVP, wie Landeshauptmann außer Dienst Friedrich Niederl, Vizekanzler außer Dienst Dr. Fritz Bock, Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck angehören, drängt sich der Schluß auf, daß über kriminelle Handlungen hinaus der Schaden bei der Bundesländer-Versicherung auch durch Parteifinanzierung für die ÖVP verursacht worden sein könnte.

Nach Ansicht der gefertigten Landtagsabgeordneten sind daher jegliche Maßnahmen zu setzen, die Verantwortlichen festzustellen und die rechtlichen Konsequenzen für ihre Haltung zu ziehen.

Aus diesem Grund richten die gefertigten Landtagsabgeordneten gemäß § 39 der Geschäftsordnung für den Landtag an den Herrn Landeshauptmann nachfolgende dringliche Anfrage:

1. Ist Ihnen, Herr Landeshauptmann, gemäß § 3 Abs. 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330/1983, vom Unvereinbarkeitsausschuß des Landtages mitgeteilt worden, daß das ehemalige Mitglied der Landesregierung, Stadtrat außer Dienst Anton Fürst, eine freiberufliche Tätigkeit als Konsulent für die Bundesländer-Versicherung aufgenommen hat?

2. Ist aufgrund der Ihnen zur Verfügung stehenden Informationen zu befürchten, daß weitere Funktionäre des Landes Wien in die erwähnten Vorkommnisse verwickelt sind?

3. Hat das Bundesland Wien einen Vertreter als Funktionär in die Organe der Bundesländer-Versicherung entsendet, wenn ja, welchen?

4. Können Ihrer Meinung nach, Herr Landeshauptmann, die bekannten Vorkommnisse in der Bundesländer-Versicherung negative Auswirkungen auf Wien haben?

In formeller Hinsicht wird gemäß § 39 Abs. 1 und 6 der Geschäftsordnung des Landtages die dringliche Behandlung und Verlesung dieser Anfrage in der heutigen Sitzung beantragt."

Präsident Sallaberger: Ich danke. Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als 20 Minuten sprechen. Ich erteile nun Herrn Abg. Edlinger zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abg. Edlinger: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Aus den Vorgängen im Zusammenhang mit der Bundesländer-Versicherung ist zu entnehmen, daß der Wiener Stadtrat außer Dienst Anton Fürst Konsulentenhonorare während seiner

Amtszeit als Mitglied der Wiener Landesregierung seitens der Bundesländer-Versicherung bezogen hat. Er hat diese Honorare angeblich für die Erstellung von Konzepten für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesländer-Versicherung erhalten. Wie Stadtrat außer Dienst Anton Fürst gegenüber der Wirtschaftspolizei zugegeben hat, hat er die Honorare in der Höhe von insgesamt 480.000 Schilling zu unrecht bezogen, da er nach eigenen Angaben keine Gegenleistung dafür erbracht hat.

Vorweg ist festzustellen, daß aus der Sicht des Unvereinbarkeitsgesetzes aus dem Jahr 1983 die Konsulententätigkeit eines nichtamtsführenden Stadtrates nicht verboten ist. Es besteht allerdings nach dem Gesetz eine Anzeigepflicht, die gute politische Gründe hat.

Das Unvereinbarkeitsgesetz hat den Sinn, die Trennung zwischen Politik und Wirtschaft sicherzustellen, um zu verhindern, daß private wirtschaftliche Tätigkeiten eines Abgeordneten, oder eines Mitgliedes der Wiener Landesregierung, seine politische Funktion beeinflussen. Der § 3 des Unvereinbarkeitsgesetzes enthält hierzu die grundsätzliche Regelung und schreibt vor, daß Mitglieder der Landesregierung, die ein Unternehmen besitzen oder die freiberuflich tätig sind, wie dies bei Stadtrat außer Dienst Anton Fürst der Fall war, dies unverzüglich dem dazu vom Landtag gewählten Unvereinbarkeitsausschuß anzuzeigen haben, der seinerseits dem Landeshauptmann davon Mitteilung zu machen hat. Der Herr Landeshauptmann veranlaßt dann die Veröffentlichung der Unternehmen und der freiberuflich tätigen Personen im Amtsblatt der Stadt Wien, damit alle Organe der Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften wissen, daß an diese Unternehmen und Personen keine Aufträge erteilt werden können.

Konkret bedeutet dies, bezogen auf Stadtrat außer Dienst Anton Fürst, daß dieser unverzüglich nach Aufnahme seiner Tätigkeit als Konsulent für die Bundesländer-Versicherung, was als freiberufliche Tätigkeit im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes anzusehen ist, an den Unvereinbarkeitsausschuß eine entsprechende Anzeige hätte erstatten müssen. Der Unvereinbarkeitsausschuß wäre dann verpflichtet gewesen, wie vorgeschrieben und bereits erwähnt, den Herrn Landeshauptmann davon zu informieren.

Trotz intensiver Recherchen war es mir leider nicht möglich, eine diesbezügliche Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Wien zu entdecken. Zeitungsmeldungen und seinen Aussagen vor der Wirtschaftspolizei zufolge, ist allerdings bekannt geworden, daß er bereits 1983 und ein zweites Mal 1985 jeweils 240.000 Schilling als Konsulentenhonorar von der Bundesländer-Versicherung bezogen hat. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß Stadtrat außer Dienst Anton Fürst eine wichtige Bestimmung des Unvereinbarkeitsgesetzes verletzt, die geforderten Überprüfungen einer allfälligen Verquickung zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und politischer Verantwortung verhindert und sowohl gegenüber dem Wiener Landtag als auch gegenüber der Wiener Öffentlichkeit aus ungeklärten, aber offensichtlich für ihn wichtigen Gründen verschwiegen hat. Ob sein Parteiobermann davon Kenntnis hatte, wäre gleichfalls aufklärungsbedürftig.

Allein der begründete Verdacht einer Verletzung einer wichtigen gesetzlichen Bestimmung durch ein Mitglied der Wiener Landesregierung würde bereits Grund genug für diese dringliche Anfrage sein.

Eine dringliche Anfrage ist ein parlamentarisches Instrument, das nur in äußerst wichtigen Fällen Anwendung finden sollte, es wird auch von meiner Fraktion, zum Unterschied von anderen, sehr sparsam und nur bei wirklich wichtigen Gründen angewendet.

Durch das Bekanntwerden dieser vorgetäuschten Tätigkeit durch Stadtrat Anton Fürst ist aber offenbar nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges an das Licht der Öffentlichkeit getreten. Ähnliche Finanzmanipulationen haben, wie aus den Medien hinreichend bekannt geworden ist, für die Steuerzahler und für tausende Versicherte einen gewaltigen Schaden, allein im Bereich der Bundesländer-Versicherung, von weit über 160 Millionen Schilling verursacht, wobei ein Ende der Affäre noch nicht absehbar ist.

Zur Stunde steht noch nicht fest, wer überhaupt all die vielen Empfänger dieser riesenhaften Geldsummen sind. Allerdings, und das ist nicht wegzuleugnen, besteht eine eindeutige Naheverbindung zwischen Spitzenfunktionären der Österreichischen Volkspartei und der Bundesländer-Versicherung. Die Möglichkeit ist daher nicht auszuschließen, daß auch andere Personen der Wiener Politik direkt oder indirekt in derartige Geschäfte verstrickt sein könnten. Und

schließlich ist nach wie vor der Verdacht einer geschickten, versteckten Parteienfinanzierung der ÖVP durch die Bundesländer-Versicherung nicht auszuschließen.

Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik und ihrer Repräsentanten ist daher eine offene Debatte zur Aufklärung dieser Vorgänge dringlich notwendig. Dies müßte im Interesse aller Mitglieder dieses Hauses liegen.

Die vorliegende dringliche Anfrage entspringt dem legitimen Anspruch der Abgeordneten dieses Hauses, volle Transparenz und alle Informationen über eine Aktiengesellschaft zu bekommen, die ihren Sitz in dieser Stadt hat und die vor allem merkwürdige geschäftliche Beziehungen zu politischen Persönlichkeiten dieses Hauses unterhält.

Ich verlange daher gemeinsam mit meinen Freunden den Abgen. Ing. Svoboda und Dr. Häupl die Debatte in der heutigen Sitzung und hoffe, daß dadurch zur Erhellung dieser dunklen Machinationen beigetragen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Ich danke für die Begründung und eröffne damit die Debatte. Als erster zu dieser Debatte ist Herr Abg. Edlinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Edlinger: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! In den letzten Tagen wurde die Öffentlichkeit von Vorgängen in einem österreichischen Versicherungsinstitut überrascht, die die ärgsten Befürchtungen übersteigen. Täglich erhöht sich der Schaden, täglich werden neue Indizien, die auf betrügerische Machinationen hindeuten, bekannt, täglich werden die Verflechtungen zwischen ÖVP-Politikern und Fehlhandlungen deutlicher.

Die Bundesländer-Versicherung, prominente ÖVP-Politiker und Funktionäre stehen im Mittelpunkt dieses Skandals. Der bisher bekannte Schaden von mehr als 150 Millionen Schilling und der noch zu erwartende sind daher politisch eindeutig einzuordnen. Der Fall Bundesländer ist zu einem Fall ÖVP geworden.

Die Causa Fürst, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist nur ein kleines Rädchen in einem offensichtlich gewaltigen Räderwerk dubioser und teilweise krimineller Transaktionen und Machinationen. Die Causa Anton Fürst wäre zu vernachlässigen, wäre Fürst nicht Mitglied der Wiener Landesregierung gewesen, wäre Fürst nicht immer noch führender Funktionär der Wiener Volkspartei und wäre Fürst nicht enger Gewährs- und Gefolgsmann des Landesparteiobmannes der Wiener ÖVP, und wäre die genannte oder sogenannte Konsulententätigkeit nicht anlässlich seines Abganges als Landespartei sekretär der Wiener Volkspartei so etwa als finanzielles Äquivalent eingefädelt worden. Hier gab es sicherlich tätige Hilfe.

Die Verflechtungen zwischen Bundesländer-Versicherung einerseits und der ÖVP andererseits, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind eindeutig. In Anbetracht der gewaltigen Summe, die bislang noch angeblich unbekannten Nutznießern zugutegekommen sein soll, ist die Behauptung, die Transaktionen seien ausschließlich von Ex-Generaldirektor Ruso eigenverantwortlich vorgenommen worden, fadenscheinig und unglaublich. Umsomehr als sich ja die ersten Transaktionen dieser Art bereits zu einem Zeitpunkt abspielten, als Ruso noch gar nicht Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung war. Damals war es Dr. Herbert Kretnik, der sich noch heute im Länderbeirat befindet und der heute in der Niederösterreichischen Brandschaden Mitglied des Aufsichtsrates, ist und es ist daher nicht verwunderlich, daß auch gegen eine zweite Versicherungsgesellschaft im Nahbereich der Volkspartei bereits ermittelt wird.

Daß die Bundesländer-Versicherung im Falle politischer Finanzierung in Richtung ÖVP kein unbeschriebenes Blatt ist, kam im Zusammenhang mit dem WBO-Skandal zutage. Im Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, meine Damen und Herren, ist von Inseraten der Bundesländer in Form von Scheineinschaltungen bei der ÖVP Mattersburg die Rede. Da taucht immer wieder das ominöse Konto "Sybille" auf, und da wird der Ex-Generaldirektor Dr. Ruso einvernommen, um über die Beteiligungen seiner Versicherung an der Finanzierung des niederösterreichischen ÖVP-Verlages Faber, dessen Geschäftsführer ebenfalls ein ehemaliger ÖVP-Landespartei sekretär, nämlich Walter Zimper, war, Auskunft zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich sage das ganz offen. Wir sind keinesfalls erfreut über diesen Skandal. Auch dann nicht, wenn es ein reiner ÖVP-Skandal ist. Wir sind vor allem deshalb erschüttert und empört, weil dieser ÖVP-Skandal zum Schaden tausender unbeteiligter und gutgläubiger

Menschen geführt hat. Und deshalb, meine Damen und Herren, sind wir an einer restlosen Aufklärung interessiert, was da zwischen Versicherung, ÖVP-Funktionären, der ÖVP und dem ÖAAB gelaufen ist. Und dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß etwas gelaufen ist, gibt es Beweismomente, die es letztlich sehr wohl politisch, aber vor allem auch moralisch zu beurteilen gilt.

Da gibt es den Fall Stadtrat außer Dienst Anton Fürst: Welche Moral ist das eigentlich, wenn man für vorgetäuschte Konsulententätigkeit bei der Bundesländer-Versicherung fast eine halbe Million Schilling kassiert, Schadensmeldungen unterzeichnet und meint, durch tätige Reue alles bereinigt zu haben.

Da gibt es den Fall Landeshauptmann außer Dienst Niederl: Welche Moral ist das, frage ich, meine Damen und Herren, wenn ein Aufsichtsrat der Bundesländer-Versicherung an einer großzügigen Abfindung für seine Söhne nichts findet. Das ist schon eine sehr merkwürdige Interpretation von kulanter Geschäftshandhabung.

Reicht denn wirklich, meine Damen und Herren, tätige Reue eines Ex-Stadtrates aus, um Versicherungsbetrug und Steuerhinterziehung vergessen zu machen und diesen Mann weiterhin in einer hohen Funktion, nämlich in der eines ÖVP-Bezirksobmannes zu belassen.

Reicht denn wirklich tätige Reue eines Ex-Landeshauptmannes aus, um vergessen zu machen, daß der Vater Niederl als Aufsichtsrat nichts davon gewußt haben will, daß den Söhnen Niederl nicht weniger als 5 Millionen Schilling aus Versicherungsbeiträgen zugeschanzt wurde. Ja, meine Damen und Herren, es ist kein besonderes Verdienst, wenn jemand ergaunertes Geld zurückzahlt. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist die mindeste Pflicht, ja ich behaupte die erste Pflicht, das zu tun. Mit Moral hat das noch lange nichts zu tun. Und trotzdem stellt sich die Volkspartei schützend vor ihre armen verführten Helden und will allen Ernstes der Öffentlichkeit dieses Zurückzahlen als vorbildlichen Schritt politischer Moral und Verantwortung verkaufen. Meine Damen und Herren! Das ist eine Beleidigung für alle aufrechten und anständigen Bürger unseres Staates. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber die ÖVP tut das ja nicht zum ersten Mal. Sie hat Erfahrung im Schützen ihrer Helden, Erfahrungen im Erapptwerden und Zurückzahlen. Ein wahrer Heldengesang auf politische Moral wurde angestimmt, nachdem die ÖVP die 10 Rabelbauer-Millionen, die dann niemand mehr haben wollte, zurückgezahlt hatte und jetzt scheint man wieder vor lauter Helden die Taten nicht zu sehen.

Zuerst war es die Bundesländer-Versicherung durch ihr Aufdecken über Rappold. Dann war es der Herr Fürst durch sein Zurückzahlen und jetzt ist es der Herr Niederl, weil seine Söhne zu Unrecht erhaltenes Geld zurückzahlten. Aber wenn sie alle, meine Damen und Herren, was ich meine, keine Privathelden, sondern Parteihelden sind, dann läßt dieses ÖVP-Heldentum gewisse Schlüsse zu.

Meine Damen und Herren! Wir sagen: Es besteht kein Anlaß zum Heldentum. Die Märchenstunde ist vorbei. Wenn es die ÖVP wirklich mit politischer Moral und Verantwortung ernst nimmt, dann muß auch jetzt Ihr Anzeiger vom Dienst, ÖAAB-Funktionär Präsident Fritz Hahn, tätig werden, der grundlos so hervorragende Persönlichkeiten, wie Weiz, Horny und Göttlicher vor den Kadi zerterte, vergeblich die Gerichte beschäftigen wollte. Jetzt müßte er tätig werden, der Herr Präsident Hahn, und auch die Herren Ruso, Fürst und Niederl vor den Kadi zu bringen oder vielleicht den ganzen Aufsichtsrat. Aber er wird es nicht tun, meine Damen und Herren, weil es diesmal nicht grundlos, wahrscheinlich nicht ergebnislos enden würde. (Abg. Hahn: Bei Muchna habe ich das auch getan!) Ja, manchmal findet man vielleicht ein Körnchen, aber ich sage, Sie haben ein großes Aufgabengebiet, wenn Sie sich gewisser Herren und entsprechender Anzeigen bedienen und außerdem steht das wieder in der Zeitung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es hier, zumindest was die Schadenshöhe anlangt, mit einem der größten Korruptionsskandale der Zweiten Republik zu tun. Innerhalb weniger Tage ist die öffentlich bekanntgegebene Schadenssumme von 60 auf 150 Millionen Schilling gestiegen. Und man darf doch wohl annehmen, daß damit noch keinesfalls alles ausgelotet ist. Wir haben es hier mit einem Korruptionsskandal zu tun, für dessen Folgen die Steuerzahler, unbeschadet jetzt angekündigter Maßnahmen der Eigentümer, längst zur Kassa gebeten wurden. Denn eines ist doch klar, meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages, daß durch diese betrügerischen Machinationen Steuer hinterzogen wurde, da fingierte Schadensauszahlungen als

Betriebsausgaben geltend gemacht, gewinnvermindernd wirken und dadurch steuerschonend für das Unternehmen sind.

Und noch eines ist klar, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Versicherungsprämien nach dem Schadensverlauf festgelegt werden und man muß annehmen, daß dabei auch die getürkten Schadensfälle nicht unberechnet blieben. Wir haben es mit einem Korruptionsskandal zu tun, der sich geradezu im wirtschaftlichen Herzen jener Partei abspielt, die in den letzten Jahren in geradezu klinischer Art und Weise hinter allem und jedem einen Skandal sehen wollte. Die selbsternannten Saubermänner der Nation entpuppen sich als saubere Nehmer, die eine Horrorabrechnung nicht von einer Schadensmeldung unterscheiden können und die ernsthaft dann die Erfindung von steuerfreien Honoraren durch Herrn Ruso glauben.

Der Verdacht der Parteienfinanzierung, meine Damen und Herren, steht im Raum. Die heftigen Dementis der Saubermännerpartei sind eine Sache, die Realität eine andere. Denn glaubt denn irgendjemand, daß Generaldirektor Ruso in einer verhältnismäßig kurzen Amtszeit ein derartig umfassendes System, hunderte Millionen abzuzweigen, erfinden und virtuos ausbauen konnte? Spricht nicht vieles dafür, daß Ruso existente Methoden verfeinert und ausgeweitet hat? Spricht nicht vieles dafür, meine Damen und Herren, daß er ein solches System zu seinem eigenen Gunsten und zugunsten einiger Freunde verwendet hat, statt im vielleicht bewährten Rahmen zu bleiben? Das alles wird es jetzt zu klären gelten. Und zwar gegen die zunächst von der Bundesländer-Versicherung unternommenen Versuche, durch dubiose Rückzahlungsverträge und tätige Reue möglichst alles zu vertuschen.

Die Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, hat ein Recht auf Klarheit, das möchte ich in aller Entschiedenheit hier feststellen. Dieses Recht haben die Steuerzahler, dieses Recht haben die Versicherten und alle jene, die für wahre Sauberkeit in der Politik kämpfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jene aber, meine Damen und Herren, die sich als Saubermänner aufspielen und gleichzeitig von Ruso Geld annahmen, haben an einer solchen Klarheit begrifflicherweise kein Interesse. Mit Bauern oder besser gesagt Fürsten-Opfern allein, wird diese Klarheit nicht herzustellen sein. Nur rücksichtslose Untersuchungen können diese Klarheit schaffen.

Ich bin weit davon entfernt, meine sehr geehrten Damen und Herren, hämische Freude darüber zu empfinden, daß es die ÖVP gewissermaßen erwischt hat. Ich empfinde Beschämung darüber, wie wenig Verantwortungsbewußtsein verantwortungsvolle politisch Tätige empfinden. Ich empfinde Bestürzung darüber, wie wenig manchen die Glaubhaftigkeit der Politik im Verhältnis zu persönlichem Wohlstand und parteipolitischer Finanzierung wert ist. Daraus gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen, meine Damen und Herren, haben wir alle zu ziehen im Interesse der Sauberkeit in der Politik. Diese Konsequenzen im konkreten Fall hat aber vor allem die ÖVP zu ziehen. Nicht die Skandalisierung jeder Regierungstätigkeit bringt uns einen Schritt zu einer glaubhaften Demokratie weiter, sondern die Durchsetzung striktester Sauberkeit in den jeweils eigenen Reihen, und dazu ist heute die ÖVP aufgefordert.

Sie wird gut daran tun, es nicht beim Austausch einzelner Personen und bei papierenen Dementis zu belassen. Sie muß sich, so schmerzhaft es für sie sein mag, zu rückhaltloser Aufklärung entschließen und zum Ziehen, auch härtester, Konsequenzen. Tut sie es nicht, meine Damen und Herren, vor allem Herr Dr. Busek, so droht Schillers Wort, aus der Verschwörung des Fiesko zu Genua, einmal mehr wahr zu werden: "Wenn der Purpur fällt, muß auch der Herzog nach."

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Es ist absurd, diesen Skandal als die Straftat von Einzelpersonen darstellen zu wollen. Helfen Sie mit, diesen schwarzen Sumpf trocken zu legen. Springen Sie über Ihren Schatten, um die schwarzen Schafe in Ihren Reihen zu scheren. Treten Sie dafür ein, daß die Aufsichtsräte der Bundesländer-Versicherung, die offenbar ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, zurücktreten. Sorgen Sie in Hinkunft für eine wirkungsvolle Kontrolle dieses großen Versicherungsinstitutes und geben Sie der Öffentlichkeit eine ehrliche Antwort auf noch immer offene Fragen der Parteienfinanzierung. Veranlassen Sie eine Offenlegung der ÖAAB-Gebahrung, deren provisorischer Hüter Herr Ruso bekanntlich war. Meine Damen und Herren! Es liegt an Ihnen, die Diskussion zu beenden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Sallaberger**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Ferdinand Maier, ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ferdinand Maier: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen des Wiener Landtages! (Abg. Dr. Hirnschall: Herren nicht!) Damen und Herren! Ich darf gleich eingangs feststellen, daß ich nicht anstehe, es zu begrüßen, daß wir heute die dringliche Anfrage diskutieren, weil auch ich glaube, daß es die Gelegenheit gibt, zu manchen Ausführungen, zu manchen Vorwürfen, zu manchen Unterstellungen, zu sehr pathetischen, mit alten Hüten verbrämten Ausführungen, des Klubobmannes und auch zu einer vielleicht vorbereiteten weiteren Kampagne, Stellung zu nehmen.

Der erste Vorwurf, der erhoben wurde und in einer Presseaussendung von Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr angeführt wurde, lautete auf Vertuschung. Die Bundesländer-Versicherung wäre interessiert gewesen, diesen Skandal zu vertuschen. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Bundesländer-Versicherung sehr rasch gehandelt hat und ich möchte hier nur durch einige Fakten aufzeigen, daß der Vorwurf der Vertuschung eindeutig ins Leere geht.

Mitte Februar sind im Zuge des Falles Rappold Hinweise aus dem Hause aufgetaucht, wonach es verschiedene, lassen Sie mich sagen, krumme Touren in anderen Bereichen gegeben hätte und daraufhin wurde vom neuinstallierten Vorstand die Innenrevision eingesetzt, die bereits am 20. Februar den Beweis erbrachte, daß etwa 20 Millionen Schilling in das Stift Rein geflossen sind. Daraufhin wurden seitens des Vorstandes weitere Prüfungen angeordnet und es kam zur Feststellung am 25. Februar, daß ein Schaden von etwa 65 Millionen Schilling an diesem Tag feststand und mit diesen Zahlen wurde der ehemalige Generaldirektor konfrontiert und seine fristlose Entlassung ausgesprochen. Ein Faktum, an dem man erkennen kann, daß der Vorstand und auch der Aufsichtsrat dieses Unternehmens, wie ich meine, sehr rasch reagiert haben. (Abg. Lustig: Viel zu spät!) Der neue Vorstand hat in der Folge, am 26. Februar, die Aufsichtsbehörde mündlich und einen Tag später dann schriftlich informiert und dadurch kam auch die Liste, die ja bereits in verschiedenen Medien abgedruckt war, zutage wurde beziehungsweise überreicht (Abg. Dr. Hirnschall: Nicht überreicht, ist beschlagnahmt worden!), in der die teilweisen ominösen Zahlungen aufgelistet waren. Am gleichen Tag wurde von der Bundesländer-Versicherung auch die Staatsanwaltschaft informiert und eine schriftliche Sachverhaltsdarstellung überreicht.

Alles das, was bisher behauptet wurde, nämlich, daß die Bundesländer-Versicherung hier vertuscht hätte, glaube ich, ist nicht richtig, sondern vielmehr das Gegenteil ist wahr. Nämlich, daß der Vorstand sehr rasch reagiert hat. Man muß ja berücksichtigen, daß ein Vorstand installiert wurde, der erst Anfang Jänner mit der Arbeit begonnen hatte. Und die Frage in der dringlichen Anfrage, ob ein Wiener Vertreter in irgendwelchen Gremien oder im Aufsichtsrat der Bundesländer säße, ist ja hinlänglich bekannt und auch der Vorwurf, daß der Aufsichtsrat die Kontrollpflicht nicht wahrgenommen hätte geht ins Leere, denn offensichtlich weiß ja niemand von Ihnen, meine Damen und Herren, mit welchen Methoden Generaldirektor Ruso, und das sage ich ganz offen, gearbeitet hat.

Glauben Sie wirklich, und hier frage ich auch den einen oder anderen Aufsichtsrat in Ihren Reihen, meine Damen und Herren - es sind ja auch einige Aufsichtsräte bei der Wiener Städtischen dabei -, ob Sie schon einmal in Ihrer Funktion als Aufsichtsrat Einsicht in Schadensmeldungsformulare genommen haben, um so Ihre Sorgfaltspflicht oder Kontrollpflicht wahrzunehmen. (Abg. Edlinger: Herr Fürst!) Ich glaube vielmehr, daß man den Generaldirektor und den Bericht der Geschäftsführung als Aufsichtsrat zu kontrollieren hat, und wenn ein Generaldirektor wie es Ruso offensichtlich gemacht hat, Berichte gibt, so ist es nicht Aufgabe der Aufsichtsräte, diesen Berichten nicht zu glauben. (Abg. Edlinger: Das sagen Sie!)

Ich darf Ihnen jetzt einmal zitieren, was Herr Finanzminister Vranitzky in den Oberösterreichischen Nachrichten vor kurzer Zeit gemeint hat, ich zitiere wörtlich: "Die Versicherungsaufsicht kann kein Detektivbüro sein, indem sie fingierte Schadensmeldungen aufdeckt. (Abg. Ing. Svoboda: Das ist ohnedies klar!) Auch für den Aufsichtsrat", so meinte Vranitzky wörtlich, "wäre so etwas sehr schwierig." Sehen Sie, ich glaube, auch der Vorwurf, daß man hier den Aufsichtsrat zur Verantwortung zieht, geht ins Leere, denn der Aufsichtsrat hat bei bekanntwerden der Sache reagiert und einen neuen Vorstand berufen. (Abg. Lustig: Für diese Aussage ist Ihnen der Finanzminister gut genug?)

Nun zu der dringlichen Anfrage, betreffend die Person Anton Fürst. Anton Fürst hat, wie wir wissen, 1983 die Funktion eines Stadtrates übernommen und die Funktion des Landespartei-sekre-

tärs zurückgelegt und damals auch den Versuch unternommen, ein neues berufliches Engagement zu beginnen und hatte auch vom damaligen Generaldirektor Ruso die Zusage, die Stelle des Pressereferenten in der Bundesländer, nachdem der Pressereferent in Pension gegangen ist, zu übernehmen und in der Zwischenzeit als Konsulent zu arbeiten und hier auch ein Honorar zu beziehen. (Abg. Edlinger: Konsulent für Schadensfälle!)

Als Anton Fürst mit der Tatsache konfrontiert wurde, in welcher Art und Weise Generaldirektor Ruso intern diese Honorare verbucht hat, hat er ohne zu zögern, nicht nur zurückgezahlt, sondern auch seine Funktion zurückgelegt. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Er hat seine Funktion zurückgelegt und hier klar dargelegt, wie die politische Verantwortung bei uns interpretiert wird, und wie Anton Fürst diese politische Verantwortung auch wahrnimmt. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Edlinger: Eine Schande, wenn man applaudiert!) Anton Fürst hat sofort sein Amt zur Verfügung gestellt!

Ich zitiere jetzt einen Artikel aus den Salzburger Nachrichten, in denen es unter dem Artikel "Der Skandal" heißt: "Fürst ist, wie die Dinge derzeit liegen, keine strafbare Handlung nachzuweisen. Es hat ihn niemand erwischt als er irgendwelche silberne Löffel gestohlen hat. (Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.) Er ist gegangen, weil er in eine Sache gerutscht ist, die blöd aussieht." (Abg. Edlinger: Eine halbe Million Schilling hat er ergaunert!) Herr Klubobmann, lassen Sie mich ausreden. Sie hören später dann dazu meine Ausführungen. Anton Fürst hat hier Selbstverständliches gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. In einigen Reihe von Ihnen werden Leute in Funktionen berufen, hier laufen Gerichtsverfahren. Anton Fürst hat die Konsequenzen gezogen (Abg. Edlinger: Er ist der Gaunerei überführt!), den einzig richtigen Schritt getan und hat seine Funktion zur Verfügung gestellt und der Schritt, den Anton Fürst gesetzt hat, durch das Zurückzahlen, ist ein Schritt des § 167 des Strafgesetzbuches, nämlich tätige Reue (Amtsf. StR. Hatzl: Welche Quittungen hat er unterschrieben?) und ich darf Sie, Herr Stadtrat, informieren, daß er somit auch mit keiner strafrechtlichen Verfolgung rechnen muß. (Amtsf. StR. Hatzl: Welche Quittungen hat er unterschrieben?)

Der nächste Vorwurf, meine Damen und Herren, wurde auch von verschiedenen Herren von Ihnen erhoben. Die ÖVP hätte Geld erhalten. Lassen Sie mich hier einige Sachen anführen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr spricht von einer starken Verbindung zwischen der ÖVP und der Bundesländer-Versicherung. Es wird von Geldflüssen gesprochen zwischen der ÖVP und der Bundesländer-Versicherung. Der Landespartei sekretär, Präsident Sallaberger, hat sogar gemeint, das sei in Millionenhöhe erfolgt. Es wird behauptet, daß Fürst durch viele Jahre hindurch Apanagen der Bundesländer-Versicherung erhalten hat und der Landesparteiobmann hätte es wissen müssen oder hätte davon gewußt und weitere Unterstellungen, in einer dem Klubobmann Edlinger eigenen Art, sind in den letzten Tagen immer wieder erfolgt. (Abg. Edlinger: Keine Unterstellungen!)

Herr Klubobmann Edlinger! Sie haben es ja auch in der Ausführung... (Abg. Edlinger: Sie können klagen! Keine Unterstellungen! Ich hoffe, daß Sie die Klage auch annehmen. Die Klage ist ja schon ergangen und ich bin ja schon neugierig, was Sie dann bei Gericht aussagen werden. Ich schaue diesen Dingen sehr gelassen entgegen. (Abg. Lustig: Fürst war auch immer sehr gelassen!) Sie müssen ja beweisen, was Sie behaupten. Es kann ja nicht sein, daß man nur mit Verleumdungen Politik macht. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt darf ich Ihnen noch folgendes sagen, ja auch die Vermutung ist aufgetaucht ist, daß die Wiener ÖVP irgendwelche Geldmittel erhalten habe. Ich darf Ihnen folgendes sagen: Keinen Groschen hat die Wiener ÖVP durch irgendwelche Transaktionen, die hier Gegenstand der Debatte sind, erhalten. (GR. Edlinger: Groschen galube ich Ihnen!) Keinen Schilling hat die Wiener ÖVP erhalten und wie gesagt, ich bin ja schon sehr gespannt, Herr Klubobmann, wie Sie dann im Rahmen des Gerichtsverfahrens agieren werden.

Es ist aber unbestritten, daß auf dieser Liste nicht nur Stadtrat Anton Fürst aufscheint, daß nicht nur die Söhne des Exlandeshauptmannes Niederl aufscheinen. Es ist ebenso unbestritten, daß die ehemalige Klubobfrau der Burgenländischen SPÖ, Matissek, aufscheint. (LhptmSt. Mayr: Vielleicht hat sie uns deswegen solche Schwierigkeiten gemacht!), aber es ist auch unbestritten, daß Tote aufscheinen. Lassen Sie mich dazu noch einiges sagen. Ich glaube, daß es durch ein Fehlverhalten (Abg. Edlinger: Falsche Freunde hat sie gehabt!), lassen Sie mich es als Fehlverhalten titulieren, eines Generaldirektors, der offensichtlich krank gewesen sein muß und offensichtlich auch krank ist

(Abg. Lustig: Ausreden!), zu einem Skandal gekommen ist und ich glaube auch, daß alle Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Klarheit in diese Affäre zu bringen.

Lassen Sie mich auch sagen, daß ich glaube, daß der gegenwärtige neue Vorstand alle Maßnahmen gesetzt hat, um Klarheit in diese Affäre zu bringen. (Zwischenruf des Abg. Oblasser.) Aber lassen Sie mich auch eine Zwischenbemerkung, Herr Abgeordneter Oblasser, machen. Vielleicht können wir uns in einen Punkt einigen, Herr Kollege Oblasser. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch in anderen Fällen in dieser Republik innerhalb von 14 Tagen ähnlich rückhaltslos aufgeklärt wird, die Behörde informiert wird, die Gerichte informiert werden und daß im Parlament auch diskutiert wird, innerhalb von 14 Tagen nach Aufliegen eines Skandals. (Beifall bei der ÖVP.) Ich frage Sie: Wo passiert das sonst noch?

Meine Damen und Herren! Ich sage ganz bewußt jetzt, weil ich auch glaube... (Abg. Edlinger: Welcher Mandatar der SPÖ hat Geld ergaunert?) Ich wäre sehr dankbar, wenn man den Fall Sekanina einmal aufzeigen würde. (Beifall bei der ÖVP.) Wo ist die Transparenz im Fall Sekanina, Herr Klubobmann?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man die Diskussion auch in einem anderen Licht sehen sollte und ich sage Ihnen ganz bewußt, einige Worte, insbesondere an den Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, der ja mit der dringlichen Anfrage, stellvertretend für den Landeshauptmann angesprochen ist, aber auch an Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion.

Wenn die Verantwortlichen festzustellen sind, wie Sie es wollen, wenn die rechtliche Konsequenz für ihre Haltung zu ziehen ist, wie Sie es meinen, dann ist es aber auch, glaube ich, notwendig, sachlich zu diskutieren, weg von polemischen Diskussionen. (Abg. Edlinger: Richtig!) Hier war der Beitrag vom Klubobmann Edlinger schon ein wenig zu phatetisch. Ich glaube, es sollte an Herrn Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr liegen, sachlich auf die dringliche Anfrage einzugehen (Abg. Edlinger: Sie wirken heute verlegen!) und ich erinnere an die Ausführungen Ihres Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger, der vergangenen Mittwoch in den Medien zitiert wurde. Ich darf vielleicht dieses Zitat wiedergeben, bei dem er sagt: "Wir sind am Weg, mit wenigen glücklichen Ausnahmen, wie sie etwa der jüngste Konsens mit dem Milchmarktsektor darstellt, in eine Lagermentalität zurückzuerfallen, die wir überwunden zu haben glaubten. (Abg. Kremnitzer: Das sagen Sie Graff! - Abg. Lustig: In das Lager des Fürst möchte ich nicht!) Gleichzeitig fallen wir in eine Erwerbs- und Besitzsucht, die der Urgrund für alle diese Skandale sind, die unseren Ruf schädigen, die den Glauben der Jugend an ein sauberes Österreich erschüttern und die sich mit einer nun schon unheimlichen Regelmäßigkeit in allen Teilen unseres Volkes ereignen."

Ich glaube, jetzt, meine Damen und Herren, liegt es an Ihnen, ob Sie einen Beitrag in der Diskussion zu dieser dringlichen Anfrage leisten, der im Sinne des Bundespräsidenten ist oder ob Sie einen Beitrag leisten, der gegen den Beitrag von Bundespräsident Kirchschräger steht. Nämlich einen Beitrag, wogegen sich der Bundespräsident ausgesprochen hat.

Lassen Sie mich schließen mit einem Kommentar, der mir persönlich sehr gut gefallen hat. Nämlich mit einem Kommentar von Hans Rauscher im "Kurier": "Keine Woche ohne Skandal. Kein Bereich des öffentlichen Lebens, der nicht durchzogen ist von Affären, durch Stecherein und Unredlichkeiten. Es hat gar keinen Sinn die Kette der Skandale wegzuleugnen oder gar die Medien dafür verantwortlich zu machen. Es hat aber auch keinen Sinn, mit den Medien pauschal alle Politiker zu verdammen. Reformbereite Politiker und reformbereite Medien müßten zusammenarbeiten, um der Skandalpest Herr zu werden." Und das sollten wir versuchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Sallaberger**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Dr. Erwin Hirnschall. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. **Hirnschall**: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns stellen sich im Zusammenhang mit den ungeheuerlichen Vorgängen in der Bundesländer-Versicherung einige Fragen, die eine klare Antwort erfordern, die uns aber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr vermutlich heute nicht geben kann und die wir daher an den Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Busek richten, der wieder einmal den Saal verlassen hat und so offensichtlich seinen Rekord weiter halten wird, dasjenige Mitglied des Hauses zu sein, das die geringste Präsenz hier aufweist.

Die Klärung dieser Fragen liegt primär im Interesse des Landes Wien, denn Wien ist zwar das einzige Bundesland, das an der Bundesländer-Versicherung nicht finanziell beteiligt ist. Aber Wien ist gleichzeitig vorläufig auch das einzige Bundesland, von dem ein Landesregierungsmitglied sich während seiner Amtszeit persönlich an unrechtmäßig abgezweigten Versicherungsgeldern bereichert hat.

Ein Wiener Regierungsmitglied ist unmittelbar und persönlich in einen Skandal verwickelt, von dem Hubert Wachter im "Kurier" vom 9. März geschrieben hat, daß dieser Skandal auch nach Einschätzung der ÖVP-Führungsspitze der größte Skandal seit dem Zweiten Weltkrieg sei.

Was von den bisher aufgedeckten Nutznießern dieses Skandals der österreichischen Öffentlichkeit als Erklärung oder Rechtfertigung angeboten wird, ist eine Zumutung und eine tägliche Provokation, wenn man sich die Fernsehauftritte etwa der Niederl-Sippe, der Frau Otilie Matysek oder aber des Abtes des Stiftes Rein vergegenwärtigt.

In diese Kategorie gehört auch das, was von Stadtrat Anton Fürst und gleichlautend von Landeshauptmann-Stellvertreter Busek und heute vom Fürst-Nachfolger Dr. Maier bisher an Erläuterung angeboten worden ist.

Da wird erklärt, daß es sich bei den 480.000 Schilling Bundesländergeldern um die Honorarzahlung für eine Konsulententätigkeit gehandelt habe, bei der es um Werbekonzepte für die Bundesländer-Versicherung gegangen sei. Ohne Wissen Fürsts sei die Entschädigung von der Bundesländer-Versicherung intern als Liquidierung eines fingierten Schadens abgewickelt worden, und dadurch sei eben - wie Busek und auch Fürst gesagt haben - eine ungünstige Optik entstanden.

Meine Damen und Herren! Für mich hat sich sofort die Frage gestellt, wieso die Bundesländer-Versicherung eine echte Beratertätigkeit nicht als solche in ihren Büchern ausgewiesen hat und das Honorar für diese Beratertätigkeit in weiterer Folge als Betriebsausgabe abgesetzt hat, wenn das wirklich alles so gewesen und in Ordnung gewesen wäre. Das hätte ja auch der Generaldirektor Ruso ohne weiteres tun können, auch wenn er dem Ex-Landespartei sekretär der ÖVP wirklich eine laufende Entschädigung hätte zukommen lassen wollen, die sich möglicherweise aus seiner Übersiedlung in den Stadtsenat ergeben hat.

Nun, wir hören jetzt, daß Stadtrat Fürst für jede seiner Zahlungen, die er empfangen hat, Schadensformulare ausgefüllt und unterfertigt hat. Und das glaube ich, ist der wesentliche Punkt, den heute mein Vorredner ebenfalls wieder geflissentlich übergangen hat. Und da hört sich, meiner Meinung nach, die positive Wertung, die er noch immer gefunden hat für seinen Amtsvorgänger, allmählich auf, wenn klar zutage liegt, daß hier mittels fingierter Schadensmeldungen und Schadensliquidierungen diese 480.000 Schilling in seine Taschen geleitet worden sind.

Es wundert mich dann allerdings wirklich nicht mehr, wenn Stadtrat Fürst, im Besitze dieser 480.000 Schilling dann keine Meldung an den Unvereinbarkeitsausschuß erstattet hat.

Es wundert mich allerdings, wieso der Wiener ÖVP-Obmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Busek in Presse und Rundfunk diese Haltung Fürsts als vorbildlich für alle österreichischen Politiker hinstellen konnte, was ich ja mit eigenen Ohren gehört habe und kaum fassen konnte. (Abg. Edlinger: Da will ich kein Vorbild sein!) Nebenbei wundert mich, wieso niemand von der ÖVP-Führungsspitze von der Nebenbeschäftigung Fürsts gewußt haben soll, obwohl es in der Bundesländer-Versicherung, in allen ihren Gremien, von ÖVP-Funktionären nur so wimmelt.

Eine weitere Frage stellt sich: In einem Presseinterview vom 6. März hat Anton Fürst, wie wir mit Erstaunen lesen konnten, erklärt, er, Fürst, werde der Wiener ÖVP erhalten bleiben, unter anderem als Bezirksparteichef von Floridsdorf. Diese Aussage wurde von der Wiener ÖVP bisher nicht korrigiert. Ich habe den Eindruck gehabt, das ist für mich so aus der Rede des Herrn Landespartei sekretärs hervorgegangen, daß diese Absicht Fürsts durch ihn, im Gegenteil, heute noch unterstrichen worden ist.

Es steht daher die Ankündigung Fürsts, er bleibe in der Wiener Kommunalpolitik, er bleibe Bezirksparteiobmann und dann auch Mitglied der entsprechenden Landesgremien, weiterhin als gefährliche Drohung im Raum. Meine Damen und Herren! Will das die ÖVP wirklich den Floridsdorfern und Wienern zumuten?

Der weitere Skandal, an dem man bei einer Diskussion auf einer politischen Ebene nicht vorbeigehen kann, ist die Unverschämtheit dieses politischen Aufsichtsrates der Bundesländer-Ver-

sicherung, aus diesem beispiellosen Debakel keine Konsequenzen ziehen zu wollen. Kein Mitglied dieser "Laienspieltruppe" denkt ans gehen, außer dem Landeshauptmann Niederl, der mit den 4,8 Millionen Schilling für seine Söhne, an deren Flüssigmachung er natürlich nicht beteiligt war, als Aufsichtsrat der Bundesländer, der also bestem Willen nicht mehr gehalten werden konnte.

Kein Mock, kein Taus, kein Busek fordert die Herren auf, endlich das zu tun, worauf ganz Österreich seit Tagen wartet. Die Herrschaften sollten samt und sonders gehen. Nicht weil sie ÖVP-ler sind, sondern weil sie sich in ihren Positionen als völlig unfähig erwiesen haben. Wenigstens das sollten sie angesichts des Scherbenhaufens begreifen.

An der Spitze des Aufsichtsrates, meine Damen und Herren, fungiert Landeshauptmann Maurer und demonstriert in Fernsehen und Hörfunk die personifizierte Inkompetenz. Er selbst hat, wenn die Insiderberichte stimmen, Generaldirektor Dr. Ruso seinerzeit durchgeboxt. Ich habe heute erfahren, daß die Bestellung von Generaldirektor Ruso Beispiel eines geradezu hemmungslosen Nepotismus dieses ÖVP-Landesfürsten ist. Ruso ist, wie wir erfahren haben, ein Neffe der Familie Maurer und daher sind die Zusammenhänge für mich heute leichter verständlich, wie er zu diesem Posten gekommen ist. Aber das wäre ein Grund mehr, daß Maurer schleunigst seine Zelte dort abbricht und verschwindet. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Maurer denkt aber genausowenig an Rücktritt wie seine Stellvertreter Klauhs und Sallinger, die als Multifunktionäre die Aufsichtsratsposten sammeln, wie andere Leute Briefmarken.

Angst und bang kann einem werden, daß auch Dr. Fritz Bock die ganzen Jahre nichts aufgefallen ist, denn Fritz Bock ist immerhin gleichzeitig Aufsichtsratspräsident der Creditanstalt-Bankverein! (Abg. Ing. Worm: Es ist ihm ja auch nicht aufgefallen, daß es jemand in der CA gibt! Da gibt es auch jemand in der CA!) Herr Kollege Worm, das wäre gleichzeitig eine Möglichkeit, daß Sie ihn zum Rücktritt auffordern, denn immerhin ist in einem Aufsichtsrat, da möchte ich Sie ergänzen, nach meiner Einschätzung auch eine gewisse Wachsamkeit und geistige Beweglichkeit dringend geboten. Geradezu grotesk wird es aber, wenn man registrieren muß, daß in diesem Bundesländeraufsichtsrat auch der Ökonomierat Erich Maus wieder mit von der Partie ist, der Obmann des unseeligen Weinwirtschaftsfonds, der jahrelang von den Weinpantsern angeblich nichts gemerkt hat und der nach dem Aufliegen des Skandals durch seine dummen Sprüche im Ausland der österreichischen Weinwirtschaft unermesslichen Schaden zugefügt hat. Die legitime Frage daher an den ÖVP-Bundesparteibobmann-Stellvertreter Dr. Erhard Busek, der noch immer nicht im Saale ist: Wann macht die ÖVP mit dieser unglückseeligen "Laienspieltruppe" im Bundesländeraufsichtsrat endlich Schluß? Ziehen Sie in Ihrem eigenen Bereich, in dem Ihnen niemand etwas dreinreden kann, endlich die Konsequenzen, die Sie unentwegt predigen. Reden Sie nicht immer nur von der verlorengegangenen Glaubwürdigkeit in der österreichischen Politik, sondern liefern Sie den fälligen Beitrag dazu. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Präsident **Sallaberger**: Als nächster Redner gelangt Herr Abg. Dr. Häupl zu Wort.

Abg. Dr. **Häupl**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landesparteisekretär der Wiener ÖVP, der Herr Abg. Dr. Maier, hat es sich angelegen sein lassen, an die Ermahnung des Herrn Bundespräsidenten über den politischen Stil zu erinnern. Vor einer halben Stunde tickerte über die Fernschreiber die Parteiaussendung der Wiener ÖVP hinaus, die damit einleitete: "Während die Wiener SPÖ die Schmutzkübelkampagne der Bundessozialisten gegen die Volkspartei, trotz der Mahnung des Bundespräsidenten, auch im Wiener Landtag fortsetzt", um dann auf ihre Anfrage zu verweisen... (Abg. Edlinger: Schmutzkübel stimmt schon, nur gehört er in eine Richtung! Ausgeleert gehört er auch!) Ich stelle völlig nüchtern und ruhig hier fest, daß ich es als Widerspruch orte, wenn man sich auf der einen Seite auf die moralische Autorität des Bundespräsidenten beruft und auf der anderen Seite ihr in dieser Form zuwiderhandelt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich mich auch mit einem Argument auseinandersetzen, das nicht zuletzt Herr Nationalratsabgeordneter Dr. Schüssel anlässlich der Parlamentsdebatte verwendet hat. Er sagte dort sinngemäß: "Niemand soll jetzt aus Schadenfreude über diesen Skandal reden."

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen wirklich versichern, auch als persönliches Anliegen von mir, daß Sozialisten die letzten sind, die in diesem Zusammenhang Schadenfreude empfinden, denn wir ordnen auch diesen Skandal in der Bundesländer-Versicherung, nicht nur in den Bereich

politischer Moral, sondern auch in den Bereich einer politisch-demokratischen Kultur ein und wir alle wissen, daß natürlich ein Skandal, wie diese Auseinandersetzungen um die Malversationen in der Bundesländer-Versicherung keineswegs dazu angetan sind, einer entsprechenden politischen Kultur in unserem Lande zu nutzen. Es ist aber auch für uns eine Frage der Mitbestimmung und der Kontrolle durch die Arbeitnehmer und die Belegschaftsvertretungen, also Ihre Organe, denn es beweist ja dieser Fall nicht zuletzt auch, daß offensichtlich dort, wo die Mitbestimmung und die Kontrolle seitens der Belegschaftsvertretung nicht funktioniert, das Anfallen eines derartigen Skandals offensichtlich noch wesentlich häufiger und wesentlich eklatanter ist, als es in den Bereichen, in denen die Mitbestimmung und die Kontrolle seitens der Arbeitnehmervertreter auch tatsächlich funktioniert. Und zum dritten gibt es auch eine sehr interessante Frage im Zusammenhang mit der Forderung der ÖVP nach Entpolitisierung und Privatisierung. Wenn ich mir die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Bundesländer-Versicherung anschau, so orte ich hier einen essentiellen Beitrag zur Entpolitisierung im wirtschaftlichen Bereich. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Darstellung der Entwicklung dieses Skandals wurde heute bereits durch den Klubobmann der SPÖ, Abg. Edlinger, gegeben, aber auch verdienstvollerweise durch einen Artikel des Ing. Worm im Profil vom 10. März. Dennoch bleiben für mich einige Fragen, auch vor diesem Hintergrund, offen.

Zunächst die Frage im Zusammenhang mit Herrn Ex-Generaldirektor Dr. Ruso. Wenn ich mir hier am Zeitablauf vergegenwärtige, daß die Pensionierung des Herrn Dr. Ruso gegen das Jahresende 1985 aus gesundheitlichen Gründen erfolgte, wenn am Beginn des Jahres 1986 der Skandal um den Ex-Abt Rappold aufflog, dann waren offensichtlich die gesamten Schwierigkeiten und Malversationen im Bereich der Bundesländer-Versicherung nicht mehr weiter abzudecken durch die Ereignisse rund um Rappold. Daher frage ich mich: Waren es wirklich gesundheitliche Gründe, die zur Abberufung des Ex-Generaldirektors Dr. Ruso Ende 1985 geführt haben, oder waren nicht damals bereits andere Informationen vorhanden, die man sehr wohl der Öffentlichkeit vorenthalten hat und die zu dieser Abberufung geführt haben?

Das zweite ist der Bereich der Wiedergutmachung bis zum Jahr 2005. Ich werde im Jahr 2005 55 Jahre alt sein. Vielleicht erlebe ich es, wie Herr Ex-Generaldirektor Ruso bis dahin diesen Schaden von nunmehr 150 Millionen Schilling gutgemacht hat. Denn wenn ich mir vor Augen halte, daß selbst zum Zeitpunkt dieser Abmachung, die man hier bezüglich der Wiedergutmachung getroffen hat, der Privatbesitz des Herrn Dr. Ruso auf 20 bis 50 Millionen Schilling geschätzt wurde und zu diesem Zeitpunkt bereits 68 Millionen Schilling an Schadenssumme vorgelegen sind, dann stellt sich für mich sehr ernsthaft die Frage: Wie hätte denn der nunmehr mehr oder weniger einkommenslose Herr Dr. Ruso diese Schadenswiedergutmachung selbst bis zum Jahr 2005 auch tatsächlich bewältigen können? (Abg. Ing. Worm: Das hat er aber zu Protokoll gegeben! Das ist geklärt!) Und deswegen hat die Bundesländer-Versicherung (Abg. Lustig: Geklärt ist gar nichts!) auf eine Strafanzeige verzichtet?

Ja, Herr Dr. Petrak hat in seiner Presseaussendung sogar die Mitteilung gemacht, daß Herrn Dr. Ruso Fotokopien der einschlägigen Akten übergeben wurden, damit er die Empfänger zur Rückzahlung bewegen kann.

Meine Damen und Herren, ein wahrhaft guter Mann. Zunächst machte er 68 Millionen Schilling, wie wir heute wissen 150 Millionen Schilling Petite (Abg. Edlinger: Mehr!), dann gibt man ihm die damals vorliegenden Akten in Fotokopie und sagt: Geh bitte sei doch so lieb, geh doch hin zu denen, denen Du Geld gegeben hast und sage ihnen sie sollen es zurückgeben." Aber er war offensichtlich nicht unerfolgreich, denn zunächst waren es 8 Millionen Schilling, wie wir heute erfahren haben sind es bereits 15 Millionen Schilling, in der Tat zurückbezahlt worden. Da stellt sich für mich auch die Frage, von wem diese Gelder zurückbezahlt wurden. Ist es auszuschließen, daß unter diesen Zurückzahlern auch ÖVP-nahe Organisationen dabei waren? (Abg. Ing. Svoboda: Nein! - Abg. Edlinger: Die Koffer-Millionen liegen noch wo!)

Zum Zweiten, meine Damen und Herren, das betrifft Herrn Fürst. Es wurde festgestellt, daß Herr Fürst nach wie vor Bezirksparteiobmann der ÖVP-Floridsdorf ist. Es ist festgestellt worden, daß er offensichtlich Formulare unterschrieben hat, über deren bedeutende Inhalte er keine Auskunft

geben kann oder davon nichts wußte. Es steht darüber hinaus fest, daß er offensichtlich mit diesen, von ihm empfangenen Geldern steuerliche Veranlagungsprobleme hat.

Aber für mich stellt sich die Frage: Hat er, oder hat er nicht? Nämlich eine Konsulententätigkeit ausgeübt, für die er Geld bekommen hat. Laut Brief von Fürst an Herrn Dr. Busek, ÖVP-Pressedienst vom 4. März, hat er sie geleistet. Sie sei allerdings in eine Optik geraten, wie es heißt, die eine Belastung für die ÖVP darstellen könnte.

Dem Profil vom 10. März hingegen entnehme ich aus den Akten der Wirtschaftspolizei: "Nach meiner Meinung waren diese Beträge als Konsulentengeld deklariert, obwohl ich keine Konsulententätigkeit für die Bundesländer-Versicherung geleistet habe." Der Brief ist vom 4. März, dieses Dokument ist vom 26. Februar 1986.

Meine Damen und Herren! Hier liegt für mich zumindest ein Widerspruch vor, den es nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund dessen, daß Herr Fürst nun als moralischer Held dastehen soll, aufzuklären gilt. Denn hat er die Konsulententätigkeit geleistet, warum zahlte er dann den Betrag zurück und warum bedeckte die Bundesländer-Versicherung dieses Konsulentenhonorar, das sie ohne weiteres in der Lage gewesen wäre, auch ordnungsgemäß über den Vorstand abzuwickeln, durch gefälschte Schadensmeldungen. Denn es stellt sich ja auch in dem Zusammenhang die Frage, daß ohne weiteres auch die Bundesländer-Versicherung in der Lage gewesen wäre, ihre Ansprüche weder durch gefälschte Schadensmeldungen noch durch entsprechende Vereinbarungen mit Herrn Dr. Ruso geltend zu machen, denn sie hätte sie ohne weiteres auf dem zivilrechtlichen Weg zurückbekommen können.

Hat er also, oder hat er nicht, dieses Konsulentenhonorar zu Recht empfangen. Hat er es nicht, na ist er dann der Held, als den ihn Herr Busek in der Öffentlichkeit darzustellen versucht, oder ist er nicht vielmehr ein Bauernopfer wie ihn Herr Klubobmann Edlinger auch bezeichnet hat.

Nun zum dritten, zur Parteienfinanzierung.

Es ist erstens festzuhalten, daß es 68 Millionen Anfang März waren, 80 Millionen am 6. März und 150 Millionen gestern, wieviel wird es morgen sein, wobei auch hinzuzufügen ist, daß der Verbleib der 22 Millionen Schilling an Herrn Ex-Abt Rappold nach wie vor für mich ungeklärt ist, denn der Anwalt des Zisterzienser Klosters hat in der Öffentlichkeit gesagt, daß diese 22 Millionen Schilling entgegen den Beteuerungen des Herrn Rappold, nicht für die Sanierung und Restaurierung des Stiftes Rein verwendet wurden. Wo sind diese Gelder? Wer hat die 22 Millionen Schilling denn nun tatsächlich bekommen?

Ich stelle zweitens fest, es gibt rund 150 Akten mit Unterschriften, die zum Teil richtig, zum Teil gefälscht und zum Teil nur auf Nummernkonten bestehen.

Ich stelle drittens fest, daß am 6. März die Kleine Zeitung, nach einer Aussage eines führenden Funktionärs der Bundesländer-Versicherung veröffentlicht hat, daß keine weiteren ÖVP-Namen mehr auftauchen werden. Am 11. März hat der Herr Ex-Landeshauptmann Niederl der "Krone" gegenüber gesagt: "Wir haben keinen Groschen bekommen." Heute stehen wir vor den Rücktritten des Herrn Niederl in den diversen Funktionen, wir stehen vor der Involvierung seiner Söhne in den Bundesländer-Versicherungsskandal und wir stehen davor, daß offensichtlich auch, wie bereits darauf hingewiesen wurde, Landeshauptmann Maurer von diesen Geldflüssen seitens seines ehemaligen Freundes, Ex-Landeshauptmann Niederl, nichts gewußt hat, keine Ahnung hat und er sich daher zumindest den Vorwurf der Inkompetenz wird gefallen lassen müssen.

Ich stelle viertens fest, daß die Organe dieses privaten Unternehmens, laut Dr. Mock in "Zeit im Bild" vom 10. März, ausschließlich aus ÖVP-Funktionären bestehen.

Und ich stelle fünftens fest, daß hinter verschiedenen Namen, die auf dieser Liste stehen, diverse Sportvereine auftauchen, so der Union Fliegerklub, Union West Wien, Union die Niederösterreichische Klosterneuburg. Die angeführten Personen, die vor diesen Sportvereinen stehen, haben angeführt, daß sie nichts bekommen haben. Trotzdem kündigte Dr. Petrak in "Zeit im Bild" am 6. März an, daß die Sponsorverträge für Sportvereine eingestellt werden.

Wenn diese Personen nun in der Tat nichts bekommen haben und sie stehen für Union Sportvereine, wohin sind die Gelder dann geflossen? Wir stehen also vor der Situation, daß wir eine Fülle von Konten und Nummernsparbüchern haben, mit Gelder, die aus dem Versicherungsbetrug des Herrn Dr. Ruso und seiner Helfershelfer stammen. Sie sind zum erheblichen Teil verschwunden.

Wohin sind diese Gelder geflossen? Ich kann daher nur den Schluß ziehen, daß Herr Dr. Ruso das 150-Millionen-Schilling-Ding nicht allein gedreht haben kann, und ich frage gemeinsam mit Herrn Wachter vom Kurier: Für wen arbeitete Kurt Ruso wirklich? Denn diese Frage drängt sich auf und Sie, meine Damen und Herren von der österreichischen Volkspartei, ob das nun eine Länderorganisation, die Bundesorganisation oder eine Nebenorganisation ist, Sie werden sich hier diese Fragen gefallen lassen müssen, denn der Verdacht der Parteienfinanzierung erhärtet sich daraus eindeutig immer mehr. (Beifall bei der SPÖ.) Offensichtlich werden auch bei Ihnen die Dinge differenziert gesehen, ich will das durchaus nicht verhehlen. So entnehme ich dem Artikel des Herrn Ing. Worm im Profil vom 10. März: "Die Formulierung Parteienfinanzierung kann nach dem bisherigen Stand der Erhebungen nicht ausgeschlossen werden. Wenn insbesondere nur auch der ÖVP nahestehende Organisationen miteinbezogen werden, wird die Parteienfinanzierung immer wahrscheinlicher." Ich bin auch der Auffassung, daß es nach dem Stand der Ermittlungen wahrscheinlich auch persönliche Bereicherung gibt. Aber in die Richtung hin, daß man hier Leute bezahlt hat, damit sie den Mund halten bezüglich der Parteienfinanzierung. Aus all diesem heraus, meine Damen und Herren, möchte ich, ich bin mir dessen bewußt, daß es nur indirekt möglich ist, doch drei Fragen an Herrn Dr. Busek richten. (Abg. Lustig: Er ist nicht da!) Auch wenn er da wäre, würde er sie wahrscheinlich nicht beantworten. (Abg. Hahn: Sie haben ihn ja noch nicht gefragt!)

Erstens: Als Herr Fürst als LandesparteiSekretär der Wiener ÖVP abgelöst wurde, suchte er, wie er selbst sagt, sein zweites berufliches Standbein, offensichtlich bei der Bundesländer-Versicherung. Herr Dr. Busek, was wissen Sie wirklich über die Verbindungen, dieses nach wie vor namhaften ÖVP-Funktionärs und der Bundesländer-Versicherung?

Zweitens: Herr Dr. Busek, Sie bezeichnen die Vorwürfe der Parteienfinanzierung aus den Malversationen in der Bundesländer-Versicherung wörtlich als "Quatsch". Welche Maßnahmen, insbesondere Kontenoffenlegungen, Herr Dr. Busek, werden Sie treffen, um diese Vorwürfe, die sich ja nunmehr immer mehr erhärten, zu widerlegen?

Und Drittens: Herr Dr. Busek, sollte sich der Vorwurf der Parteienfinanzierung ähnlich wie bei der WBO-Affäre als stichhältig erweisen, werden Sie zurücktreten? (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallberger: Als nächster Redner ist Herr Abg. Ing. Worm zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Worm: Meine Damen und Herren! (Abg. Outolny: Der Aufdecker kommt!) Erwarten Sie von mir nicht, daß ich die Vorkommnisse um die Bundesländer-Versicherung in irgendeiner Art und Weise verniedliche. Das Gegenteil ist der Fall. Soweit durch Medien in die Öffentlichkeit getragen und durch die Erhebungen der Wirtschaftspolizei erhärtet, liegt hier ein krimineller Akt vor, der in höchstem Maße verwerflich ist. Daß die verbrecherische Zentralfigur Mitglied der ÖVP ist beziehungsweise war, verstärkt in mir persönlich die Erschütterung und die Empörung. (Abg. Ing. Riedler: Nur keine Tränen jetzt!) Hier gibt es weder eine Entschuldigung noch einen moralischen Milderungsgrund, bei strafgesetzlicher Untreue möge das unabhängige Gericht mit jener Strenge urteilen, die dem Verbrechen entspricht.

Herr Abg. Edlinger hat aus der Verschwörung des Fiesko zitiert. (Abg. Lustig: Ein gutes Zitat!) In der Schnelligkeit fällt mir ein Shakespeare-Zitat ein. Die Rede des Marcus Antonius aus Julius Cäsar: "But Brutus is an honourable man and so are they all, all, honourable men". Doch Brutus ist ein ehrenwerter Mann und so sind sie alle, alle, ehrenwert. Jawohl, alle sind ehrenwert, die hier nunmehr den involvierten Anton Fürst an den Pranger der Politik stellen. Doch Fürst hat, auch wenn Sie ihm das nun Absprechen wollen, Verantwortung getragen. Er ist, und das sei hier ausdrücklich gesagt und durch die Aktenlage der Staatsanwaltschaft nunmehr aktenkundig gemacht, niemals in der Lage dieses Verfahrens wegen vor den Richter, vor den Strafrichter, gezerrt zu werden (Abg. Lustig: Also Sie verteidigen Fürst!), denn er ist im Sinne der tätigen Reue von Gesetzes wegen, ich sage von Gesetzes wegen (Abg. Edlinger: Aber die Tat bleibt kriminell!), voll rehabilitiert. (Abg. Edlinger: Nein! Straffrei! Nicht rehabilitiert!) Aber er ist aus seinem politischen Mandat zurückgetreten und auch finanziell ins bodenlose gefallen. (Abg. Lustig: Das hätte er sich früher überlegen müssen!) Anton Fürst hatte kein Netz und ich sage gleich, er hat sich selber härter bestraft als das Gesetz es je zu tun in der Lage gewesen wäre. (Abg. Ing. Riedler: Hätte er Stadtrat bleiben sollen?) Denn er hat

durch diesen Akt ~~seine~~ eigene Existenz ruiniert. (Abg. Lustig: Die Handlung vorher war das schon!) Doch Brutus ist ein ~~ehrenwerter~~ Mann und so sind sie alle, alle, so sind sie alle, ehrenwert.

Da fällt mir ~~nur~~ zufällig ein, daß es vor noch nicht einmal einem Jahr einen Minister gab, der tief in die Gewerkschaftskassen griff (Abg. Leopoldine Pfäuser: Ist ja nicht wahr! So war es nicht!), der für seine Söhne, wie er sagte, Autos, BMW's, kaufen mußte und daher Gewerkschaftsgelder strapazierte. (Abg. Ing. Svoboda: Er ist aber kein Bezirksobmann mehr, Kollege Worm!) Und der noch zu allem Überfluß, meine Damen und Herren, sich um billiges Geld eine Villa kaufte. Eine Villa, die von anderen finanziert war, und dieser Karl Sekanina, meine Damen und Herren, fiel nicht ins bodenlose, denn ~~der~~ wird bis zum heutigen Tage auf Staatskosten finanziert durch seine Ministerpension. (Abg. Lustig: Die zahlt aber nicht die SPÖ aus, bitte! - Abg. Edlinger: Er wird auch einmal eine Pension bekommen! Er muß nur ein bißchen älter werden!) Gegen Fürst liegt kein Strafverfahren vor, meine Damen und Herren, gegen Karl Sekanina werden die Vorerhebungen gepflogen und das schon seit geraumer Zeit. (Abg. Edlinger: Der Fürst bekommt auch einmal eine Pension, Herr Worm!) Und wenn sich Karl Sekanina heute noch ein Denkmal gesetzt hat, dann ist es jenes sündteure Amtsgebäude in der Radetzkystraße (Abg. Lustig: Reden wir von etwas anderem!), das diese Woche unter dem Hohn gelächter Ihres derzeitigen Bautenministers eröffnet wurde. Karl Sekanina, der Freund von Otmar Pascher, von Friedrich Babak, und vom Herrn Eberhardt. (Abg. Edlinger: Das sind keine Mitglieder der SPÖ! Wo sind die SPÖ-Stadträte? Was reden Sie denn da daher?)

Meine Damen und Herren, alle sind Sie hier ehrenwert, und in einer Gesellschaft, in der Priester, Äbte, Richter, Staatsanwälte, Politiker (Abg. Edlinger: Und Journalisten! Einäugige Journalisten, Herr Worm!) von einem Topf des Kriminalins ins andere wandern (Abg. Rosa Heinz: Haselgruber! Bussek: Berger-Freund!), dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn beispielsweise, was ich sehr genau beobachtet habe, GR. Freinberger während der Rede des Herrn Ferdinand Maier hier einen sehr interessanten Zwischenruf gemacht hat. Herr Freinberger, erinnern Sie sich beispielsweise daran, daß es noch nicht allzulange her ist, daß dieses Hohe Haus, um Ihre Haut zu retten (Abg. Gertrude Stiehl: Geh bitte!), die Verfehlungen des Kunstvereines Donaustadt mit einer Notsubvention begründet hat (Abg. Lustig: Das ist aber unerhört! - Abg. Edlinger: Das ist ein Skandal!) und Sie selbst in eigener Sache, hier von dieser Stelle aus, eine Rede hielten? (Abg. Edlinger: Behaupten Sie, daß er Geld gestohlen hat? Hat er sich betrügerisch bereichert?) Ich sage, ich behaupte, ohne diese Subvention wäre dieser Verein heute im Zustand der gesetzwidrigen Krida. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Edlinger: Sie schützen einen Betrüger!) Herr Abg. Edlinger, ich schütze keinen Betrüger, bei Gott nicht. (Abg. Lustig: Doch!) Und, Herr Abg. Edlinger, ist es nicht in Ihrer Zeit passiert, als Sie noch der Aufsichtsratschef der Sozialbau waren, daß es zu Vorkommnissen rund um Herrn Fritz Hofmann, nicht der Herr Stadtrat, sondern der Herr Geschäftsführer Hofmann, und um Geschäftsführer Fischerlehner kam, die dazu führten, daß sie allesamt fristlos gekündigt werden mußten? (Abg. Edlinger: Das werfen Sie mir vor? - Präsident Sallaberger gibt das Glockenzeichen.) Nein, ich werfe Ihnen vor, daß Sie vorwerfen, daß hier Fürst von sich aus die politische Verantwortung getragen hat. (Abg. Edlinger: Wenn Sie mich mit einem solchen Mann in einem Atemzug nennen, ist das eine Schweinerei! Nehmen Sie das zur Kenntnis! Ich habe gehandelt und nicht kassiert wie andere von Ihnen! Das ist eine Schweinerei hier! - Abg. Dr. Petrik: Einen Ordnungsruf!)

Präsident **Sallaberger** (das Glockenzeichen gebend): Herr Ing. Worm! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klubobmann Edlinger! Herr Klubobmann Edlinger, ich darf Sie bitten, mir zuzuhören.

Herr Abg. Worm, Sie haben vorhin in der Debatte behauptet, daß wir hier im Haus eine Subvention beschlossen hätten, um die Haut eines Abgeordneten zu retten. (Abg. Ing. Worm: Ja!) Eine erste Feststellung. Die zweite Feststellung, daß Herren, nämlich Herr Ing. Fritz Hofmann (Abg. Lustig: Magister!), fristlos entlassen worden ist. Weder die eine Behauptung noch die andere Behauptung entspricht der Wahrheit. Ich darf Sie daher also bitten, bei Ihrer weiteren Rede darauf zu achten, daß Sie das, was Sie sagen, auch tatsächlich unter Beweis stellen können.

Abg. Ing. **Worm** (fortsetzend): Herr Vorsitzender! Ich darf weiter fortfahren mit der Aufzählung jener ehrenwerten Handlungen, die von unserer ehrenwerten Gesellschaft... (LhptmSt. Mayr: Herr Ing. Worm! Haben Sie überlegt...) Sie kommen noch dran, Herr Landeshauptmann Sie kommen noch dran (LhptmSt. Mayr: ...welche Rede der Mark Anton gehalten hat?)

Nikolaus Lauda: Meine verehrten Damen und Herren, haben Sie vergessen, daß Nikolaus Lauda unter Ihren Schutzbefohlenen ist, jener Nikolaus Lauda, dem vor wenigen Wochen die Einfuhrumsatzsteuer für eines seiner beiden Flugzeuge gestundet wurde, obwohl in vergleichbaren Fällen, bei den Austrian Airlines derartiges nicht gemacht wird (Abg. Schmidtmeier: Eine Vorsteuer ist doch vollkommen ergebnisneutral! Das ist ein Vergleich!) und zufälligerweise derselbe Nikolaus Lauda dann für den Herrn Präsidentschaftskandidaten Reklame macht? (Abg. Schmidtmeier: Das ist in der Wirtschaft ein üblicher Vorgang!) Ehrenwerte Gesellschaft! Ehrenwerte Herren, aus dem Burgenland. Herr Landeshauptmann Kery. Ich brauche nur zu erwähnen, meine Damen und Herren, die Sie hier von Skandalen sprechen, was sich im Burgenland alles abspielt. (Abg. Ing. Svoboda: Das ist kein Skandal bei der Bundesländer-Versicherung!) Ich darf nur erwähnen, daß ein mit Maschinenpistolen herumballernder Landeshauptmann, ein Potentat aller erster Ordnung, billigen Strom bezieht, Freunderlwirtschaft begeht und dann auch noch die Vorkommnisse mit Eugen Horwath, dem ehemaligen Generaldirektor der Bewag, verantwortet und deckt. (Abg. Edlinger: Ihre Rede ist eine Schande, Herr Worm!)

Meine Damen und Herren! Ehrenwert ist diese Gesellschaft, ehrenwert ist diese Gesellschaft, ehrenwert ist sie, eine Gesellschaft (Abg. Edlinger: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Rede! Die werden wir verbreiten! Diese Rede gehört verbreitet! Der Herr Saubermann! Der Herr Saubermann Ing. Worm demoliert sein Image!), ein Minister seiner Pflicht entspricht. Minister Salcher hat eine Anzeige gegen seinen Vorgänger unterbreitet und dann ist er von dieser Gesellschaft aller seiner politischen Ämter und Posten enthoben worden.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir beim Faktum Floridsdorf. (Amtsf. StR. Hatzl: Herr Worm! Kennen Sie den Unterschied zwischen Kery und Ludwig? Beim Herrn Ludwig sind wir auch noch! Heute vergessen Sie den Herrn Ludwig!) Meine Damen und Herren! Die Vorkommnisse um die "Bundesländer" werden - und von mir am wenigsten - von uns nicht verschleiert. (Abg. Edlinger: Was werden die nicht: versteckt?) Nicht verschleiert. (Abg. Edlinger: Das ist aber interessant!) Und ich persönlich, das verspreche ich Ihnen, werde alles daransetzen, daß das aufgeklärt wird. (Abg. Gertrude Stiehl: Da werden Sie aber viel zu tun haben! - Amtsf. StR. Hatzl: Da wird Ihr Landesparteiobmann aber vielleicht keine Freude haben!) Aber ich garantiere Ihnen auch, daß es in meinen Augen höchst ehrenwert ist, wenn beispielsweise ein ehemaliger Finanzminister nicht weniger als sieben Schwarzgeldkonten in Millionenhöhe anhäufte. (Abg. Schmidtmeier: Wer?) Sieben Schwarzgeldkonten in Millionenhöhe, eines davon unter dem beziehungsvollen Titel Alexander. (Abg. Edlinger: Jetzt sind Sie aber froh, daß Sie immun sind!) Und der zu allem Überfluß auch noch von Ihrer Partei erst vor wenigen Tagen in seinen Funktionen in Floridsdorf bestätigt wurde. (Amtsf. StR. Hatzl: Auf welches Rechtsverfahren stützen Sie sich jetzt bei dieser Behauptung? Das ist nur ein In-die-Luft-Reden!)

Es ist eine ehrenwerte Gesellschaft, einen Menschen, der seine Existenz von sich aus aufgegeben hat, anzuprangern. Und es ist eine ehrenwerte Gesellschaft darauf zu vergessen, meine Damen und Herren, daß vor noch nicht allzulanger Zeit Ihre Lizitation betreffend die VOEST ebenfalls vollzogen wurde. Sie sprechen, daß die Schadenssumme der "Bundesländer" von Tag zu Tag größer wurde und das stimmt. (Abg. Edlinger: Nein, die beiseite geschaffte! Die gestohlene! die betrogene!) Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Schadenssumme bei der VOEST im November mit 3 Milliarden Schilling begonnen hat, innerhalb weniger Tage auf über 5 Milliarden gesteigert wurde und dann vor wenigen Wochen auf über 11 Milliarden gestiegen ist. (Abg. Lustig: Hat sich wer bereichert?) Hat sich wer bereichert? (Abg. Edlinger: Welcher Mandatar hat sich bereichert?) Natürlich hat sich wer bereichert! Eine Laienspieltruppe an Managern. (Abg. Edlinger: Wer hat sich bereichert? - Abg. Lustig: Das ist eine ungeheure Feststellung!) Eine Laienspieltruppe an Managern und Aufsichtsräten. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Edlinger: Wer hat sich bereichert?) Da pflichte ich Herrn Hirnschall voll und ganz zu. Die Aufsichtsräte in Österreich sind genauso, wie Sie selber, Herr Edlinger, Aufsichtsrat waren, Sie haben nämlich auch nicht gemerkt, was mit dem Herrn Hofmann los war. (Abg. Edlinger: Sie wissen doch seit der Enquete was Sie reden! Weinen Sie über Ihr eigenes Niveau und Ihre Unfähigkeit!)

Ist Ihnen eigentlich entfallen, daß Sie selbst lange Zeit den Herrn Wilfling, den Herrn Winter, den Herrn Bauer in diesem Hause hier gedeckt haben, und daß Ihre Aufsichtsräte damals jahrelang

zum Schaden der Wiener Bevölkerung nichts gemerkt haben. (Amtsf. StR. Hatzl: Die Wohnbauvereinigungen, die ich kenne und die rechtliche Schwierigkeiten hatten, waren alle von der ÖVP! Das wissen Sie auch!)

Verehrter Herr Hatzl! Ich versichere Ihnen, bei diesen 20 Minuten, die mir hier zur Verfügung stehen, ist die Befassung mit Ihnen das wirklich nicht wert. (Amtsf. StR. Hatzl: Weil sie keine Antwort wissen!) Jawohl, es ist mein gutes Recht als Abgeordneter, daß ich mir die Gesprächspartner aussuche. (Abg. Gertrude Stiehl: Das ist unseriös!) Und ich versichere Ihnen eines, meine Damen und Herren, es ist ehrenwert von Ihnen, auf einen Menschen hier zu zeigen, der von sich aus politische Verantwortung getragen hat. (Abg. Lustig: Nach welchen Handlungen! - Amtsf. StR. Hatzl: Sie hätten ihn also gehalten!) Und ich sage Ihnen: Noch ehrenwerter wäre es, wenn Sie die Leichen, die in Ihrem eigenen Keller faulen, mit eben jenen strengen Maßstäben beurteilen würden, wie Sie das in sehr unfairer Weise bezüglich des Herrn Stadtrates Fürst getan haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Sallaberger: Als nächster Redner gelangt Herr Abg. Mag. Herbert Zima zum Wort. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Zima: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich weiß nicht, wie es Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren geht, nachdem Sie die Rede des Herrn Abg. Worm gehört haben. (Abg. Lustig: Fürchterlich!) Ich muß sagen, ich bin erschüttert und ich weiß mich hier mit der Mehrheit, und zwar nicht der Mehrheit die hier herüber sitzt (Zur SPÖ zeigend.), sondern mit der Mehrheit des Hauses, die einen Funken Anstand hat, einig, daß man einen derartigen Skandal nicht in einer solchen skandalösen Art abhandeln kann. (Beifall bei der SPÖ.) Wer so spricht, richtet sich selbst. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme auch an, daß das Shakespeare-Zitat eine Freud'sche Fehlleistung war. Denn Shakespeare sagt ja: "Doch Brutus" - wir reden heute über Anton Fürst - "ist ein ehrenwerter Mann und ehrenwerte Männer sind sie alle", und damit meint er die Anhänger, die Parteigänger des Brutus. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir behandeln heute ein Monsterverbrechen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer Versicherung wurde durch ihren eigenen Generaldirektor ein Schaden von mehr als 150 Millionen Schilling zugefügt. Das ist ein Fall, der in der österreichischen Kriminalgeschichte seinesgleichen sucht.

Zweitens: In diesem Fall, in diesem kriminellen Komplex, ist ein hoher Funktionär unseres Landes involviert. Ein ehemaliger Gemeinderat, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter, pikanterweise sogar der Sicherheitssprecher der großen Oppositionspartei, und vor allem ein Stadtrat, Anton Fürst, der alle diese Funktionen eben wegen dieser Vorkommnisse zur Verfügung gestellt hat. Wir diskutieren diesen Versicherungsskandal nicht aus Schadenfreude, nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern ganz einfach deshalb, weil die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, daß der Wiener Landtag einen solchen Fall öffentlich behandelt und nicht darüber hinweg zur Tagesordnung übergeht.

Es ist hier von beiden Rednern der Österreichischen Volkspartei bei der Behandlung der Person des ehemaligen Stadtrates Anton Fürst eine Methode der Reinwaschung, der Verniedlichung angewendet worden, die bereits vorher in öffentlichen Erklärungen in der Debatte im Nationalrat zu merken war. Uns allen stehen zur Zeit - und das möchte ich einschränkend sagen, denn man sollte ja diese Dinge emotionslos, anständig und ehrlich behandeln -, uns allen stehen zur Zeit nicht die notwendigen Unterlagen und Informationen zur Verfügung, um sein Verhalten, um Fürsts Verhalten, abschließend und endgültig werten zu können. Ohne aber der endgültigen Beurteilung durch die Strafgerichte vorgreifen zu wollen, kann man jedoch eines bereits jetzt sicher feststellen: Sein Verhalten hat dem Ansehen unserer Stadt schwer geschadet! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Fakten sind: Ein Wiener Stadtrat muß zurücktreten, muß zurücktreten, denn Sie glauben doch nicht, daß er es ausgehalten hätte in dieser Funktion zu bleiben. Er muß zurücktreten, weil er in einen riesigen Versicherungsskandal verwickelt ist.

Vor diesem Hintergrund nehmen sich Reinwaschungserklärungen sehr deplaziert aus. Wir haben sie heute von beiden Rednern der ÖVP gehört. Wir haben sie aber auch gehört vom Herrn Generalsekretär Dr. Graff, der der Zeitung "Die Presse" folgendes erklärt hat: "VP-Generalsekretär

Graff verwies auf den raschen Rücktritt des VP-Stadtrates Anton Fürst, obwohl sich dieser nur fahrlässiges, nicht aber vorsätzlich schuldhaftes Verhalten vorzuwerfen hat."

In der Behandlung der dringlichen Anfrage im Nationalrat hat Nationalrat Schwimmer erklärt: "Er" - Fürst ist gemeint - "hat die in meinen Augen einzig mögliche Konsequenz für einen anständigen Politiker gezogen." (Abg. Christine Schirmer: Dann hätte er nicht nehmen dürfen!) Und Herr Nationalrat Schüssel hat gesagt: "Anton Fürst hat reagiert. Ich ziehe vor ihm persönlich dafür meinen Hut." (Abg. Lustig: Er soll ihn lieber nehmen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Verniedlichung und Verharmlosung findet ihren besonderen Stellenwert, und hier bekommt ja die Rede des Herrn Abg. Worm eine besondere Tönung, wenn man das letzte "profil" vom 10. März dieses Jahres zur Hand nimmt. Darin findet sich abgedruckt der Text einer Einvernahme mit Herrn Fürst. Und ich kann nun nach dem Debattenbeitrag des Herrn Worm es dem Hohen Haus nicht versagen, sich anzuhören, was Herr Fürst offensichtlich - er hat ja gegen diese Veröffentlichung nicht protestiert - dort erklärt und unterschrieben hat: "Es erscheint Herr Anton Fürst wohnhaft dort und dort und gibt folgendes an: Ich möchte von mir aus und ohne jeden Zwang mitteilen, daß ich im Jahre 1983 und am 8. November 1985 von der BLV je 240.000 Schilling in bar erhalten habe. Mein Partner in dieser Angelegenheit war ausschließlich Herr Dr. Kurt Ruso, von dem ich auch die Beträge erhalten habe. Es ist richtig, daß ich bei Erhalt der Beträge Quittungen unterzeichnet habe, aber ich habe keinen Durchschlag erhalten und kann mich auch an den Text der Quittungen nicht erinnern." (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Nebenbemerkung von mir: Bei der uns allen hier bekannten Cleverness des Herrn Fürst kann ich es mir nicht vorstellen, daß er eine Quittung über einen Betrag von fast einer viertel Million Schilling nicht sehr genau durchgelesen hat.

Ich setze das Zitat fort. "Auf den Hinweis Dris. Bock, daß diese Beträge aus Schadensakten als fingierte Schadenszahlungen stammen, gebe ich an: Ich kann dies nicht bestätigen. Nach meiner Meinung waren diese Beträge als Konsulentenentgelt deklariert, obwohl ich keine Konsulententätigkeit für die BLV geleistet habe." Wieder Einschub von mir: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Er hat halt eine halbe Million Schilling für nichts genommen. Das sind die Fakten. Er gibt es selber zu.

Weiters sagt Fürst: "Es war aber mit Herrn Dr. Ruso in Aussicht genommen, daß ich nach Ausscheiden von Herrn Dr. Obrecht in die BLV als Dienstnehmer im Pressereferat eintreten sollte.

Da ich obige Beträge zu Unrecht erhalten habe, erkläre ich für die Rückzahlung dieser Beträge zu haften und verpflichte mich..." - und nun folgen jene Vereinbarungen, um das Privileg des § 167 für Kriminelle in Anspruch nehmen zu können. (Abg. Ing. Svoboda: Für Kriminelle!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch gerne etwas dazu sagen, wie es sich aus der Sicht des Juristen darstellt. Herr Dr. Ferdinand Maier hat ja gesagt, das sei ein Fall des § 167. Nein, meine Herren, das ist ein Fall der Beihilfe zum Verbrechen der Untreue und dessentwegen ermittelt ja auch die Staatsanwaltschaft gegen Herrn Fürst. (Abg. Ing. Worm: Nein, das ist falsch!) Denn es ist ja nicht so, daß automatisch, wenn er das Geld zurückzahlt, alle Verfahren eingestellt werden (Abg. Ing. Worm: Das stimmt gar nicht, was Sie da sagen!), sondern es wird sehr wohl ermittelt und es muß dann das Gericht darüber entscheiden. Automatik gibt es beim 167er nicht, Herr Worm. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (Abg. Edlinger: Oder der Herr Worm weiß schon, daß nicht ermittelt wird! Sehr verdächtig!)

Nun ein paar Worte zur tätigen Reue. Unser Strafrecht kennt, wie viele anderen nationalen Strafrechtsordnungen, die Einrichtung, daß ein Straftäter dann nicht bestraft werden kann, wenn er den Schaden gutmacht, bevor die Behörde von seiner Tat Kenntnis erlangt oder wenn er das gleichzeitig mit einer Selbstanzeige verbindet. Die tätige Reue ist somit eine Art von Privileg des Verbrechens. (Abg. Edlinger: eines Verbrechens mit Geld!) Nichts anderes, meine Damen und Herren! Ein Privileg, dem Strafanspruch des Staates zu entkommen. Damit wird aber seine Tat nicht entkriminalisiert. Sie bleibt das, was sie war, nämlich ein Verbrechen. Nur der Staat kann ihn nicht strafen, genauso wie ein Staat nicht strafen kann, wenn ein Mensch vor der Gerichtsverhandlung stirbt.

Die Bundesländer-Versicherung hat nun, nur zögernd und nach einer gewissen Zeit, Informationen an die Wirtschaftspolizei und die Justiz weitergegeben. Dadurch wurde, das ist objektiv klar, den Tätern Gelegenheit gegeben, die goldene Brücke der tätigen Reue zu beschreiten und für sich

Straffreiheit zu erlangen. Das steht aber im Gegensatz zu der Praxis der Versicherungsunternehmen, kleine Versicherungsbetrüger sofort und ohne Nachsicht zur Anzeige zu bringen. Ich weiß nicht, welche Motive die Bundesländer-Versicherung dabei gehabt hat. Es kann doch nicht Mitleid mit dem ehemaligen Generaldirektor sein, der zugleich auch der größte Versicherungsbetrüger dieser Anstalt war. War es das Motiv, hier Menschen die Möglichkeit zu geben, doch noch den Sprung über den Graben in den rettenden Hafen des § 167 zu erlangen? Auf jeden Fall bleibt für mich ein bitterer Nachgeschmack. Hier zeigt sich wieder eines. Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen. (Abg. Hahn: Wer hat denn den Muchna laufen lassen? Der sitzt jetzt im Ausland! - Abg. Edlinger: Herr Präsident!)

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zur Parteienfinanzierung machen. Bei der Bundesländer-Versicherung sind über 150 Millionen Schilling verschwunden. Wir wissen nicht, wohin sie gekommen sind. Wir sehen heute nur die Spitze eines Eisberges, das ist in der dringlichen Anfrage so formuliert und auch von einem Vorredner ausgesprochen worden. Es ist daher nur legitim, die Frage zu stellen, ob hier nicht Parteienfinanzierung vorliegt. Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, haben sehr emotionell darauf reagiert und Sie haben auf die Forderung, man möge die Dinge klarstellen, mit Verleumdungsklagen gedroht. Ich glaube und ich bin fest überzeugt davon, daß Verleumdungsklagen kein taugliches Mittel sind, um die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Ich glaube vielmehr, daß jene Partei, die in einem ganz besonderen Naheverhältnis zur Bundesländer-Versicherung steht, sehr gut beraten wäre, wenn sie nun die Möglichkeiten einer Parteienfinanzierung offenlegte und ganz klar die Öffentlichkeit informierte, ob hier Geld zu ihr geflossen ist oder nicht. Es geht hier nicht um parteitaktische Vorteile. (Abg. Ing. Svoboda: Richtig!) Es geht um das Ansehen von uns Politikern. Es geht um das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie, die ja ohne Parteien nicht existieren kann. Die Menschen in unserer Stadt und unserem Land erwarten ehrliche und anständige Politiker! An uns liegt es zu beweisen, daß, abgesehen von einigen schwarzen Schafen, die überall auftreten, Ehrlichkeit und Anständigkeit Werte sind, die die Politiker aller drei in diesem Haus vertretenen Parteien zu verwirklichen bestrebt sind. Der "Bundesländerskandal" zwingt die Österreichische Volkspartei, Farbe zu bekennen.

Es stellt sich nun die Gretchenfrage für Sie. Wie stehen Sie zu diesen Prinzipien der Moral? Sind Sie bereit, sich klar von schwarzen Schafen zu distanzieren, anstatt müde Reinwaschungsversuche zu unternehmen? Sind Sie bereit, schonungslos Ihre Parteifinanzen aufzudecken, um die Frage einer kriminellen Parteienfinanzierung entgültig in der Öffentlichkeit klarzustellen? Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Öffentlichkeit das von Ihnen erwartet?

Wenn ich die Debattenbeiträge des Dr. Maier und des Herrn Worm noch einmal vor meinem geistigen Auge Revue passieren lasse, dann habe ich aber nur wenig Hoffnung, daß die Öffentlichkeit zufrieden gestellt werden wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Sallaberger**: Für die Debatte über den Gegenstand der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. (Amtsf. StR. Hatzl: Kein Busek? Kein Wort von Busek? Keine Antwort auf Fragen? - Abg. Ing. Svoboda: Drei Fragen und keine Antwort!) Zur direkten Beantwortung der Anfrage hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mayr**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Beantwortung der dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten Edlinger, Ing. Svoboda und Dr. Häupl darf ich folgendes ausführen:

Das Unvereinbarkeitsgesetz hat den Sinn, die Trennung von Politik und Wirtschaft sicherzustellen und schreibt damit auch die Meldung von wirtschaftlichen Tätigkeiten vor.

Wir wissen aus weiten Bereichen, daß die menschliche Tätigkeit immer wieder dadurch gekennzeichnet ist, daß Unzulänglichkeiten auftreten und daß schwarze Schafe ihre Position mißbrauchen. Nicht zuletzt hat das mit aller Deutlichkeit unser - und ich lege jetzt auf das Fürwort unser aller wert - Bundespräsident ausgedrückt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß einer der gravierenden Unterschiede zwischen totalitären Staaten jeder Spielart und einer Demokratie der ist, daß in einer Demokratie solche Dinge aufgedeckt, zur öffentlichen Diskussion gestellt und politisch behandelt werden. Das ist keine Kritik,

im Gegenteil, es ist die Feststellung, daß nur durch Aufdeckung, Behandlung und Diskussion eine solche Klarstellung in einer Gesellschaft erfolgen kann. Eine Klarstellung, ein Reinigungsprozeß, den wir **alle** gemeinsam, soweit wir auf der richtigen Seite des Gesetzes stehen, zu befürworten haben und auch tun.

Ich darf insbesondere aber noch etwas feststellen. Ein solcher Reinigungsprozeß, eine solche Klarstellung - und ich habe als Eigentümerversorger, erlauben Sie mir die persönliche Bemerkung, eine solche Reinigung auch herbeizuführen gehabt - setzt voraus, daß wir sie in einer Form und in einer Art der Diskussion darüber führen, daß wir nachher wieder eine gemeinsame Linie weiterverfolgen können.

Das ist meine Bitte, die ich hier auszusprechen mir erlaube, an die Mitglieder des Hauses, an die anwesenden Vertreter der Massenmedien. Kein Wort davon, irgendetwas unter den Tisch fallen zu lassen, was man weiß und was nicht korrekt ist. Aber jene Bitte, die Auseinandersetzung und die Berichterstattung so zu führen, daß eine weitere Arbeit, ein weiteres Auseinandersetzen auch anschließend noch möglich ist.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß wir in der gegenwärtigen politischen Situation einen Punkt erreicht haben, an dem die Frage des Stils und die Frage der Form der politischen Auseinandersetzung eine übergeordnete Bedeutung erreicht, und daß wir uns **alle** gemeinsam im klaren darüber sein sollten, daß es aller unserer Anstrengungen wert und notwendig ist. Und wenn ich aller unserer Anstrengungen sage, dann meine ich wieder nicht nur die Mitglieder dieses Hohen Hauses, dann meine ich wieder nicht nur die Vertreter der Massenmedien, sondern dann ist es eine Herausforderung an alle unsere Mitbürger, die in einer Demokratie nicht nur Rechte haben an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken, sondern auch die Pflicht diese Meinungsbildung auch tatsächlich auszunützen, daß wir eine Wende herbeiführen sollen in der Form und in der Art, daß wir nicht in Frage stellen, was wir aufgebaut und hergestellt haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren des Wiener Landtages, daß wir heute hier - und ich sage das als Vertreter einer Generation, die sich nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur als junge Menschen mit dem Schicksal dieses Landes identifiziert haben und die viel dazu beigetragen haben, daß wir den heutigen Standard erreichen konnten -, ich glaube, daß wir heute die Pflicht haben etwas weiterzugeben, an die Generation, die uns in absehbarer Zeit nachfolgt. Nämlich das Wissen, daß die härteste politische Auseinandersetzung nur dann sinnvoll und erfolgreich ist, wenn sie auf der Basis eines gemeinsamen Bekenntnisses zu einem gemeinsamen Staat oder in unserem Fall zu einer gemeinsamen Stadt ist. Und es möge uns auch eine Herausforderung sein, dieses gemeinsame Bekenntnis über tatsächliche oder scheinbare taktische Vorteile zu stellen.

Ich darf mich nun zu den einzelnen Fragen in der dringlichen Anfrage äußern.

Frage eins. Nach § 2 Abs. 3 des Unvereinbarkeitsgesetzes dürfen unter anderem Mitglieder der Wiener Landesregierung während ihrer Amtstätigkeit eine freiberufliche Tätigkeit nur mit Genehmigung des Unvereinbarkeitsausschusses des Wiener Landtages beginnen.

Stadtrat außer Dienst Anton Fürst hat um eine Genehmigung für seine freiberufliche Tätigkeit als Konsulent der Bundesländer-Versicherung nie angesucht. Es konnte daher eine Mitteilung im Sinn des § 3 Abs. 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes an den Herrn Landeshauptmann nicht erfolgen.

Zu Frage zwei. Hiezu ist auszuführen, daß im Fall der Bundesländer-Versicherung, wie Sie auch jederzeit den Medienmeldungen entnehmen können, stetige Ausweitungen leider festzustellen sind. Eine seriöse abschließende Beantwortung ist aufgrund dieses Sachverhaltes im Augenblick daher noch nicht möglich.

Zu Frage drei. Das Bundesland Wien hat keinen Vertreter als Funktionär in die Organe der Bundesländer-Versicherung entsendet, da es als einziges Bundesland an dieser Versicherung nicht beteiligt ist. Die Organe der Bundesländer-Versicherung setzen sich wie folgt zusammen:

Hauptaktionär ist die Genossenschaftliche Zentralbank mit 25,27 Prozent Anteilen. Das Land Niederösterreich hält 14,89 Prozent, die Girozentrale nicht direkt, sondern über eine Enkelin, 10 Prozent, die Erste niederösterreichische Brandschaden-Versicherungs AG 5,39 Prozent, die Steiermark 5,3 Prozent, die Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaft genau 5 Prozent, den Rest teilen sich die übrigen Bundesländer, wie gesagt außer Wien, sowie einige lokale Versiche-

rungsunternehmungen und die Landwirtschaftskammern von Niederösterreich und Oberösterreich. Der Aufsichtsrat besteht derzeit aus Landeshauptmann außer Dienst Ökonomierat Andreas Maurer als Vorsitzender, Präsident KommR. Ing. Rudolf Sallinger als Vorsitzender-Stellvertreter, Generaldirektor KommR. Dr. Helmut Klauhs als Vorsitzender-Stellvertreter, Vizekanzler außer Dienst Fritz Bock, Nationalrat außer Dienst Karl Glaser, Generalsekretär Pater Leonhard Gregotsch, Generaldirektor Dr. Winfried Kern, Kammervizepräsident Ökonomierat Ing. Erich Maus, Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst Dr. Friedrich Niederl, Generaldirektor KommR. Dr. Karl Pale, Direktor Johann Winter, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Josef Ratzenböck.

Vom Betriebsrat sind delegiert: Obmann Franz Eggenhofer, Kommissär Gottfried Guggi, Obmannsekretär Ferdinand Hammerer, Bezirksdirektor Georg Rüling, Obersekretär KommR. Walter Supper, Walter Zwiauer.

Den Vorstand haben gebildet: Generaldirektor Dr. Kurt Ruso, Generaldirektor-Stellvertreter Herbert Dobin, Vorstandsdirektor Josef Buchinger, Vorstandsdirektor Dr. Erwin Ramberger.

Dem Länderkuratorium gehören an: Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler (Vorarlberg) als Vorsitzender, Landesrat außer Dienst Herbert Bacher (Kärnten) als Vorsitzender-Stellvertreter, Landesrat KommR. Dr. Luis Passetti (Tirol), Kammerpräsident Ökonomierat Matthias Bierbaum (Niederösterreich), Generaldirektor in Ruhe KommR. Dr. Herbert Cretnik, KommR. Eduard Pieringer, Landtagspräsident Franz Wegart für die Steiermark, Landesrat Josef Wiesler für das Burgenland, Landesrat außer Dienst Ökonomierat Rupert Wolfgruber für Salzburg. (Abg. Edlinger: Das ist die "ehrenwerte Gesellschaft" von Herrn Worm!)

Zu der Frage vier. An negativen Auswirkungen auf das Bundeland Wien konnte ich nach den bisher im Fall Bundesländer-Versicherung bekanntgewordenen Fakten folgendes feststellen: Seitens der Versicherungswirtschaft wird eine allgemeine Vertrauenskrise gegenüber den Versicherungen konstatiert. Diese wird im besonderen Maße für das im Außendienst tätige Versicherungspersonal spürbar. Auch Anfragen von Rückversicherern aus dem Ausland zeigen ernste Besorgnis aus Anlaß des Falles der Bundesländer-Versicherung.

Zur Frage der steuerlichen Auswirkungen darf ich folgendes feststellen: Konkrete Aussagen, inwieweit Verkürzungen von Abgaben auch Wien betreffen - dies wird sicherlich für die Gewerbesteuer anzunehmen sein -, können erst nach abschließender Feststellung der Bundesfinanzbehörden erfolgen.

Ich bitte Sie, diese Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident **Sallaberger**: Ich danke für die Beantwortung. Damit ist diese dringliche Anfrage erledigt.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, das die Abgen. Dr. Hawlik und Ing. Kreiner eingebracht haben und dieses Verlangen richtet sich ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann. Es betrifft den Umweltschutz, die Umweltschutzpolitik - keine Umweltsteuer, Senkung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sowie der Strom-, Gas- und Fernwärmetarife. Vom Fragesteller wird die mündliche Begründung beziehungsweise die Debatte des Gegenstandes verlangt. Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung dieser Anfrage.

Schriftführer Abg. Dr. **Neubert**: "Dringliche Anfrage der ÖVP-Landtagsabgeordneten Dr. Johannes Hawlik und Ing. Otto Kreiner an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Umweltschutz und Umweltpolitik - keine Umweltsteuer, Senkung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sowie der Strom-, Gas- und Fernwärmetarife.

Umweltschutz und Umweltpolitik erstrecken sich auf viele Bereiche, so unter anderem auch auf Verkehrs- und Energiepolitik. In diesem Zusammenhang hat der neue Gesundheitsminister Kreuzer aufgrund der gesunkenen Energiepreise vorgeschlagen, den Benzinpreis durch eine eigene "Umweltsteuer" wieder anzuheben. Diesen Vorschlag haben unter anderen Vizebürgermeister Mayr und Stadtrat Braun begrüßt, während ihn Bürgermeister Dr. Zilk abgelehnt hat.

Dies hat in der Öffentlichkeit Verwirrung über die Haltung Wiens in dieser, für die Wiener Bevölkerung wichtigen Frage ausgelöst.

Im Interesse einer aktiven Umweltschutzpolitik für Wien müßten viel eher entsprechende Anreize zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen werden. Dies würde

nach Ansicht vieler Experten am ehesten durch eine Senkung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel erreicht werden.

Umweltschutzpolitik sollte nicht nur durch Preispolitik erreicht werden, sondern es sollten viel eher entsprechende Anreize, vor allem auch zur Energieeinsparung und sinnvollen Nutzung von Energie, geboten werden.

Für Wien bedeutet dies, daß der stark gesunkene Dollar-Kurs und die gesunkenen Einstandspreise für Rohöl nicht nur eine Senkung des Benzinpreises erforderlich machen sondern auch der Strom-, Gas- und Fernwärmetarife. Die Senkung des Gaspreises um 4,5 Prozent ab 1. Jänner 1986 und die Ankündigung einer neuerlichen Senkung ab 1. Mai 1986 um 5,7 Prozent unterstreichen die Richtigkeit dieser Forderungen.

Angesichts der großen Bedeutung der Fragen für die Wiener Bevölkerung stellen die gefertigten ÖVP-Landtagsabgeordneten gemäß § 39 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgende dringliche Anfrage:

1. Wie ist die Haltung des Landes Wien zu der von Bundesminister Kreuzer vorgeschlagenen "Umweltsteuer" auf Benzin, nachdem dazu von prominenten sozialistischen Vertretern der Bundeshauptstadt Wien unterschiedliche Standpunkte vertreten wurden?

2. Werden Sie im Interesse einer sinnvollen Umweltschutzpolitik dafür eintreten, daß die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien gesenkt werden, um so entsprechende Anreize zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel in Wien zu schaffen.

3. Werden Sie für eine umgehende Senkung des Wiener Strompreises sowie für eine weitere Senkung des Fernwärme- und Gastarifes eintreten, die aufgrund der gesunkenen Einstandspreise gerechtfertigt sind und alle Preisvorteile unverzüglich an die Konsumenten weitergeben?"

Präsident Sallaberger: Ich danke für die Verlesung der dringlichen Anfrage. Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als zwanzig Minuten sprechen. Ich erteile nun Herrn Abg. Dr. Hawlik zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abg. Dr. Hawlik: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der neue Umweltminister Kreuzer will die gesunkenen Energiepreise durch eine Umweltsteuer wieder anheben.

Wie schon aus der Anfrage zu entnehmen war, gibt es hier unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Wiener Sozialisten. Stadtrat Braun und Stadtrat Mayr begrüßen diese Maßnahme, Bürgermeister Zilk lehnt sie ab. Generell ist die Frage deshalb dringlich, weil auf der einen Seite die Steuern, die wir derzeit haben, hoch genug zu sein scheinen, so daß eine neue Steuer wahrscheinlich eine neue Belastung bedeutet, gerade für viele Wiener die ohnehin sehr stark belastet sind.

Diese neue Steuer würde darüber hinaus das Preisgefälle zwischen unseren Nachbarländern in einer ungeheuren Weise verstärken. Ein Vergleich der Preissituation der Energiepreise von Deutschland und der Schweiz zeigt, daß wir insgesamt 18 Prozent mit unseren Preisen höher liegen als unsere Nachbarländer. Und gerade beim eher sozial kalkulierten Preis von Ofenheizöl liegen wir zweieinhalb bis dreimal so hoch.

Zweitens: Der gedankliche Ansatzpunkt ist ein richtiger, nämlich, daß die Sozialisten erstmals einsehen, daß Energiesparen wichtig ist.

Erinnern Sie sich, wir haben in diesem Hause mehrfach Anträge zum Energiesparen gestellt. Wir haben gesagt, daß das Energiesparen eigentlich die beste Energiequelle ist. Wir haben aber diesbezüglich immer nur Ablehnung von Ihrer Seite dafür geerntet.

Das Energiesparen sollte gefördert und belohnt werden, auch da wären wir dafür. Die Frage ist nur die, ob durch eine neue Umweltsteuer das Energiesparen wirklich gefördert wird. Wir bezweifeln das!

Bisher war es so, daß die Mehrwertsteuererhöhungen 1981 und 1984 jeweils mit Umweltmaßnahmen begründet worden sind. Man hat den Staatsbürger zur Kassa gebeten, indem man gesagt hat. "Umweltmaßnahmen sind notwendig! Umweltmaßnahmen kosten Geld, daher Erhöhung der Mehrwertsteuer", und sind letztlich eigentlich darauf gekommen, daß diese Erhöhung der Mehrwertsteuer der Umwelt nicht zugute gekommen ist, sondern nur dazu gedient hat, wiederum Budgetlöcher zu stopfen.

Weiters: Wir verlangen bei dieser dringlichen Anfrage eine Senkung der Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Strom, bei Fernwärme und Gas. Wir verlangen das aus zwei Gründen: Das eine sind Umweltschutzgründe. Den öffentlichen Verkehr zu fördern darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern man soll ihn dort, wo die Möglichkeit besteht wirklich fördern. Bisher haben wir nur das Kfz-Pauschale. Das von uns beantragte Wegekostenpauschale zum Beispiel, das auch Straßenbahnbenutzern, Fußgängern, Radfahrern eine derartige Förderung zukommen ließe, wurde bisher von Ihnen abgelehnt. Aus Umweltschutzgründen, wie die heutige Debatte auch beim Baumschutzgesetz gezeigt hat, ist es notwendig, solche Maßnahmen zu treffen.

Wir haben in Wien eine Reihe von Bürgern, die sich Gas und Strom nicht mehr leisten können und wir haben eine Reihe von Bürgern, die sich die Mieten nicht mehr leisten können. Wie Sie den heutigen Zeitungen entnehmen können, werden in nächster Zeit, bis Mitte März, wieder etwa 184 Delogierungen vorgenommen werden, obwohl die Heizperiode immer noch nicht aus ist. Ursprünglich wurde gesagt, zumindest war das eine Zusage von Stadtrat Hatzl, daß diese Delogierungen erst dann vorgenommen werden, wenn die Heizperiode zu Ende ist, das kann man bisher nicht sagen.

Warum bringe ich die soziale Frage hier ins Spiel? Weil die Kosten die hier angeführt sind, die Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel, die Kosten für Strom, die Kosten für Fernwärme und Gas jene fixen Kosten sind, bei denen niemand sparen kann, bei denen man nicht sagen kann, da spart man ein, um sozusagen Geld übrig zu haben für die restliche Familie. Das sind Fixkosten, die jeden einzelnen ungeheuer treffen und in der Addition mit der Steuern und Tarifen gibt das eine Armut, die in Wien zunimmt, und daher sind wir aus zwei Gründen im wesentlichen auch dafür, daß diese Tarife gesenkt werden: Aus Umweltschutzgründen und aus Gründen der sozialen Einstellung. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Hahn**: Nach der Begründung der dringlichen Anfrage durch Abg. Dr. Hawlik ist Dipl.-Ing. Regler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Dipl.-Ing. **Regler**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In der Arbeiterzeitung am 8. März war folgendes zu lesen: "Umweltschutzminister Franz Kreuzer präsentiert in einem Gespräch mit der 'Neuen AZ' eine Idee, die er als Diskussionsanstoß verstanden haben will, die Einführung eines Zolles auf Mineralölprodukte, der den sinkenden Ölpreis ausgleichen und Umweltschutzmaßnahmen finanzieren soll. Der Benzinpreis braucht nicht unter zehn Schilling sinken", stellte Kreuzer damals fest. Im weiteren Artikel kommt man dann auf bemerkenswerte Einzelheiten, zuerst auf die Begründung. So kann man hier in der Arbeiterzeitung lesen, Kreuzer sagte wörtlich: "Schließlich hat der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Kramer, selbst auf Umweltgefahren eines sinkenden Ölpreises hingewiesen, und von ihm kann ich mich schließlich nicht Grün überholen lassen." Die Argumentation des Herrn Ministers ist also, um sich nicht Grün überholen zu lassen, soll eine neue Steuer her.

Das zweite Detail: Kommt vielleicht Minister Kreuzer selbst auf diese Idee? Oh nein, er war nämlich gerade in der Schweiz, und dort konnte er bei einem Treffen mit den Umweltschutzministern feststellen, daß die Eidgenossen über Nacht einen solchen Zoll eingeführt haben. Ja, und was den Schweizern recht ist, das möchte er auch gleich den Österreichern verpassen, ohne auf die völlig differenzierte Ausgangslage zu achten. Und das dritte Detail, das man in der Arbeiterzeitung lesen kann, ist, daß Kreuzer meinte: "Bei einem Hinaufschnellen des Ölpreises könnte diese zusätzliche Steuer wieder abgeschafft werden."

Als gelernter Österreicher, und ich werde das jetzt noch im Detail ausführen, bin ich der Meinung, daß nicht einmal der AZ-Redakteur, der das geschrieben hat, diese Äußerung dem Herrn Minister wirklich abgenommen hat. Im Ausnützen des Steuerfindungsrechtes ist ja die Sozialistische Partei immer dann, wenn sie an der Regierung ist, sehr groß gewesen. Wir haben das in den letzten Jahren bereits wiederholt erlebt, und besonders beliebt sind dabei auch Bemäntelungen mit Gründen des Umweltschutzes.

So erinnere ich zum Beispiel an die Sonderabgabe auf Erdöl, die derzeit je Liter Mineralölprodukte 30 Groschen ausmacht, und bei der derzeit keinerlei Geneigtheit der sozialistischen Bundesregierung besteht, diese wieder aufzuheben oder auslaufen zu lassen. Hier wurde ebenfalls früher gesagt, das sei eine zeitlich begrenzte Steuer. Sie wurde wieder verlängert. Und es hat seinerzeit geheißen, daß die dadurch hereinkommenden Beträge für den Umweltschutz dienen sollen. Keine

Rede davon, sie wird rein zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet. Ich frage, was geschieht mit diesen Beträgen, die uns als Umweltschutzmaßnahmen verkauft werden, tatsächlich? Der ehemalige Umweltschutzminister Dr. Steyrer konnte sich in keiner Zeit seiner Amtstätigkeit als Minister gegen den SP-Finanzminister durchsetzen und hat offenbar seinem Nachfolger Kreuzer nicht nur die unge lösten Probleme, sondern auch völlig leere Kassen hinterlassen, so daß Kreuzer jetzt wieder an das Steuerfindungsrecht der Regierung denkt.

Besonders stark war aber die Belastung der Österreicherinnen und Österreicher durch die Mehrwertsteuererhöhungen. Wir hatten ursprünglich auf Energie den begünstigten Steuersatz von 8 Prozent, er wurde im Jahre 1981 auf 13 Prozent erhöht. Schon damals hat es geheißen, man möchte ein Energiesparen erreichen, man möchte damit Umweltschutzmaßnahmen finanzieren können. Bitte, wir alle wissen, daß dieses Geld nur zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet wurde. Und das ganze Spiel hat sich im Jahre 1984 noch einmal wiederholt. Diesmal war als tatkräftiger Geburtshelfer der freiheitliche Vizekanzler Dr. Steger tätig, der der Meinung war, daß die Bevölkerung eine steuerliche Belastung am wenigsten dann spürt, wenn sie über die Mehrwertsteuer kommt. Im Zuge der allgemeinen Mehrwertsteuererhöhung wurde auch für Energie der Mehrwertsteuersatz auf 20 Prozent erhöht. Auch hier hat man wieder gesagt, daß man Geld für Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt brauche. Nichts, bitte, ist damit geschehen. Es wurden nur die Budgetlöcher gestopft. Das Geld wurde dazu verwendet, um die defizitären verstaatlichten Unternehmungen vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

Wir haben also hier aus der allerletzten Vergangenheit drei Beispiele, bei denen Steuern eingeführt oder erhöht wurden, um Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren, und bei denen es geheißen hat, sie sollen, wie bei der Sonderabgabe auf Erdölprodukte, nur temporär eingeführt werden. Was aber haben wir? Wir haben Steuern, die wir ständig haben, die nicht wieder ausgelaufen sind, und wir haben Steuererträge, die zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet werden und nicht für Umweltschutzmaßnahmen.

Daher unsere ganz große Skepsis gegenüber allen Ankündigungen, daß hier ja wieder nur Geld für den Umweltschutz hereinkommen soll. Dieser Vorschlag von Minister Kreuzer ist ja steuertechnisch noch besonders raffiniert, weil genauso, wie bei der Mineralölsteuer oder bei der Erdölsonderabgabe, gibt es ja hier wieder eine Steuer auf die Steuer. Denn die Mehrwertsteuer versteuert auch diese Steuer, so daß der Finanzminister hier doppelt mitschneiden würde. Und so verstehe ich auch die positiven Äußerungen von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr und von Herrn Umweltstadtrat Helmut Braun, die sich offenbar dadurch viel, viel Geld erwarten. So kann man am 12. März 1986 in der Zeitung lesen, daß Wiens Umweltstadtrat Braun meint, er habe volles Verständnis für den Vorschlag des Herrn Minister Kreuzer.

Wer weiß, wie wenig Geld in Wien für den Umweltschutz aufgewandt wird (Abg. Ing. Svoboda: Wieviel ist das?), der kann sich sehr wohl in die Rolle des Herrn Stadtrates hineinendenken, der meint, dann vielleicht doch endlich zu Geld zu kommen. Weiters lese ich hier, daß der SP-Vizebürgermeister Mayr eine Umweltsteuer für volkswirtschaftlich richtig hält. Hier glaube ich aber, hat er nur an die Kasse im Augenblick gedacht und nicht an die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen.

Aber bitte, wir haben ja Gott sei Dank in Wien noch einen Landeshauptmann, und so eilt aus dem Krankenhaus, als rettender Engel, den Wiener Bürgern Landeshauptmann Dr. Zilk zu Hilfe; und in der Rathaus-Korrespondenz am 3. März kann man lesen: "Gegen die Einführung einer Energiesteuer zum derzeitigen Zeitpunkt sprach sich heute, Donnerstag, der Wiener Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk aus. 'Die Anregung von Minister Kreuzer ist zwar ein wichtiger Diskussionsbeitrag, der im Prinzip den richtigen Weg weist, denn die Lösung der Umweltprobleme bedarf zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten,'" Meine Frage: Wo ist das bisher dafür eingehobene Geld geblieben? - "aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist für die vorgeschlagene Maßnahme nicht geeignet, vor allem wegen der negativen Auswirkungen auf die positiven Ansätze in der österreichischen Wirtschaftsentwicklung. Daher kann ich dieses Vorhaben derzeit nur mit einem klaren Nein ablehnen", betonte Zilk." Und weiters kann man in der Zeitung eine Äußerung des sozialistischen Nationalratsabgeordneten Hobl finden, der in einer Aussendung darauf hinweist, daß in Österreich die Treibstoffe stärker fiskalisch belastet seien als in der BRD und in der Schweiz. Außerdem würde eine Verzollung der

Mineralölprodukte die gesamte Wirtschaft treffen, meint Abg. Hobl, und dem, bitte, kann man nur beipflichten.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, in Wien oder in Österreich ist der Treibstoff bereits besonders stark besteuert. Nehmen wir das Dieselöl her. Das wird derzeit ja von vielen Käufern von neuen Fahrzeugen bevorzugt, um damit einen Beitrag für die Umwelt zu leisten, weil weniger Treibstoff verbraucht wird. Bei einem Endpreis von 9,60 Schilling macht der echte Preis nur 4,77 Schilling aus. Wir haben eine Mineralölsteuer von 2,93 Schilling, eine Sonderabgabe auf Erdöl von 30 Groschen und eine Mehrwertsteuer von 1,60 Schilling, das sind 4,83 Schilling Steuer - mehr als 50 Prozent. Dieselben Zahlen für Superbenzin: Wir haben hier mehr als 54 Prozent Steuer. Und beim Normalbenzin sind wir bereits auf 55 Prozent Steuer. Jede weitere Steuer würde also nicht nur den Preis direkt erhöhen, sondern durch die Mehrwertsteuer auch noch ein zweites Mal. In Österreich sind wir hier wirklich absolute Spitze. Der Staat schneidet bereits oft genug mit, er hätte bereits Geld, um Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren. Was geschieht aber wirklich mit den bisher eingehobenen Beträgen? Was geschieht in Wien mit der Mineralölsteuer? Jährlich schicken wir dem Bundesministerium für Bauten und Technik immer wieder unverbrauchte Mittel zurück. Es wird nichts investiert in die notwendigen Park-and-ride-Anlagen, um dem Autofahrer die Möglichkeit zum Umsteigen zu geben. Und weil der Treibstoff in Österreich so teuer ist, haben wir riesige Probleme in der Mineralölwirtschaft. Man kann in den Zeitungen lesen, daß in Salzburg, Tirol, Oberösterreich, Vorarlberg immer mehr Tankstellen schließen müssen und die Versorgung der Bevölkerung schon nicht mehr gesichert ist, da immer mehr Autofahrer ins Ausland fahren und im Ausland tanken, weil es dort wesentlich billiger ist. Man sieht also, man kann nicht einfach sagen, durch eine Steuer, die jetzt kommt oder kommen soll, wird etwas verbessert. Man muß die Auswirkungen auf alle Sparten der Wirtschaft sehen. Oder denken Sie an die Stationärmotoren in der Wirtschaft, an die Diesellokomotiven der Privatbahnen, an die Schifffahrt, an alle die Bereiche, die noch vor kurzer Zeit ihre Maschinen mit Spindelöl betrieben haben, die das aber jetzt auch nicht mehr preisgünstig tun können, weil die sozialistische Koalitionsregierung auch Spindelöl der Mineralölsteuer unterworfen hat. Auch hier hat man sich wieder das Steuerfindungsrecht zugute gemacht.

Aber was ist mit dem Geld geschehen? Ich habe nicht gehört, daß diese neue Einnahme für den Umweltschutz verwendet worden wäre. Und außerdem, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie müssen auch die Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung bedenken. Eine neue Steuer würde die inflationäre Entwicklung wieder anheizen. Die österreichischen Unternehmungen wären im Ausland weniger konkurrenzfähig, und das würde Arbeitsplätze in Österreich gefährden. Ich glaube nicht, daß mit diesem Geld, das für den Umweltschutz hereinkommen soll, so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wie dadurch verlorengehen. Ich glaube nämlich, es wird gar kein einziger neuer Arbeitsplatz damit geschaffen, sondern es werden nur die Budgetlöcher gestopft, wie das bisher immer geschehen ist.

Im Grundsatz ist der Gedankenansatz sicher richtig. Man muß sich überlegen, was nun mit dem Problem der Rohstoffverbilligung alles auf uns zukommt. Ich möchte hier nur zitieren: "Rohstoffverbilligung bremst Recycling, die Wiederverwertung bringt Verlust." Ein riesiges Problem, aber einfach eine neue Steuer als einzige Antwort auf dieses Problem, das ist uns von der ÖVP, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, viel zuwenig. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Wiener ÖVP hat aber bereits praktische Vorschläge gemacht. Auf einen möchte ich hier zurückkommen. Wir haben auf dem Gebiet des Verkehrs in der vorletzten Sitzung den dringlichen Antrag gestellt, die Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel um rund 10 Prozent auf den Preis des vergangenen Jahres zu reduzieren. Diesen Antrag haben Sie hier abgelehnt. Ich habe damals bereits aufgezeigt, daß die mutwillige, nicht notwendige Erhöhung, die Stadtrat Hatzl hier durchgeführt hat, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs reduziert und die positive Fahrgastentwicklung gefährdet. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Einheitstarif im Verkehrsverbund zerschlagen wurde und daß damit die Attraktivität des Verkehrsmittels stark gelitten hat. (LhptmSt. Mayr: Das hat nur den Nachteil, daß es nicht stimmt!) Der beste Umweltschutz im Verkehr ist, neben der Vermeidung von nicht notwendigen Verkehrsbeziehungen, ein attraktives öffentliches Verkehrssystem. Und dazu gehört auch ein attraktiver Preis. Und uns von der ÖVP ist es unverständlich, daß Stadtrat Hatzl, der nun sehr widerstrebend die sinkenden Rohölpreise beim Gaspreis durch eine ab 1. Mai geltende

10prozentige Senkung an den Konsumenten weitergibt, auf dem Verkehrssektor überhaupt nichts für die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel tun will.

Mein Kollege, Abg. Hawlik, hat bereits auf die notwendige Bedachtnahme auf die soziale Komponente hingewiesen. Ich möchte nur noch einmal kurz an die oft diskutierte versteckte Armut erinnern. Es sollte uns allen ein Anliegen sein, daß sich jeder Bürger in unserer Stadt auch die öffentlichen Verkehrsmittel leisten kann.

Zusammenfassend muß man sagen, daß die bisher unter dem Titel Umweltschutz eingehobenen höheren Steuermittel weder für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs noch für Beschleunigungsmaßnahmen in Wien eingesetzt wurden. Mit diesen Argumenten begründete nämlich Stadtrat Hatzl seine Tarifierhöhungen, damit er dafür endlich Geld zur Verfügung habe. Damit aber ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz geleistet wird, sollte nicht dieser unausgeglichene Vorschlag des Herrn Umweltministers verwirklicht werden, der nur dazu dient, die Wirtschaft und die Bevölkerung zu verunsichern. Für uns wäre der attraktivste Beitrag zum Umweltschutz, wenn Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihre eigene Fraktion und Stadtrat Hatzl dazu bewegen könnten, die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien wieder auf den Stand zurückzubringen, den sie im vergangenen Jahr gehabt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mir erlauben, es heute eher kurz zu machen, aber ich darf gleich zu Beginn auf ein Gentlemen's Agreement hinweisen, das es hier im Hause an sich gibt, und das auch üblicherweise eingehalten wird. Es gibt dieses Gentlemen's Agreement, das etwa lautet, daß dringliche Anfragen oder Anträge, den hier im Hause vertretenen politischen Parteien rechtzeitig vor Sitzungsbeginn zur Kenntnis gebracht werden. Der Grund ist ja an sich relativ klar, weil doch für die eine oder andere Sache manchmal eine bestimmte Vorbereitungszeit notwendig erscheint. Wir Freiheitlichen haben die dringliche Anfrage der Österreichischen Volkspartei heute erst nach Beginn der Landtagssitzung erhalten und ich will doch hier feststellen, daß diese Vorgangsweise neu ist und daß sie uns doch einigermaßen überrascht hat.

Ich darf nun zur Sache selbst, zu der vorliegenden dringlichen Anfrage und zum Inhalt feststellen, daß wir Freiheitlichen ein sehr klares Nein zu einer neuen Umweltsteuer sofort nach Bekanntwerden dieser Überlegungen geäußert haben. Und zwar hat Parteiobmann und Vizekanzler Dr. Norbert Steger hier sofort auf den Vorschlag von Kreuzer reagiert und gemeint, daß diese Steuer nicht in Frage käme und wir Freiheitlichen hier im Wiener Rathaus schließen uns dieser Auffassung vollinhaltlich an.

Ich darf vielleicht auch noch ganz kurz erläutern, wieso wir eine solche Abgabe oder Steuer für sehr problematisch halten. Zurückzuführen ist das in erster Linie auf das unterschiedliche Preisniveau zwischen Bundesrepublik Deutschland und Schweiz auf der einen Seite und Österreich auf der anderen Seite und der außerordentlich langen Grenze, die die Republik Österreich mit der Bundesrepublik Deutschland verbindet. Das würde bedeuten, daß, wenn man diese Preissenkung nicht weitergibt, mehr als bisher über die Grenze gefahren wird, um dort zu tanken. (LhptmSt. Mayr: Das ist wieder ein Wiener, der sich wegen der Salzburger den Kopf zerbricht!) Und es war nicht nur das, sondern ich glaube, würde nun diese Differenz noch größer werden, wäre die Wirksamkeit vom Grenzgebiet noch weiter herein nach Österreich zu bemerken. (Abg. Ing. Riedler: Das ist nur in Salzburg der Fall!)

Jetzt zu Herrn Vizebürgermeister Mayr, der da meint, es ist schon wieder ein Wiener, der sich die Sorgen der Salzburger macht. Tatsächlich, was nämlich schlußendlich herauskommt ist, daß die Einnahmen, die dann vielleicht sogar zweckgebunden für die Umwelt verwendet werden könnten, ja nicht mehr von den Salzburger, von den Tirolern, Vorarlbergern oder Oberösterreichern kommen, denn die tanken dann schon alle drüben, sondern einzig und allein die Wiener zur Kassa gebeten werden und da, Herr Vizebürgermeister Mayr, glaube ich, stimmen wir sicher überein, daß diese neue Abgabe ja nicht nur die Wiener belasten soll, denn warum sollen wir Wiener mehr für den Benzinpreis zahlen, um Gutteile der Umweltschutzpolitik, die dann ganz Österreich zu Gute kommen, zu finanzieren. Daher dieses deutliche Nein von uns.

Ich darf aber vielleicht doch abschließend noch feststellen, daß mir selbstverständlich die gesamte Problematik bewußt ist, die insgesamt damit zusammenhängt, und die weit über die Grenzen der Republik Österreich hinausgeht. Daß etwa der Preisverfall beim Öl auch bewirkt, daß das Suchen nach Ölvorkommen und so weiter, auch in jenen Ländern, die über Reserven verfügen, zur Zeit eingestellt oder abgebaut wird, weil es sich nicht rentiert, weil es einfach zu teuer geworden ist. Tatsächlich sind aber solche Vorkehrungen zu treffen, da sie längerfristig wirksam sein könnten und natürlich auch ein gewisser Schutz gegen, wenn ich es so sagen darf, vielleicht auch manchmal erpresserische Forderungen am Energiesektor sind.

Mir ist diese Problematik sehr bewußt.

Ich meine, in einer Interessenabwägung zur österreichischen Wirtschaft und auch zur Wirtschaft der Stadt Wien erschiene es mir zum jetzigen Zeitpunkt, wo es eben darum geht Arbeitsplätze in neuem Umfang oder neuem Ausmaß zu sichern oder vielleicht sogar zu finden - ich habe da mit Interesse von einem Projekt jetzt eben gehört - problematisch zu sein und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft international in schlechteren Rahmen zu stellen. Wir sind daher gegen diese neue Umlage oder Auflage, wie sie vom Herrn Umweltminister Kreuzer vorgeschlagen wurde.

Präsident **Hahn**: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Hengelmüller zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Hengelmüller**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der ÖVP, es ist mir eigentlich noch selten eine dringliche Anfrage von dieser Klein-kariertheit, um es wienerisch zu sagen, Greißlermentalität, in die Hände gefallen, wie diese. Wenn der zuständige Bundesminister es als eine Möglichkeit sieht, das Verursacherprinzip für eine Abgabe heranzuziehen - und letztlich sind die Verbraucher fossiler Brennstoffe doch die Hauptverursacher der Umweltschädigungen - wenn nun dieser Minister eine Umweltsteuer, wie er gesagt hat, zur Diskussion stellt, so ist das, glaube ich, von seiner Warte aus berechtigt. Und eigentlich müßte man sagen: "Na, reden sollten wir ja können." Und geredet wird, meine Damen und Herren. Ein Reden darüber ist, glaube ich, nichts Schlechtes. Wenn man es aber zum Anlaß einer dringlichen Anfrage nimmt und in dieser Anfrage im zweiten Absatz steht, daß nach Ansicht vieler Experten am ehesten eine Senkung der Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln eine Attraktivitätssteigerung erreichen würde und im nächsten Absatz man aber gleichzeitig sagt, daß Umweltschutzpolitik nicht nur durch Preispolitik erreicht werden sollte, dann frage ich mich, was will man eigentlich? (Abg. Dr. Goller: Die Senkung der Preise!)

Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, daß Sie, Herr Kollege Regler, so gläubig die "AZ" vom 8. März zitiert haben, aber verschwiegen haben, daß auf Seite 4 der "Presse" eine eindeutige Absage unseres Bundeskanzlers, eine neue Steuer zu errichten, enthalten ist und daß er sich weiters dazu bekennt, daß in dieser Legislaturperiode keine neue Steuer eingeführt wird. Aber, meine Damen und Herren, reden wird man ja über Veränderungen können.

Nun, meine Damen und Herren von der ÖVP. Wir machen es uns halt nicht so leicht, daß wir sagen: "Na ja, Umwelt, da könnten wir, da sollten wir, da könnten wir", sondern für uns gibt es gewisse Kriterien. Und wenn die Wienerinnen und Wiener erkannt haben, daß das öffentliche Verkehrsmittel sehr wohl attraktiv ist, daß etwa die neue Umweltstreifenkarte hervorragend angenommen wird, daß etwa 4,1 Prozent der Wienerinnen und Wiener zusätzlich öffentliche Verkehrsmittel im vergangenen Jahr in Anspruch genommen haben (Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler: Voriges Jahr waren sie ja noch billiger!), dann beweist das doch, daß wir eine Bewußtseinsbildung in den Menschen wachgerufen haben, die sehr wohl greift. Die Menschen werden zum Umsteigen nicht genötigt, aber es wird ihnen das Umsteigen attraktiv gemacht. Herr Kollege, Sie wissen genau, daß dieser Trend anhält, denn wir sind ja im gleichen Ausschuß und da muß Ihnen das doch bekannt sein.

Aber, meine Damen und Herren, vielleicht greift eines noch viel zu wenig. Nämlich die Tatsache, daß man den Menschen einmal die Kosten für die Benützung ihres Fahrzeuges ins Gedächtnis rufen sollte. Denn dann würden - ohne daß man Tarifmaßnahmen setzt - die Menschen sehr wohl auf das weitaus billigere, auf das weitaus attraktivere öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, Sie machen es sich sehr billig. Sie nehmen keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation der Wiener Stadtwerke und sagen nur: "Tarife senken, Ta-

rife senken!" Wir haben halt keinen guten Onkel in einer Versicherung sitzen, der uns diese Gelder zur Verfügung stellt (Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler: Wir auch nicht!), unsere Mitarbeiter müssen sich das alles sehr hart verdienen.

Meine Damen und Herren! Ich sagte am Beginn "Greißlermentalität". Wenn ich das nun auf die Erdgasversorgung umlege: Ein Greißler kann sehr wohl in der Früh billige Äpfel einkaufen und kann sie auch am gleichen Tag billig verkaufen. Aber meine Damen und Herren, wir sind bei der Gasversorgung der Wiener Haushalte, vor allem daran interessiert, diese Gasversorgung zu sichern. Wir speichern Gas, so daß wir auch in Krisenzeiten die Möglichkeit haben, dieses Gas in Anspruch zu nehmen. Daß für eine Speicherung natürlich zum alten Preis eingekauft worden ist, ist eine Milchmädchenrechnung, meine Damen und Herren, und daß Speichern Geld kostet, ist halt auch nicht zu vermeiden.

Wir bemühen uns, das Rohrnetz immer in Ordnung zu halten. Ich erinnere nur an die Debatte, die es vor einigen Jahren gegeben hat: "Wien lebt auf einer Bombe! Sie wird explodieren und die Stadtwerke tun überhaupt nichts dazu, um dieser Gefahr Herr zu werden." Wir mußten dieser Gefahr nicht Herr werden, es gab diese Gefahr nicht und wir sind stolz darauf, daß wir ein Rohrnetz haben, das sich in der ganzen Welt sehen lassen kann. Wir sind auch in der Lage, den Spitzenbedarf zu decken und das alles soll durch Tarifsenkungen mit Maß und Ziel erreicht werden. "Ein Schelm ist, der mehr gibt als er hat."

Ich darf aber auch zur Elektrizität etwas sagen. Meine Damen und Herren, Herr Kollge Regler! Ich weiß nicht, woher Sie die Unterlagen haben, aber wir erzeugen etwa 50 Prozent unserer elektrischen Energie selbst und wir sind sehr wohl bedacht, daß innerhalb der nächsten Monate, innerhalb der nächsten Jahre, die bestmögliche Schadstoffvernichtung bei unseren kalorischen Kraftwerken eingebaut wird. Wir waren auch immer bereit, auf Kosten höherer Einstandspreise umweltfreundlicher zu erzeugen. Ich denke nur daran, daß der Primärenergieeinsatz von Gas in den kalorischen Kraftwerken in immer stärkerem Maß zum Tragen gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Wir müssen aber auch vom Verbund zukaufen und ich darf schon der Ordnung halber erinnern, daß wir zwei Erhöhungen des Verbundstromes schlucken werden, beziehungsweise geschluckt haben. Ich möchte bei der Gelegenheit doch sagen, daß die KELAG, die SAVE, die OKA, die TIWAG und die Vorarlberger Elektrizitätsgesellschaft bereits Preisanträge gestellt haben, um die Strompreise zu erhöhen. Wien, Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark - vielleicht ist da die Herbstwahl ausschlaggebend - haben sich diesen Preisanträgen auch nicht angeschlossen. Ich möchte auch das in Ihr Gedächtnis zurückrufen.

Lassen Sie mich schon zum Abschluß kommen. Es wäre schön, und jetzt wende ich mich an Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn die Treibstoffkostensenkung in ebenso großem Maße, wie Sie sie bei der Tarifregulierung von uns fordern, beim Transportgewerbe zum Tragen kommen würde. Wir wären sehr froh, wenn Sie auf die Wirtschaft Einfluß nehmen würden, daß die Dollarpreissenkung entsprechend weitergegeben wird. Nur, davon hören wir weit und breit nichts. Ich darf abschließend sagen, um auch hier ein bißchen Ihre Doppelzüngigkeit zu zeigen, daß am 23. Februar 1983 Herr Abg. Hawlik unter dem Titel "Benzinentbleiung statt Benzinpreissenkung" geschrieben hat: "Es wäre sinnvoller, jene Mittel, die durch die Senkung der Rohölpreise als Ersparnis zur Verfügung stehen, dafür zu verwenden, den Bleigehalt im Benzin noch weiter zu senken."

Meine Damen und Herren! Was ist denn das? Das ist doch auch eigentlich nichts anderes, als daß man eben auf Kosten anderer etwas einführt, hier halt unter einem anderen Namen. Bundesminister Kreuzer hat auch etwas ausgesprochen, was der Diskussion würdig ist und diskutiert darüber darf ja wohl noch werden. (Abg. Daller: Der ARBÖ diskutiert auch nur! - Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Hahn**: Als nächster Redner ist Herr Abg. Ing. Kreiner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. **Kreiner**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf meinen Vorredner Herrn Abg. Hengelmüller eingehen. Zur Umweltsteuer hat er dezidiert festgelegt: "Reden darf man darüber." Ich widerspreche ihm nicht. Aber wir dürfen auch darüber reden (Abg. Freinberger: Nur reden Sie einmal so und einmal so!), und wir machen es hier, genauso wie Herr Stadtrat Mayr und Herr Stadtrat Braun, die ihre positive Meinung kundgegeben haben, und dürfen gleich dem Bürgermeister sagen, daß wir dagegen sind. Und wir dürfen auch unsere Mei-

nung zum Strom-, zum Gaspreis, zum Fernwärmetarif und auch zu den Tarifen der Verkehrsbetriebe sagen. Aber bitte, das dürfen dann alle!

Meine Damen und Herren! An den Landeshauptmann beziehungsweise an den Landeshauptmann-Stellvertreter ist die dringliche Anfrage gerichtet. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter wird wahrscheinlich meine Ausführungen mit größerem Interesse verfolgen als wie sonst. Deshalb darf ich die Berechnung der möglichen Gaspreissenkung, wie ich sie schon einmal vorgenommen habe, kurz wiederholen.

Es ist ohne weiteres möglich, daß der Preis um 22 Prozent gesenkt wird. Ja, wenn man die eingebaute Preiserhöhung beim Voranschlag noch dazurechnet, geht es sogar bis zu 30 Prozent. Das nur zur Wiederholung und ich wende mich schon anderem zu.

Daß diese ÖVP-Berechnungen mindestens zum Teil richtig waren, laut den Unterlagen die uns im Gemeinderatsausschuß zugekommen sind... (LhptmSt. Mayr: Das letzte Mal haben wir das bei einer Auktion gehabt, 20/30/40. Wer bietet mehr? Das war schon bald amerikanisches Versteigern!) Da müssen Sie nachrechnen. Aber bitte, ich komme schon zu dieser Sache, damit man die Berechnungen nach den Unterlagen heute ganz genau betrachten kann.

Ich weiß nicht, inwieweit der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hier eingebunden ist, denn der Herr Bürgermeister ist auch nicht wesentlich eingebunden.

Jedenfalls zuerst sind sie nicht anerkannt worden, aber wenn man die angekündigte Preissenkung dazurechnet, kommen wir auf unsere, von der ÖVP geforderte, 10prozentige Senkung.

Die unterschiedlichen Berechnungen, nach den im Gemeinderatsausschuß vorgelegten Unterlagen und nach den nicht vorgelegten Unterlagen (Amtsf. StR. Hatzl: Was ist nicht vorgelegt worden?) lassen mich die Frage stellen: Wer kontrolliert die Wiener Stadtwerke? Wer kontrolliert das Unternehmen? (Amtsf. StR. Hatzl: Das Kontrollamt!) Ich komme schon dazu. Die Argumente, die Sie hier bei der Debatte gebracht haben, haben Sie nicht vorgelegt. Da haben Sie ganz andere gebraucht. (Amtsf. StR. Hatzl: Sie meinen die drei und sechs Monate; das ist nicht vorgelegt worden, das hat es im Ausschuß als Akt gegeben!) Nein, das ist schon geklärt, es sind drei und sechs Monate, bitte schön. Also die sechs sind es auch nicht.

Wer kontrolliert die Teilunternehmungen E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe? (Amtsf. StR. Hatzl: Das Kontrollamt!) Wer kontrolliert die Heizbetriebe-Wien? Wer wacht über die Preisgestaltung? Wer hat die Möglichkeit dazu? Wer hat das Recht dazu? (Amtsf. StR. Hatzl: Die Preisbehörde und der Aufsichtsrat!) Ich gebe dann schon die Antworten.

Laut Statut der Unternehmungen der Stadt Wien, der Gemeinderat nicht, meine Damen und Herren. Ihm ist etliches vorbehalten, laut Statut, ja, aber in die Geschäftsführung kann er nicht eingreifen.

Der Herr Bürgermeister, der könnte alles oder auch nichts. Denn er steht wohl an der Spitze der Verwaltung der Wiener Stadtwerke und darf im bestimmten Wirkungskreis wachen, aber in die Geschäftsführung des Unternehmens darf er nicht eingreifen. Der Stadtsenat auch nicht, für ihn gilt dasselbe wie für den Gemeinderat, nur etwas früher. In die Geschäftsführung kann er nicht eingreifen. (LhptmSt. Mayr: Wir haben eben entpolitisiert!)

Der Gemeinderatsausschuß auch nicht. Er hat einen bestimmten Wirkungskreis. Aber in die Geschäftsführung kann er nicht eingreifen.

Wer darf dann in die Unternehmungen? Wer darf die Heizbetriebe-Wien kontrollieren? Wer hat das Recht dazu? Wer darf bei der Preisgestaltung mitbestimmen? (Abg. Maria Kuhn: Die Preisbehörde und der Aufsichtsrat!) Nein, der Amtsführende Stadtrat! Er hat alle Möglichkeiten, er kann eingreifen, ist über alles zu unterrichten. Bei den Heizbetrieben ist er der Eigentümergebote. Er hat ein Weisungsrecht an die Geschäftsführung. Er hat eine Einflußnahme auf die Preisgestaltung, und die Rechte des Stadtrates bei den Unternehmungen aus dem Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien darf ich kurz vorlesen:

"Der Unternehmung steht derjenige Amtsführende Stadtrat vor, dessen Geschäftsgruppe die Unternehmung angehört. Der Amtsführende Stadtrat hat die Geschäftsführung des Unternehmens zu überwachen und ist zu diesem Zweck über alle Angelegenheiten zu unterrichten. Alle Berichte an die zur Entscheidung berufenen Organe sind ihm vorzulegen." Nur ihm! Bei keinem anderen Gremium steht es. "Er kann von Direktoren (Generaldirektor) jederzeit Auskünfte und Berichte verlangen

und unter Beiziehung des Direktors oder des Generaldirektors die Bücher einsehen und den Bestand der Kassenvorräte prüfen..." und so weiter.

Herr Stadtrat Hatzl hat also alle Macht, alle Rechte, aber, Herr Stadtrat, auch Pflichten. Pflichten, die er als politischer Mandatar, als Stadtrat, zum Wohl der Wiener Bevölkerung, der Konsumenten, wahrzunehmen hätte. Ich sage bewußt hätte, weil er sie nicht wahrgenommen hat. Denn sonst hätte er die Preissenkung, wie sie von der ÖVP vorgeschlagen wurde, von 10 Prozent bei Gas, Strom und Fernwärme, rückwirkend ab 1. Jänner 1986 veranlaßt.

Durch seine Macht blockt er die Preissenkung ab. Wissen läßt er nur das, was er uns wissen lassen will (Abg. Maria Kuhn: Aber auch das, was er gefragt wird, denn das sagt er auch!) und trotz seines umfassenden Wissens, das größer ist als meines - Frau Kollegin ich komme gleich dazu -, läßt er die Konsumenten weiter teuer zahlen. Bitte schön Frau Kollegin, ich habe es nicht gehört. (Abg. Maria Kuhn: Aber auch das, was er gefragt wird, denn das sagt er auch!)

Die mögliche Preissenkung bei Gas habe ich Ihnen vorgerechnet. Bei Strom wäre sie auch leicht zu machen. Kollege Hengelmüller hat schon gesagt, es sind genau 53 Prozent Stromerzeugung durch eigene kalorische Kraftwerke. Ja bitte schön, die werden ja auch mit Öl und Gas geheizt. Der Ölpreis ist um 42 Prozent gefallen, der Gaspreis um 22 Prozent. Meine Berechnungen ergeben sich aus den Unterlagen des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie. Herr Stadtrat hat andere Unterlagen. Aber die Strompreisberechnungen, die legt er uns nicht vor. Die hat er dem Gemeinderat und dem Gemeinderatsausschuß vorenthalten.

Bei einer Anfragebeantwortung in diesem Haus hat er mir dezidiert erklärt, daß er nur das vorlegen werde, was er dem Gemeinderat laut Statut vorlegen muß. Nicht mehr! (Abg. Ing. Riedler: Das ist aber korrekt!)

Bei der Fernwärme ist die Unterlagenverheimlichung überhaupt perfekt; aber ein Drittel der Fernwärme wird aus Öl und Gas gewonnen, also wäre auch hier eine zehnprozentige Senkung bei der Fernwärme leicht möglich.

Meine Damen und Herren! Beim Baumschutzgesetz habe ich zu diesem Thema für die Bäume gesprochen. Jetzt bei der dringlichen Anfrage spreche ich für die Menschen dieser Stadt. Viele können sich den teuren Strom, das teure Gas, die teure Fernwärme nicht mehr leisten.

Unsere dringliche Anfrage richtet sich an den Landeshauptmann, er könnte bei Herrn Stadtrat Hatzl vorstellig werden und eine Preissenkung zum Nutzen der Konsumenten, zum Wohl der Wiener Bevölkerung erwirken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Für die Debatte über den Gegenstand der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Zur mündlichen Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Wiener Landtages!

Ich darf zunächst auf den ersten Punkt der dringlichen Anfrage der Abgeordneten eingehen und darf hier sagen, ich habe selten das Glück gehabt, eine dringliche Anfrage vorzufinden, bei der es eine derartige Einhelligkeit gibt, wie dieses Mal.

Bei der letzten Bürgermeister-Presskonferenz am vergangenen Dienstag, ist unter anderem auch das Problem einer Steuer auf Energie von einem Journalisten zur Debatte gestellt worden. Sowohl Herr Stadtrat Braun als auch ich haben dazu Stellung genommen. Und ich bitte Sie das jetzt mit Ihren eigenen Worten und Ausführungen vor wenigen Minuten an diesem Rednerpult zu vergleichen. Vor allem ich habe folgendes gesagt:

Im Rahmen der Bundesländer hat das Land Wien durch Jahre hindurch die Frage einer Energiebesteuerung zur Diskussion gestellt, hat aber letzten Endes diese Bemühungen dann aufgegeben, als im Zuge des ersten und zweiten Ölpreisschocks eine derartige Erhöhung der Ölpreise eingetreten ist, daß eine weitere Verfolgung einer solchen Überlegung nicht zweckmäßig gewesen wäre. Wir bekennen uns daher heute so wie damals zu der Frage, daß beim Energiepreis auch eine Besteuerung möglich sein könnte. Wir beide haben aber auch in dieser Presskonferenz hinzugefügt, daß in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation - man kann ja solche Maßnahmen immer nur aus der gegenwärtigen, aus der bestimmten Situation her beurteilen - die Frage einer Belebung der Wirtschaft vorrangig ist, der Frage der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung ein

größerer Stellenwert zukommt und daher im Augenblick die Einführung einer Energiesteuer nicht erwogen werden sollte.

Es ist verständlich, daß diese Stellungnahme von einem Teil der Massenmedien verkürzt und damit zu Mißverständnissen führend weitergegeben wurde, aber im Inhalt hat es überhaupt keine andere Aussage gegeben.

Ich möchte aber folgende Feststellungen treffen:

Meine Damen und Herren! Wir sind uns ja jahraus und jahrein über zwei Dinge eigentlich einig. Das eine ist, daß der Verbrauch von fossiler Energie, insbesondere aber von Erdöl in all seinen Formen, einen wesentlichen Beitrag zur Belastung der Umwelt darstellt. Ich glaube darüber gibt es keine Diskussion. Und neben dieser Feststellung sind wir uns auch darüber einig, daß für den Bereich des Umweltschutzes weitgehend das Verursacherprinzip herrschen müßte. Ich glaube, daß das auch klar ist, meine Damen und Herren.

Wenn man aber diese beiden Feststellungen trifft, dann muß man sich über noch etwas klar sein, daß nämlich die Einhebung einer Energieverbrauchsabgabe nicht nur den Effekt hat oder hätte, daß die Gebietskörperschaften zu mehr Steuereinnahmen kommen, sondern daß der Verbraucher auch den Weg geht, um nach anderen Energieversorgungen, die kostengünstiger sind, zu suchen. Ich habe in dieser Pressekonferenz auch zum Ausdruck gebracht, daß es gefährlich wäre, wenn wir jetzt der österreichischen Bevölkerung signalisieren würden, Erdöl und seine Derivate werden wieder billiger und alle jene Bemühungen, die im vergangenen Jahrzehnt auf Energiesparen ausgerichtet worden sind, auf die Nutzung erstens heimischer und zweitens regenerierfähiger Energiearten, werden damit sinnlos und wir werden einen Rückfall ins volle Erdölzeitalter erleben.

Meine Damen und Herren! Das Wort Steuer hat im deutschen Sprachgebrauch nicht umsonst zwei verschiedene Bedeutungen. Nämlich die Steuer als solches, daß Geld hereinkommt und Steuer als ein Instrument, einen bestimmten Weg einzuschlagen, also etwas zu steuern. Ich glaube, wir sollten uns darüber mit sehr großem Ernst bewußt sein, daß in der jetzigen Entwicklung, abgesehen von all den wirtschaftlichen Effekten, auch das Problem enthalten ist, daß es wieder leichter geworden ist, in Verbrennungsanlagen oder Verbrennungsmotoren Erdöl und seine Derivate zu verfeuern und damit einen schädlichen Einfluß auf die Umwelt auszuüben. Dieser Effekt, meine Damen und Herren, wird nicht zuletzt über eine Preispolitik gesteuert, und das muß man auch in einer solchen Diskussion bedenken.

Ich bin trotzdem der Meinung, daß wir im Augenblick dem wirtschaftsbelebenden Effekt der Preissenkung den größeren Vorzug zuerkennen sollten, wir sollten aber dem Problem und seiner Entwicklung nach wie vor hohe Aufmerksamkeit schenken und uns bewußt sein, daß wir in der Frage über kurz oder lang entscheiden müssen, wenn uns nicht von außen her die Entscheidung abgenommen wird, was durchaus möglich ist, denn die Anzeichen mehren sich, daß die erdölproduzierenden Länder zu einer gemeinsamen Linie ihrer Preispolitik zurückfinden und uns damit das Problem sowieso dann wieder von der anderen Seite her drückt. Aber wir sollten uns dieses Problems bewußt werden und sehr wachsam die weitere Entwicklung verfolgen.

Ich darf noch etwas sagen, auch das ist in dieser Pressekonferenz zum Ausdruck gekommen und ich möchte es hier rot und deutlich unterstreichen - rot nicht im Sinne einer Parteilinie. Wir haben durch Jahre hindurch an jene Bundesländer, die überwiegend durch Wasserkraft versorgt worden sind, den Appell gerichtet, dafür zu sorgen, daß wir zu einem einheitlichen Energiepreinsniveau in Österreich kommen. Das ist unerheblich über die politische Zugehörigkeit der Landesregierungen nicht gehört worden. Wir sind jetzt, meine Damen und Herren, in der umgekehrten Situation. Bereits jetzt ist der Haushaltsstrom in Salzburg am teuersten, wenn die nächste Preisrunde kommt, wird sich dieses Gefälle noch deutlicher machen. Und ich sage auch jetzt in der umgekehrten Situation, meine Damen und Herren, wir sollten im Interesse eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes höchstes Augenmerk darauf richten, daß die Energiepreise in ganz Österreich und damit die Voraussetzung, oder eine der wesentlichen Voraussetzungen, für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich gleich hoch sind. Ich sage das noch einmal in einer Situation, in der wir keinen unmittelbaren Vorteil daraus ziehen würden, sage aber bitte dazu, daß man eines in keinem westlichen Bundesland erwarten darf, daß dann, wenn es zu unseren Lasten geht, wir Beiträge leisten, und dann wenn es zu Lasten

anderer geht keine Beiträge geleistet werden. Das soll man auch sehr deutlich dazusagen. Soweit zu Punkt eins der Anfrage.

Punkt zwei. "Werden Sie im Interesse einer sinnvollen Umweltschutzpolitik dafür eintreten, daß die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien gesenkt werden, um Anreize auf das Umsteigen zu schaffen?"

Meine Damen und Herren! Wir hatten 1984 um 13 Millionen Beförderungsfälle mehr als 1983 und um 120 Millionen Beförderungsfälle mehr als 1980 und werden 1985 um weitere 23 Millionen mehr haben, wir haben also 588 Millionen Beförderungsfälle, das sind um 146 Millionen Beförderungsfälle mehr als 1980. Wir haben in diesem relativ kurzen Zeitraum die Leistung der Wiener Verkehrsmittel um ein Drittel gesteigert. Ich weiß schon, auch das ist nicht ausschließlich eine Frage der Preispolitik, aber ich nehme an, hier befinde ich mich in guter Gemeinschaft dieses Antrages, der zwar im zweiten Absatz preisliche Maßnahmen verlangt, aber im dritten Absatz sagt, daß man sich nicht nur auf die Preispolitik verlassen solle. Es ist auch eine Frage der hohen Investitionen, die wir dem öffentlichen Verkehr geben. Nun verlangen Sie noch mehr Leistungen der öffentlichen Hand.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten einmal auflisten, welche Leistung die Hoheitsverwaltung für die Verkehrsbetriebe überhaupt erbringt und welche Auswirkungen das für den Einzelnen hat. Wir haben als erste finanzielle Entlastungsmaßnahme die sogenannte Pensionsentlastung getroffen, das heißt, wir haben die Pensionslast der Unternehmungen der Wiener Stadtwerke übernommen, haben aber durch interne Maßnahmen sichergestellt, daß die finanzielle Auswirkung allein den Verkehrsbetrieben zugute kommt.

Wir haben 1979 dann als nächsten Schritt die sogenannte Entschuldungsregelung getroffen. Was bitte heißt, meine Damen und Herren - und ich verwende jetzt bewußt, die Zahlen des letzten Rechnungsabschlusses, damit man mir hier nicht unterstellen kann, daß irgendwelche Voranschlagszahlen dann vielleicht nicht eingehalten werden -, daß im Jahre 1984 die Nettozuschußleistung der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe 3 Milliarden 34 Millionen Schilling betragen hat. 200 Millionen wurden aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt, so daß insgesamt ein Betrag von 3 Milliarden 275 Millionen Schilling den Wiener Verkehrsbetrieben zugute gekommen ist.

Halten Sie den Erlös aus den Einnahmen der Beförderungsleistungen dagegen, dann waren das lediglich 2 Milliarden 527 Millionen Schilling. Das heißt, die öffentliche Hand hat mehr zugeschossen, als über die Beiträge der Fahrgäste hereingekommen ist. Wir müßten die Fahrpreise um sage und schreibe 130 Prozent erhöhen, wenn wir den Zuschuß der öffentlichen Hand ausgleichen wollten. Ich habe das jetzt fairerweise auf die heute geltenden Preise umgerechnet, nicht auf die Preise 1984, da wäre es ja noch mehr. Das würde heißen, daß zum Beispiel eine Jahresnetzkarte nicht 3.800 Schilling kosten würde, sondern 8.740 Schilling. Das würde heißen, meine Damen und Herren, daß wir nicht Durchschnittseinnahmen von 4,25 Schilling pro Beförderungsfall hätten, sondern 9,77 Schilling bräuchten.

Damit haben wir aber nur die Leistungen der Hoheitsverwaltung an die Wiener Verkehrsbetriebe abgegolten. Zu diesem Betrag wären in einem privatwirtschaftlichen Betrieb auch die Investitionskosten für die U-Bahn dazuzurechnen, die schließlich und endlich nach Fertigstellung dem öffentlichen Verkehr zugute kommt. Das waren 1984 2 Milliarden 115 Millionen Schilling, das war aber das Anlaufjahr des U-Bahn-Baues, für die nächste Phase werden das 1986 mehr als 3,6 Milliarden Schilling sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Treten Sie ernsthaft dafür ein, daß über den Tarif nicht wesentlich mehr als eine Schutzgebühr verlangt wird, weil zwei Drittel der Gesamtkosten, wenn ich Investitions- und Betriebskosten zusammenrechne, bereits durch die öffentliche Hand getragen werden? Und darf ich die Frage an Sie stellen: Wie lange wird es dauern, bis Sie den Vorwurf an die Stadtverwaltung erheben, daß die Verkehrsbetriebe so stark defizitär sind? Werden Sie sich dann noch Ihrer heutigen dringlichen Anfrage erinnern? Werden Sie im Interesse der Glaubwürdigkeit nicht nur Ihrer Fraktion, sondern der gesamten Politik, diese beiden Standpunkte logisch und klar dann einer Hauptschulklasse erklären können, die neugierig nach Ihrer Meinung in der Kommunalpolitik fragt? Werden Sie und Ihre Vertreter und wir als Kommunalpolitiker dann alle gut aussteigen, wenn wir eine solche Politik betreiben? Ich zweifle daran und ich würde Sie bitten, sich die Argumentation gut zu überlegen.

Ich komme damit zu Punkt 3 Ihrer Anfrage: "Werden Sie für eine umgehende Senkung des Wiener Stromtarifes sowie für eine weitere Senkung des Fernwärme- und Gastarifes eintreten, die auf Grund der gesunkenen Einstandspreise gerechtfertigt ist und alle Preisvorteile unverzüglich an die Konsumenten weitergeben?"

Ich darf zunächst einmal sagen, wir sind hier im Wiener Landtag sicher in erster Linie für die Betriebe verantwortlich, die im Bereich der öffentlichen Hand liegen, aber ich kenne außer den Betrieben, die im Bereich der öffentlichen Hand liegen eine ganze Reihe von privaten Unternehmungen, bei denen die Frage des Energiepreises eine bedeutsame Rolle in der Kalkulation spielt. Mir ist eine Preissenkung dort bisher nicht bekannt geworden. Vielleicht habe ich sie übersehen, ich wäre dankbar, wenn Sie mich darauf hinweisen würden. Aber ich glaube nicht, daß eine solche Rücknahme der Preise, zum Beispiel im Speditionsgewerbe, bei dem der Energiepreis sicher eine bedeutsame Rolle spielt, bekannt wird. Mir ist auch nicht bekannt geworden, daß einzelne Vertragspartner der Wiener Verkehrsbetriebe als private Autobusunternehmen eine Senkung der Kosten gegenüber den Wiener Verkehrsbetrieben angeboten hätten oder haben. (Abg. Maria Kuhn: Im Gegenteil, eine Erhöhung haben sie verlangt, wie zum Beispiel Dr. Richard!) Ich erwarte auch dort eine entsprechende Regulierung. Aber, meine Damen und Herren, wie werden wir es unseren Hauptschülern wieder erklären, wenn sie uns darüber befragen, nach welchen Grundsätzen wir denn Kommunalpolitik betreiben? Ich weiß nicht, ob sie es akzeptieren werden, daß wir verschiedene Grundsätze haben, je nachdem in welchem Bereich wir tätig sind.

Ich darf also zunächst einmal feststellen, daß die Prämisse der dritten Frage, nämlich gesunkene Einstandspreise, nicht für alle angeführten Energiearten gilt.

Erstens: Es wurde in der Debatte bereits festgestellt, daß etwas weniger als 50 Prozent der Leistung der Wiener E-Werke durch Zukauf aus dem Verbund erbracht werden und der Verbund wird, wie wir wissen, einen Preisantrag genehmigt bekommen. Der zuständige Stadtrat Hatzl hat die eindeutige Erklärung abgegeben: "Wenn diese für den Verbundstrom genehmigte Erhöhung einen bestimmten Prozentsatz nicht übersteigt, dann werden die Wiener E-Werke diese Erhöhung aus eigener Kraft tragen und nicht an den Konsumenten weitergeben." Eine weitere Preissenkung, meine Damen und Herren, würde einer Politik gleichkommen, daß man auf Kosten des Betriebes einen Preis festsetzt, der nicht mehr Investition, Amortisation und Betriebskosten deckt und der daher wirtschaftlich nicht mehr verantwortbar ist. Wer eine solche Politik betreibt, betreibt eine Politik des Verkaufs der Substanz unter Belastung der nächsten Verbrauchergeneration. Denn wenn dann nicht mehr die Investitionen aufschiebbar sind, dann ist die gesamte Last auf einmal zu tragen.

Ich darf hinsichtlich der Fernwärme feststellen, daß bereits eine Senkung erfolgt ist und zwar in zwei Bereichen. Es ist zunächst einmal der Grundpreis pro Quadratmeter von 3,50 auf 3 Schilling, bei Festsetzung des Leistungspreises mit 416 Schilling festgesetzt worden, was schon einer Senkung gleichgekommen ist und es ist ein zweites Mal eine Senkung des Leistungspreises auf 396 Schilling erfolgt, was insgesamt eine Kostensenkung von insgesamt 5 Prozent darstellt. Und wenn man, meine Damen und Herren, schon davon redet, daß man aus Umweltschutzgründen die Abwanderung von der Fernwärme verhindern muß, so hat mir Kollege Hatzl liebenswürdigerweise einen Heizkostenvergleich zur Verfügung gestellt, der nicht von den Wiener Stadtwerken allein erarbeitet worden ist, sondern der unter Mitwirkung von unabhängigen Stellen erstellt wurde und der folgendes ausweist: Wenn die Fernwärme als Basis genommen wird und 100 kostet, dann kostet die Ölzentralheizung 103, Erdgas 117, Öleinzelfofenheizung 140, Nachtstrom 150, Steinkohle 158, Koks 170, Einzelfofenheizung frei Wohnung - also wenn sie geliefert wird - 173. Meine Damen und Herren, und damit Sie nicht sagen, das ist durch die letzte Preisentwicklung überholt. Dieser Heizkostenvergleich basiert auf den Preisen vom 6. März dieses Jahres.

Ich möchte auch sehr deutlich sagen, wir haben beim Gastarif zweimal eine Senkung durchgeführt. Jeweils unmittelbar nach tatsächlicher Auswirkung der Senkung der Einstandspreise für Gas, beachten Sie bitte auch die Auswirkung der Einstandspreise für das gelieferte Erdgas. Ich glaube nicht, daß man übersehen kann, daß gerade die Wiener Gaswerke mit ihrem dichten Verteilernetz und mit den vielen Einzel- und Kleinkunden hohe Aufwendungen für die Verteilung des Erdgases haben, die unabhängig vom Einstandspreis anfallen, und daß man mit der prozentuellen Ver-

änderung der Einstandspreise nicht auch eine gleichartige und gleichhohe prozentuelle Veränderung der Abgabepreise erwarten kann, wenn man wirtschaftlich verantwortlich vorgeht.

Ich darf also zusammenfassen. Meine Damen und Herren! Wir bleiben dabei und alle Vertreter des Landes Wiens, wobei ich mich sehr geschmeichelt fühle, daß Sie sich nach dem Text Ihrer dringlichen Anfrage offensichtlich nicht mehr zu Wien hinzuzählen, weil Sie ja meinen, die Meinung des Landes Wien wird ja nur von mir, von Stadtrat Braun und vom Bürgermeister zum Ausdruck gebracht. Die Frage eines Verursacherprinzips im Bereich des Umweltschutzes bleibt mit aller Deutlichkeit aktuell. Die Tarifpolitik der Wiener Verkehrsbetriebe ist bewußt auf eine hohe Attraktivität der Wiener Verkehrsbetriebe abgestellt. Die Zuschußleistungen der Hoheitsverwaltung sind bewußt darauf abgestellt, diese attraktive Tarifpolitik zu ermöglichen und die Preise für Strom, Fernwärme und Gas sind so erstellt, daß unter Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Betriebe jeder Kostenvorteil, der den Betrieben selbst zugutekommt, im vertretbaren Ausmaß unverzüglich weitergegeben wird. Ich bitte Sie, diese Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Hahn**: Mit der Beantwortung der dringlichen Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 14.07 Uhr.)

